BIBLIOTEKA GŁÓWNA Gliwicach
P. 819/38

Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

31. Jahrgang

Januar 1938

Heft 1

Wirtschaftsrechnung

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

Mit dem 31. Dezember 1937 ist abermals ein bedeutungsvolles Jahr deutscher Wirtschaftsgeschichte zu Ende gegangen. An seinem Anfang setzte der zweite Vierjahresplan ein, dessen Ziel es bekanntlich ist, die ausreichende Versorgung der deutschen Betriebswirtschaft insbesondere mit den erforderlichen Rohstoffen sicherzustellen.

Inzwischen ist der durch die Entwicklung der letzten Jahre bedingte Umbau in der Gestaltung und Führung der Wirtschaft fortgesetzt worden. Umstellungen im Aufbau und Ablauf unserer Volkswirtschaft sind im Gange, die weit mehr als die Ereignisse auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft entscheidend beeinflussen werden.

Wie bereits vor einem Jahre an dieser Stelle erwähnt, wird die vielleicht bedeutsamste Folge im Zuge dieser Vorgänge sein, daß sich die Brennpunkte in den für die Wirtschaftspraxis wichtigen Entscheidungen mehr und mehr aus den eigentlichen Wirtschaftsbetrieben heraus in die Organe einer überbetrieblichen Wirtschaftsverwaltung mit teils staatlichem, teils ständischem Charakter verlagern. Damit werden Stellen zu unmittelbaren Trägern und Organen der Wirtschaftsführung gemacht, die für die eigentliche Gestaltung und Führung der Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe selbst zunächst entweder überhaupt nicht oder nur mittelbar die Verantwortung tragen.

Mit dem Augenblicke, wo eine zentral zusammengefaßte staatliche Wirtschaftsführung sich einer staatlichen oder ständischen Wirtschaftsverwaltung gleichsam in der Gestalt eines Führungsstabes der Wirtschaft bedient, tritt an sämtliche Beteiligten eine neue Aufgabe von entscheidender Bedeutung heran. Es gilt, abgesehen von den persönlichen Voraussetzungen in der Zusammensetzung und Zusammenarbeit eines derartigen Wirtschaftsstabes, vor allen Dingen das Werkzeug zu schaffen, mit dem, rein sachlich gesehen, nicht nur der Verband der Wirtschaftsbetriebe, sondern die gesamte Volkswirtschaft — unter Beachtung der jeweiligen Eigentümlichkeiten und Erfordernisse — von einem leitenden Willen ziel- und verantwortungsbewußt gestaltet und geführt werden kann.

Das Werkzeug, das der Wirtschaftsführung die praktische Möglichkeit für die Beurteilung und Beeinflussung der Wirtschaft in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen liefert und damit gleichzeitig erst die eigentliche Voraussetzung für zweckentsprechende Entscheidungen und Maßnahmen in der Gesamtheit wie im einzelnen schafft, ist eine Wirtschaftsrechnung, die eben diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen des Wirtschaftslebens zahlenmäßig erfaßt.

Der Aufbau einer derartigen Wirtschaftsrechnung setzt die Erkenntnis der natürlichen und lebendigen Zusammenhänge und Wechselwirkungen der Wirtschaft voraus. Oder mit andern Worten, die Voraussetzung für den sinngemäßen und zweckentsprechenden Aufbau der Wirtschaftsrechnung bildet die Lehre von der Dynamik der Wirtschaft, die — wie schon zu wiederholten Malen in dieser Zeitschrift erwähnt — trotz Mannigfaltigkeit, Fülle und Wechsel des wirtschaftlichen Lebens die großen Natur- und Lebensgesetze des Wirtschaftens aufzudecken und zu meistern vermag.

Noch stehen wir, was den Aufbau einer wissenschaftlich einwandfreien und praktisch brauchbaren Wirtschaftsrechnung betrifft, erst am Anfang der Entwicklung. Zwar gibt es wertvolle und zweckentsprechende Bausteine hierfür in den einzelnen Teilbereichen der Wirtschaftsrechnung genug. Was uns fehlt, ist der Aufbau der Wirtschaftsrechnung im Gesamtzusammenhang einer Volkswirtschaft und damit gerade das, was die aus der bisherigen gemeinsamen Arbeit von Praxis und Wissenschaft gewonnenen einzelnen Bausteine erst für die Zwecke einer einheitlichen Wirtschaftsführung wichtig und nutzbringend macht. Aufgabe der nachfolgenden Ausführungen soll es sein, der hier in der nächsten Zukunft zu leistenden Arbeit Ausgangspunkt und Richtung zu weisen.

1. Die Aufgabe

Wer im Rahmen einer Wirtschaft sich lediglich mit der Beschaffung oder Verwendung von Gütern befaßt, ist geneigt, die Aufgabe der Wirtschaftsrechnung nur in der mengenmäßigen Erfassung der zu beschaffenden oder zu verwendenden Güter zu sehen. Wäre der Zweck der Wirtschaft wirklich die Güterversorgung, d. h. also die Bedarfsdeckung, allein, so könnte man — zum mindesten theoretisch — vielleicht mit einem derartigen rein mengenmäßigen Denken und Rechnen auskommen.

Wer jedoch über das Wirtschaftsleben einmal etwas tiefer nachgedacht hat, weiß, daß Wesen und Sinn der Wirtschaft niemals allein in der Güterversorgung liegen, mag auch die letztere noch so sehr als die vorherrschende Aufgabe der Wirtschaft betrachtet werden. Denn jede Wirtschaft muß, um überhaupt nutzbare Leistungen in Gestalt der Bedarfsdeckung bieten zu können, zunächst nutzbare Leistungen fordern, ganz gleich ob die geforderten Leistungen nun in der Verrichtung von Diensten oder in der Gewährung von Rechten zum Ausdruck kommen.

Eigentlicher Gegenstand jedes Wirtschaftens und damit auch jeder Wirtschaftsrechnung wird daher stets einerseits die an der eigenen Leistung gemessene nutzbare Gegenleistung, anderseits die an der nutzbaren Gegenleistung gemessene eigene Leistung sein, aus deren wechselseitigem Ausgleich sich schließlich von Fall zu Fall und Person zu Person der Wert jeder Leistung ergibt. Dabei spielt es für die Tatsache, daß in jedem Falle die wechselseitige Wertung der Leistung erfolgt, keine Rolle, ob eine derartige Wertung, z. B. wie heute bei den Arbeitsentgelten, aus Sicherungs- und Zweckmäßigkeitsgründen von bestimmten Festpunkten (Tariflohn usw.) ausgeht, oder ob sie sich elastisch, wenn auch risikovoll gleichsam kursmäßig auf den jeweils in Frage kommenden Kräftestand einspielen kann.

Aus dem Grundsatze von „Leistung gegen Leistung" wird durch eine solche wechselseitige Wertung der Grundsatz von „Dienst gegen Dienst" und damit eine Forderung, die im Wirtschaftsleben materiell und ideell gleich wichtig ist. Der Leistung tritt also der Lohn im weitesten Sinne des Wortes gegenüber, dem Dienst das Entgelt, die beide wiederum in einer wirklichen Leistung

(Lohn) und in einem wirklichen Dienste (Entgelt) bestehen müssen, wenn nicht der Ausgleich zwischen Leistung und Lohn, Dienst und Entgelt auf die Dauer in Frage gestellt und damit die eigentlichen Auftriebskräfte der Wirtschaft, nämlich der Wille zu Leistung und Dienst, geschwächt oder gar zerstört werden sollen.

So verschieden Leistung und Lohn, Dienst und Entgelt im einzelnen sind, so verschieden ist auch ihre sich in ihrem „Preise" ausdrückende wechselseitige Wertung. Die Wirtschaftsrechnung kann daher bereits aus diesem Grunde niemals nur eine einfache mengenmäßige Feststellung, sondern stets nur eine wechselseitige Wertrechnung sein, die sich der Mengen- und Preisrechnung für ihre Zwecke bedient.

Eine Wirtschaftsrechnung ist aber auch niemals nur eine wertmäßige Feststellung von Fall zu Fall oder von Person zu Person. Sie ist darüber hinaus auch eine Wertrechnung in einem ganz bestimmten wechselseitigen Gesamtzusammenhang, der wertmäßig allein schon dadurch entsteht, daß jede Leistung und jeder Lohn, jeder Dienst und jedes Entgelt wechselseitig erstellt und wertmäßig zum Ausgleich gebracht werden müssen. Das aber bedeutet, daß ein jeder derartiger Vorgang immer wieder aufs neue wechselseitig Werte bildet und Werte zuteilt, die die wertmäßige Struktur und Dynamik der beteiligten Wirtschaftsgebilde verändern, wodurch auch die Voraussetzungen des Wirtschaftens selbst, der Wirtschaftsbereich und das Wirtschaftsvermögen der beteiligten Wirtschaftspersonen verändert werden.

Daraus folgt, daß die Wirtschaftsrechnung stets eine Wertrechnung innerhalb und zwischen den einzelnen Trägern der Wirtschaftsgemeinschaft sein muß, d. h. also zwischen den einzelnen Betrieben und Haushalten, die im Verband einer Volkswirtschaft stehen. Die eigentliche Erstellung der Güter in den Betrieben wird dabei für Art und Ausmaß der Leistung (Sozialprodukt) im Auftrieb der Wirtschaft entscheidend sein. Die Verteilung des Lohnes (Sozialertrag) dagegen wird die Grenzen und Möglichkeiten des Dienstes bestimmen, die jede Leistung in der Nutzung der Haushalte zu erfüllen hat.

Wer also die Wirtschaftsrechnung als Werkzeug der Wirtschaftsführung aufbauen will, hat von vornherein den Aufbau bewußt auf die organisch-sinnvolle und zweckentsprechende Erfassung der an die einzelnen Betriebe und Haushalte gebundenen wirtschaftlichen Wertbildung abzustellen, die mit der Erstellung von Leistung und Lohn im Auftrieb der Betriebe beginnt und mit der Verwendung von Dienst und Entgelt in den Haushalten zum Ausgleich kommt [1]).

2. Der Aufbau

Es versteht sich von selbst, daß Ausgang und Ziel jeder Wirtschaftsrechnung dort liegen müssen, wo die Aufgabe der Wirtschaft selbst erfüllt werden soll. Wie bereits im Rahmen dieser Zeitschrift wiederholt zum Ausdruck gebracht [2]), ist es stets Zweck und Aufgabe der Wirtschaft gewesen, die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung und Entwicklung des menschlichen Lebensstandes sowie zur Verfolgung der menschlichen Lebensziele im einzelnen wie in der Gesamtheit zu schaffen, mögen diese Lebensziele nun selbst materiell oder ideell sein. Im Rahmen dieser Aufgabe hat der Betrieb im wesentlichen nur der Erstellung des Sozialproduktes und Sozialertrages zu dienen. Als eigentlicher Träger des menschlichen Lebensstandes und der menschlichen Lebensziele in jeder Gemeinschaft aber ist — wirtschaftlich gesehen — der den Sozialertrag und das Sozialprodukt zweckentsprechend, d. h. seiner Aufgabe gemäß, verwendende Haushalt im weitesten Sinne des Wortes anzusehen. Infolgedessen muß auch der Haushalt ganz allgemein und nicht etwa nur der Haushalt der Betriebe Ausgang und Ziel jeder Wirtschaftsrechnung sein.

Das gilt für alle Haushalte, gleich welcher Art, gleich welcher Größe, gleich welche Aufgaben sie im einzelnen zu erfüllen haben. Das gilt naturgemäß auch für die Betriebshaushalte, deren Aufgabe eben in der Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags besteht, deren Aufgabenerfüllung aber anderseits auch die Inanspruchnahme eines entsprechenden Anteiles am Sozialertrag und Sozialprodukt erforderlich macht.

Jede Wirtschaftsrechnung, auch die der Betriebe, wird und muß daher in ihrem Kern eine Haushaltrechnung sein. Das heißt nicht etwa, daß überall die (z. B. in öffentlichen Haushalten übliche) Technik der Budget- oder Soll-Ist-Rechnung anzuwenden ist. Das bedeutet nur, daß bei dem Aufbau ebenso wie bei der Durchführung der Rechnung grundsätzlich die Wahrung des Haushaltsausgleiches im Zuge der Aufgabenerfüllung zu beachten ist. Denn nur, falls ein derartiger Haushalt ständig, wenn auch wechselnd im dynamischen Gleichgewicht aufgebaut und durchgeführt wird, vermag er seine Aufgaben als Haushalt im Rahmen des gesamten Wirtschaftsverbandes zu erfüllen.

Die Rechnung kann und darf sich dabei aber nicht etwa auf eine einfache Einnahmen- und Ausgabenrechnung (einfache Haushaltrechnung im alten Sinne) beschränken. Sie muß und soll vielmehr, da jeder Haushalt stets in den Zusammenhängen und Wechselwirkungen seiner größeren Wirtschaftsgemeinschaft steht, in jedem Falle eine Rechnung der in und zwischen den Haushalten eines Wirtschaftsverbandes vor sich gehenden Wertbildung, d. h. also eine Wirtschaftsrechnung der Einzel- und Gruppenhaushalte einer Volkswirtschaft, sein.

In einer derartigen Wirtschaftsrechnung sind neben Art und Ausmaß der einzelnen Ausgaben und Einnahmen insbesondere festzustellen: das Woher und Wohin bei den Ein- und Ausgängen der Lieferungen und Zahlungen; das Was-Wie-Wo-Wann bei den Forderungen und Verpflichtungen; der Ursprung, Stand und Zweck der verfügbaren Güter und Gelder; die vielseitige Wirkung, die die Wirtschaft des Haushaltes nach innen und außen auf Grund seiner Aufgabenerfüllung zur Folge gehabt hat; kurzum alles das, was für die Beurteilung und Beeinflussung der Wirtschaftsführung des einzelnen Haushaltes in seinem Wirtschaftsverband notwendig und zweckmäßig ist.

Nicht Form und Technik der überlieferten sogenannten Haushaltrechnung sind also für den Aufbau und die Führung der Wirtschaftsrechnung entscheidend, sondern Wesen und Sinn der in ihrem Wirtschaftsverbande stehenden und lebenden Haushalte selbst, so wie sie — wenn auch vielfach noch nicht bewußt — am deutlichsten ihren Ausdruck in der Form und Technik neuzeitiger Kapitalrechnungen der Haushalte unsrer gewerblichen Unternehmungen und Wirtschaftsbetriebe finden.

---

1) Wer sich eingehender über die hier erwähnten Vorgänge unterrichten will, den verweise ich auf die seit 1934 in dieser Zeitschrift erschienenen Beiträge zur Wirtschaftsdynamik.

2) Vgl. u. a. „Wirtschaftsführung", Techn. u. Wirtsch. Bd. 29 (1936) Heft 1 S. 1.

Bereits in früheren Beiträgen [3]) habe ich darauf hingewiesen, daß jede Volkswirtschaft [4]) sich grundsätzlich in folgende drei Gruppen von Haushalten gliedern läßt:

Die Haushaltgruppen einer Volkswirtschaft

a) die Betriebshaushalte (Haushalte der gesamten Betriebswirtschaft),
b) die öffentlichen Haushalte (Haushalte der gesamten öffentlichen Verwaltung),
c) die Familienhaushalte (Haushalte der gesamten Familienverbände).

Jede dieser Haushaltgruppen — und damit sinngemäß auch ihre Wirtschaftsrechnungen — dient, wie eingangs erwähnt, sowohl den Trägern der Wirtschaft als auch den Aufgaben, die diese Träger im Rahmen einer Volkswirtschaft zu erfüllen haben. Mit andern Worten, jede der drei Haushaltgruppen hat zunächst einmal für die Erhaltung und Entwicklung des Lebensstandes sowie für die Verfolgung der Lebensziele ihrer Träger, nämlich der Betriebswirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, des Familienverbandes, Sorge zu tragen. Sie stehen aber anderseits nicht nur hinsichtlich der Aufgabenerfüllung ihrer Träger, sondern auch hinsichtlich des Anteiles am Sozialprodukt und Sozialertrag in dem unlösbaren organischen Zusammenhang einer Volkswirtschaft, den ich im Rahmen dieser Zeitschrift schon wiederholt behandelt habe [3]). Sie müssen sich daher nicht nur in der Aufgabenerfüllung, sondern auch in der Beteiligung am Sozialprodukt und Sozialertrag den praktischen Möglichkeiten einer Volkswirtschaft entsprechend wechselseitig ergänzen und ausrichten. Alle diese Maßnahmen sollen ebenso wie ihre Auswirkungen nach innen und außen ihren Ausdruck und Niederschlag stets in der Wirtschaftsrechnung der Einzel- und Gruppenhaushalte finden. Die Wirtschaftsrechnung ist infolgedessen überall sinngemäß aufzubauen und durchzuführen.

Um die wechselseitigen Zusammenhänge von Haushalt zu Haushalt klar und deutlich erkennen und gleichzeitig den Wirtschaftsbereich des einzelnen Haushaltes von dem der andern ebenfalls klar und deutlich abgrenzen zu können, muß jede Wirtschaftsrechnung eines Haushaltes mit der Erfassung der Wertbewegungen beginnen, die von Haushalt zu Haushalt vor sich gehen. Damit werden gleichzeitig die Leistungen erfaßt [5]), die auf Grund wechselseitiger Willensakte in der Form von Real- und Rechtsvorgängen des Lieferungs- und Zahlungsverkehrs von Wirtschaftsperson zu Wirtschaftsperson geboten und angenommen werden.

Erst wenn diese Wertbewegungen und Leistungen von Haushalt zu Haushalt erfaßt worden sind, läßt sich im Bereich eines Haushaltes die weitere Rechnung durchführen, die ihrerseits wiederum in zwei Rechnungsarten zerfällt. Die eine hat die Wirkung der Wirtschaftsweise auf den laufend sich verändernden Wertzustand (wertmäßiger Bestand) des jeweiligen Haushaltes nach innen und außen festzustellen und damit das, was der Haushalt im Hinblick auf seine Aufgabenerfüllung für die Zukunft zu leisten vermag (wertmäßiges Vermögen). Die andere hat die Wirtschaftsweise (wertmäßige Nutzung) des einzelnen Haushaltes selbst festzustellen und damit den wertmäßigen Erfolg zu überprüfen, der bei der Verwendung des Aufwandes (im weitesten Sinne) und bei seiner Deckung durch den Ertrag erzielt worden ist.

Infolgedessen ist grundsätzlich jede Wirtschaftsrechnung, wenn sie die zwischen und in den einzelnen Haushalten erfolgende wirtschaftliche Wertbildung vollständig und richtig erfassen soll, stets in drei unterschiedliche, wenn auch aufeinander aufbauende und miteinander im organischen Zusammenhang stehende Rechnungsarten zu trennen [6]):

1. die Bewegungs- oder Leistungsrechnung,
2. die Bestands- oder Vermögensrechnung,
3. die Nutz- oder Erfolgsrechnung.

Zu dieser mehr die Zusammenhänge und Wechselwirkungen der Wertbildung selbst berücksichtigenden und erfassenden Gliederung tritt noch als weitere wichtige Einteilung der Wirtschaftsrechnung die Trennung nach Haushaltbereichen, wobei die Voraussetzung und Aufgabe des einzelnen Bereiches im Vordergrund steht:

a) Rechnung des laufenden Haushaltes,
b) Rechnung des stehenden oder ruhenden Haushaltes.

Beide sind, wenn auch in anderer Form, in der öffentlichen Haushaltrechnung seit langem als die Rechnung des ordentlichen (a) und außerordentlichen (b) Haushalts bekannt. Beide sollten jedoch auch in der Haushaltrechnung der Betriebswirtschaft eingeführt und sowohl in der Bilanz als auch in der Erfolgsrechnung offen ausgewiesen werden, was unschwer möglich ist und viel zur Klärung der Frage beitragen würde, ob und inwieweit der Aufbau und die Führung einer Betriebswirtschaft gesund oder nicht gesund ist.

Im Gegensatze zu der Handhabung, die heute infolge der Beschränkung auf die Einnahmen- und Ausgabenrechnung im öffentlichen Haushalt üblich ist, müßte jedoch die Rechnung im stehenden oder ruhenden Haushalt verankert werden. Das heißt, der Saldo des laufenden Haushaltes in der Leistungs-, Vermögens- und Erfolgsrechnung wäre in die entsprechende Rechnung des stehenden oder ruhenden Haushalts zu übernehmen und nicht wie bei der öffentlichen Haushaltrechnung umgekehrt. Eine derartige Handhabung ist nicht nur aus rechnungstechnischen Gründen zweckmäßiger, sondern auch, vom Standpunkt der Haushaltsführung aus gesehen, sinngemäßer. Denn jedes Mehr oder Weniger im laufenden Haushalt wirkt sich letzten Endes auf die materiellen Grundlagen des Gesamthaushaltes aus, die im stehenden oder ruhenden Haushalt zum Ausdruck kommen.

3. Die Anwendung

Wichtig für die Anwendung einer derartigen Wirtschaftsrechnung auf sämtliche im Verbande einer Volkswirtschaft stehenden Einzel- und Gruppenhaushalte ist, daß man sich zunächst die großen Grundgesetze jeder wirtschaftlichen Wertbildung vergegenwärtigt, die ich im Rahmen dieser Zeitschrift bereits mehrmals ausführlich behandelt habe, auf die ich jedoch hier mangels Raumes nicht nochmals näher eingehen kann [3]).

Aufgabe der Betriebswirtschaft ist es, sowohl das gesamte Sozialprodukt als auch den gesamten Sozialertrag einer Volkswirtschaft zu erstellen. Für die Grenzen und Möglichkeiten der späteren Verwendung in den drei Haushalt-

3) Vgl. u. a. „Der Sozialertrag und seine Verteilung", Techn. u. Wirtsch. Bd. 29 (1936) Heft 4 S. 97 ff.

4) Vgl. u. a. auch die Wirtschaftsberichte in Techn. u. Wirtsch. Bd. 29 (1936) Heft 5 S. 150 und Bd. 30 (1937) Heft 11 S. 320.

5) Im betrieblichen Rechnungswesen wird vielfach als Leistung lediglich die Herstell- oder Verkaufsleistung angesehen. Die wirtschaftliche Leistung der Haushalte im Rahmen einer Volkswirtschaft ist jedoch weiter zu fassen. Leistung ist hier jede Bewegung von wirtschaftlichen Werten, die auf eine wechselseitige Maßnahme der betreffenden Wirtschaftspersonen im Lieferungs- und Zahlungsverkehr zurückgehen. Herstelleistungen sind als innerbetriebliche Wertbewegungen in diesem Sinne nur Vorleistungen. Als Leistungsrechnung ist daher auch niemals etwa die Erfolgsrechnung, sondern stets nur die Bewegungsrechnung zu bezeichnen.

6) Vgl. hierzu „Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Kapitalrechnung", Techn. u. Wirtsch. Bd. 30 (1937) Heft 5 S. 139.

gruppen wird somit auch die bei der Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags in der Betriebswirtschaft erfolgende Verteilung beider von Wichtigkeit sein. Hierbei wird — wie in früheren Arbeiten dargelegt — der Gegenwert des bei der Erstellung des Sozialprodukts anfallenden Sozialertrags zunächst in einer Forderung auf einen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt bestehen. Da die Verteilung des Anspruches auf einen Anteil am Sozialprodukt für die Erwerbsmöglichkeit des letzteren von vorherrschender Bedeutung ist, wird auch, wie bereits eingangs erwähnt, die Verteilung des Sozialertrags letzten Endes für die Verteilung des Sozialprodukts entscheidend sein.

Jede Wirtschaftsrechnung wird daher, ganz gleich ob man sie nun für eine ganze Volkswirtschaft oder für die Gruppen- und Einzelhaushalte führt, stets eine Rechnungslegung für die Erstellung (Erzeugung, Veredlung, Verteilung) und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags sein müssen.

Greifen wir der Einfachheit halber die Rechnung eines einzelnen Jahres ohne Vortrag aus dem Vorjahre heraus und beschränken wir zudem die Darlegung auf die drei obenerwähnten Haushaltgruppen einer Volkswirtschaft, so lassen sich die Vorgänge und Auswirkungen der Wertbildung unschwer an einem Beispiel erläutern [4]).

Die Haushalte der Betriebswirtschaft haben, wie bereits erwähnt, für die Erstellung des gesamten Sozialprodukts und Sozialertrags Sorge zu tragen, wobei der Gesamtwert des Sozialprodukts stets gleich dem Gesamtwert des entsprechenden Sozialertrags sein muß, die Verteilung beider auf die einzelnen Haushalte jedoch durchaus unterschiedlich sein kann. Immerhin wird und muß das gesamte Sozialprodukt und der gesamte Sozialertrag stets aus der Haushaltgruppe der Betriebswirtschaft kommen und von hier aus sich auf die drei Haushaltgruppen zwecks Verwendung verteilen.

Ich wiederhole hier zum besseren Verständnis noch einmal in Bild 1 und Zahlentafel 1 das Beispiel einer derartigen Verteilung (Endzustand), das ich bereits früher veröffentlicht habe [7]).

Ausgeglichen würde der Gesamthaushalt und jeder der drei Gruppenhaushalte sein, wenn jeder der letzteren den wertmäßigen Anteil am Sozialprodukte zur Verwendung erhält, der dem ihm zufallenden Teil am Sozialertrag entspricht (Bild 1 Fall a). Da ein derartiger Ausgleich so gut wie niemals bereits innerhalb eines Jahres zustande kommt, tritt bis zur endgültigen Abwicklung die Notwendigkeit ein, den fehlenden Ausgleich zunächst auf dem Wege des Kredits zu überbrücken, wodurch im Gefüge der Wertbildung einer Wirtschaft mehr oder weniger große Anspannungen entstehen, die ich als Kapitalanspannungen bezeichnet habe [8]).

Gleichzeitig tritt mit einem derartigen Zustand noch eine weitere wichtige Ausdrucksform unsrer heutigen Wirtschaftsweise in Erscheinung. Aus einer solchen Überbrückung bildet sich, namentlich wenn dieselbe nicht nur vorübergehend ist, Geldkapital, muß sich Geldkapital bilden, dessen Gegenwert bekanntlich nicht aus Sachwerten, sondern im Sinne der obigen Ausführungen aus Forderungen auf Beteiligung am bisherigen oder zukünftigen Sozialprodukte besteht. Auf der andern Seite bildet sich aber in einem entsprechenden Wertausmaß im Rahmen des Sozialprodukts eine Gruppe von Sachwerten (Sachvermögen), die den über sie verfügenden Haushalten nicht gehören und daher nicht Eigenvermögen, sondern Schuldvermögen darstellen, d. h. also mit einer Verpflichtung an fremde Haushalte verbunden sind, ganz gleich worin diese Verpflichtungen nun im einzelnen bestehen. Geldkapital und Schuldvermögen gehören somit notwendigerweise zusammen, müssen wertmäßig gleich sein und im Zuge der wirtschaftlichen Wertbildung an irgendeinem Punkte zum Ausgleich kommen.

Im Falle b des Bildes 1, dessen zahlenmäßige Zusammensetzung aus der Zahlentafel 1 entnommen werden kann, ist an Hand eines Beispieles der Endzustand in der Verteilung des Sozialprodukts und Sozialertrags einer Volkswirtschaft für ein Jahr aufgeführt, in der die öffentliche Hand aus irgendwelchen Gründen einen größeren Anteil am Sozialprodukt als am Sozialertrag beansprucht hat. Das ist in jedem Falle nur dadurch möglich, daß die beiden andern Haushaltgruppen in irgendeiner Form dem Haushalte der öffentlichen Hand auf dem Wege des Kredits o. dgl. den Gegenwert (Forderungen) des Anteils am Sozialertrag zur Verfügung stellen, den die öffentliche Hand nicht oder noch nicht zur Deckung der von ihr wertmäßig in Anspruch genommenen Anteile am Sozialprodukt für sich beansprucht hat.

Die zahlenmäßig nachweisbare Aufdeckung eines derartigen Endzustandes in der Verteilung des Sozialprodukts und Sozialertrags einer Volkswirtschaft für jedes Jahr ist mit den

7) Vgl. Techn. u. Wirtsch. Bd. 30 (1937) Heft 11 S. 320.

8) Vgl. „Kapitalwirtschaft und Unternehmen", Techn. u. Wirtsch. Bd. 24 (1931) Heft 12 S. 285 ff.

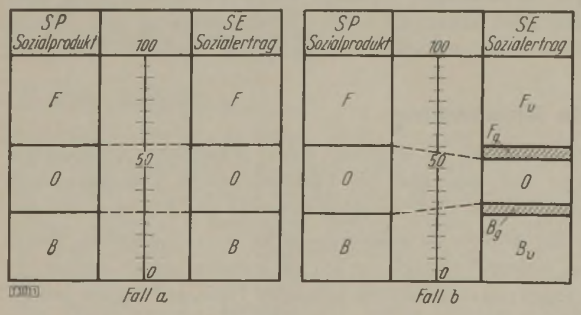


Bild 1. Die Verteilung des Sozialprodukts und Sozialertrags einer Volkswirtschaft (Endzustand)

Erläuterung:
B, *O*, *F* Anteile am Sozialprodukt bzw. Sozialertrag der Haushalte der { Betriebswirtschaft, Öffentlichen Hand, Familien
Fv bzw. *Bv* Anteil am Sozialertrag, der zur eigenen Bedarfsdeckung verwandt wird
Fg bzw. *Bg* Anteil am Sozialertrag, der dem Haushalte der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden muß (Geldkapital)

Zahlentafel 1
Die Verteilung des Sozialprodukts und Sozialertrags einer Volkswirtschaft
(gemäß Bild 1 Fall b)

Gesamtwert		Sozialprodukt			Sozialertrag		
in %		Insgesamt	Anlagegüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Bedarfsdeckung	Geldkapital
Erstellt in Betrieben der	Landwirtschaft	12	—	12	12		
	Industriewirtschaft	70	50	20	70		
	Sonstigen Wirtschaft	18	5	13	18		
	Insgesamt	100	55	45	100	100	±10
Verwandt in Haushalten der	Familien	40	10	30	45	40	+ 5
	Öffentlichen Hand	30	25	5	20	30	—10
	Betriebswirtschaft	30	20	10	35	30	+ 5

heute zur Verfügung stehenden Formen und Wegen der Wirtschaftsrechnung noch keineswegs einwandfrei möglich. Sie ist aber wichtig, sogar entscheidend wichtig, wenn eine Volkswirtschaft in Gestaltung und Führung ihrer Gruppen- und Einzelhaushalte beurteilt und richtungweisend beeinflußt werden soll.

Die rechnerische Ermittlung des Endzustandes allein genügt jedoch für eine derartige Beurteilung und Beeinflussung noch nicht. Darüber hinaus ist erforderlich, zahlenmäßig festzustellen, wie in und zwischen den Gruppen- und Einzelhaushalten die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags bis zur Verwendung selbst (dargestellter Endzustand der Erstellung im Bild 1) vor sich geht. Hierbei kommt es im Sinne der obigen Ausführungen vor allem auf die Darlegung der Verlagerung des Sozialertrags an, der in den Haushaltgruppen der Betriebswirtschaft entsteht und von dieser teils an den eigenen Bereich, teils an die beiden andern Haushaltgruppen unmittelbar oder mittelbar verteilt werden muß.

In der Haushaltgruppe der Betriebswirtschaft wird sich die Bildung und erstmalige Verteilung des an die Erstellung des Sozialprodukts gebundenen Sozialertrags aus den Gliederungen der Aufwandseite, die Bildung und erstmalige Verteilung des diesem Sozialertrag entsprechenden Sozialprodukts aber aus der Ertragseite der Erfolgsrechnung der einzelnen Haushalte erkennen lassen. Es kommt somit darauf an, im Interesse einer einheitlichen Erfassung der Wertbildung im eigentlichen Erstellungsvorgang gerade diese Rechnungsart auf eine einheitliche Grundlage im gedanklichen Aufbau zu bringen.

In ähnlicher Weise ist bei der Weiterverfolgung der eigentlichen Wertbewegungen in und zwischen den Gruppen- und Einzelhaushalten sowie der Feststellung der dadurch erfolgenden Zustandsveränderungen durch einen einheitlichen Aufbau der Leistungs- und Vermögensrechnung (s. o.) zu verfahren. Dabei sei besonders betont, daß hier unter Einheitlichkeit nicht die Gleichheit der Form und Technik der Rechnung verstanden wird, sondern die Aufdeckung und Gewährleistung des einheitlichen großen wechselseitigen Zusammenhanges unter den Gruppen- und Einzelhaushalten einer Volkswirtschaft. In der Wirtschaftsrechnung muß sich ein derartiger einheitlicher Zusammenhang vor allem in einem einheitlichen gedanklichen Aufbau der Leistungs-, Vermögens- und Erfolgsrechnung äußern. Form und Technik mag man dann ruhig den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Haushaltsbereiche anpassen.

Der Neuaufbau unsrer gesamten Wirtschaftsrechnung in diesem Sinne wird zweifelsohne Praxis und Wissenschaft vor große und nicht leicht zu lösende Aufgaben stellen. In der Praxis werden so manche Umstellungen und Anpassungen erforderlich werden, die sich nicht von heute auf morgen durchführen lassen, zumal wenn man berücksichtigt, was gerade auf diesem Gebiete die Überlieferung des Althergebrachten bedeutet. Fast schwieriger als die eigentliche Durchführung dürfte jedoch bei der Fülle der gegensätzlichen wissenschaftlichen Einstellungen und Lehrmeinungen die Durchsetzung eines gedanklich einheitlichen Planes sein, der die Zusammenhänge und Wechselwirkungen in und zwischen den Gruppen- und Einzelhaushalten einer Volkswirtschaft in dem Aufbau der Wirtschaftsrechnung zum Ausdruck bringt und dabei doch die individuellen Eigenarten und Eigenbedürfnisse der Haushalte wahrt.

Nichtsdestoweniger ist es notwendig, die Arbeit bewußt auf dieses Ziel abzustellen. Eine in diesem Sinne einheitlich im Zusammenhange organisch-sinnvoll aufgebaute und geführte Wirtschaftsrechnung ist für alle Beteiligten notwendig, sofern die Wirtschaft eines Volkes nicht auf Grund von zufälligen Eindrücken oder nicht zu überprüfenden Meinungen, sondern auf Grund zweckentsprechender Feststellungen und zahlenmäßig nachweisbarer Urteile geführt werden soll. [3388]

Neuordnung der Wasserwirtschaft

Am 1. Januar 1938 trat die Verordnung über Wasser- und Bodenverbände vom 3. September 1937 in Kraft, die das Recht der Wasser- und Bodenverbände einheitlich für das ganze Reich neu regelt und damit die Verhütung von Wasserschaden und die Nutzung des Wassers durch öffentlich-rechtliche Vorschriften einheitlich ordnet. Für weite Kreise der Grundeigentümer sind die neuen Vorschriften von größter Bedeutung. Betroffen werden von ihnen alle Großbesitzer, die an Gewässern und deren Ufern wirtschaftliches Interesse haben, insbesondere auch diejenigen, die Anlagen irgendwelcher Art an Gewässern besitzen. Auch der große Kreis der Siedler wird mithin in den Geltungsbereich der neuen Vorschriften einbezogen.

Der Ausgangspunkt der neuen Ordnung ist der Grundsatz, daß Boden und Wasser die Grundlage des Lebens bilden, daß aber dem Wasser auch eine zerstörende Kraft innewohnt. Beiden Gedanken wird durch die neue Form der Wasser- und Bodenverbände und die ihnen zugewiesenen Aufgaben Rechnung getragen. Dies geht aus dem Aufgabenkreis hervor, den die Verordnung über Wasser- und Bodenverbände den Verbänden zuweist. Die Verbände sollen die Aufgabe haben, Gewässer und Ufer herzustellen, zu ändern und instand zu halten; Schiffahrts- und Flößereianlagen, Stauanlagen, Schleusen, Siele u. dgl. sowie Wasserkraftanlagen herzustellen, zu ändern und zu erhalten; Grundstücke zu entwässern, zu bewässern und vor Hoch- und Sturmflut zu schützen; Abwässer abzuführen, zu verwerten und zu reinigen; Trink- und Gebrauchswasser zu beschaffen; den Boden in landwirtschaftlicher Kultur zu verbessern und zu erhalten; Land aus Wasserflächen zu gewinnen; Raseneisenerz abzubauen und alle sonstigen mit vorstehenden Aufgaben zusammenhängenden wasser- und bodenwirtschaftlichen Ziele zu verfolgen.

Der für diese weitgesteckten Zwecke zu errichtende Wasser- und Bodenverband dient nach § 4 der Verordnung dem öffentlichen Wohle und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung. Sein Wirken muß im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung stehen. Die Verwaltung liegt in den Händen eines Vorstehers und eines Ausschusses. Der Vorsteher und sein Stellvertreter werden von der staatlichen Aufsichtsbehörde berufen; in Preußen und Bayern sind dies die Regierungspräsidenten, in Berlin ist es der Polizeipräsident und in den andern Ländern sind es die entsprechenden Behörden. Der Ausschuß wird von den Mitgliedern des Wasser- und Bodenverbandes gewählt.

Die Mitglieder haben den Wasser- und Bodenverbänden Beiträge zu leisten, wenn es zur Erfüllung der Aufgaben des Verbandes und zur Deckung seiner Verbindlichkeiten, sowie zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich ist. Die Beiträge können in Geld oder in Sachen, Werken, Diensten oder andern Leistungen bestehen. Die Beitragspflicht der Mitglieder ist als öffentliche Last (Abgabe) erklärt worden. Die Beitragslast haftet auf den Grundstücken. Die auf Gesetz oder Satzung beruhende Forderung des Wasser- oder Bodenverbandes kann im Verwaltungswege beigetrieben werden.

Der Staat beaufsichtigt die Wasser- und Bodenverbände, um sicherzustellen, daß sie im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und den Zielen der Staatsführung verwaltet werden.

Wd. [3393]

Die Sparkassen als Kreditgeber des Mittelstandes

Von Dr. J. HEINTZE, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin

Den Sparkassen fällt in der deutschen Kreditwirtschaft die besondere Aufgabe zu, den gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstand zu fördern. Daher ist auch das Anlage- und Kreditgeschäft der Sparkassen durch seine örtliche Gebundenheit und Dezentralisation gekennzeichnet. Unter den beiden Kreditformen: Hypothekar- und Personalkredit nimmt die erste mit 7,2 Mrd. RM von insgesamt 9,2 Mrd. RM Umfang (Ende November 1937) die erste Stelle ein. Der Betriebs- und Personalkredit dient in erster Linie der Unterstützung des selbständigen mittelständischen Gewerbes, und auf diesem Gebiete liegt auch eine große Zukunftsaufgabe des deutschen Sparkassenwesens: die finanzielle Förderung des Nachwuchses in Handel, Handwerk und Landwirtschaft, indem jungen Menschen, die einen entschlossenen Willen zum Vorwärtskommen zeigen, die zur Verselbständigung erforderlichen Kredite gewährt werden.

1 Die Aufgaben der Sparkassen im Kreditgeschäft

Die Gewährung von Darlehen und Krediten aller Art an die mittelständische Wirtschaft gehört zu den traditionellen Aufgaben der deutschen öffentlichen Sparkassen. Als Institute sozialen Charakters blieb ihre Tätigkeit von Anfang an nicht darauf beschränkt, allen, besonders den wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlegung ihrer Ersparnisse zu geben, sondern sie umfaßte schon frühzeitig auch die positive Unterstützung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes durch eine umfassende Kreditgewährung. Sammlung von Spareinlagen auf der einen und kreditwirtschaftliche Nutzung dieser Gelder auf der andern Seite dienten beide stets in gleicher Weise dem wichtigen Ziel, Gewerbetreibende und Handwerker, Einzelhändler, Bauern, Landwirte, Arbeiter, Beamte und Angestellte in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu sichern und zu fördern. Bereits 1856 z. B. hieß es in einem preußischen Ministerialerlaß, daß die Sparkassen bei ihrer Kreditpolitik „vorzugsweise die Verhältnisse der arbeitenden Klasse überhaupt, und namentlich die der kleinen Handwerker ins Auge zu fassen hätten". Der gleiche Gedanke in neuzeitlicher Fassung ist es, wenn in der heute geltenden Mustersatzung der Sparkassen [1]) im Zusammenhang mit dem Personalkreditgeschäft von der Kredithilfe „an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise" die Rede ist. Obwohl sich seit jenem Erlaß aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts das Gesicht der deutschen Wirtschaft entscheidend gewandelt hat, ist die kreditwirtschaftliche Aufgabe also die gleiche geblieben: Heute wie damals muß in der Befriedigung des mittelständischen Kreditbedarfs eine der wichtigsten Sparkassenfunktionen erblickt werden. In der Gegenwart erweist sich ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie hervorragend geeignet ist, die nationalsozialistische Politik der zentralen Wirtschaftsförderung im lokalen Bereich zu ergänzen und zu stützen.

Das Anlage- und Kreditgeschäft der Sparkassen ist — neben der bewußten Beschränkung auf die mittelständische Wirtschaft — durch seine örtliche Gebundenheit gekennzeichnet. Als rechtlich selbständige Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sollen die öffentlichen Sparkassen, abgesehen natürlich von der Liquiditätsvorsorge und Wertpapieranlage, auf den räumlichen Bezirk ihres meist kommunalen Gewährträgers beschränkt bleiben. Die Sparkasse dient, wie wiederum die Mustersatzung einleitend feststellt, „der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse". Denn die Ersparnisse und Betriebsreserven der Bevölkerung, die der Sparkasse anvertraut werden, sollen grundsätzlich auch wieder den gleichen Kreisen der örtlichen Wirtschaft in Form von Darlehen und Krediten zugutekommen. Das bedeutet, daß die Sparkassen Mittelpunkte im lokalen Kredit- und Zahlungsverkehr sind, oder daß sie — anders gesagt — in ihrer Geschäftspolitik den Grundsatz der Dezentralisation des Kreditgeschäftes verwirklichen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung vor allem des Personalkreditgeschäfts gegeben. Denn nur eine weitgehende Dezentralisierung ermöglicht die stete Beobachtung und Beratung des einzelnen Schuldners, die gerade in diesem Geschäftszweig für die unbedingte Sicherheit der Sparkassenanlagen von größter Bedeutung ist. Die Gewährleistung einer nach menschlichem Ermessen vollkommenen Sicherheit der Anlagen muß aber oberstes Grundgesetz einer Einrichtung sein, die mündelsicher ist und die Ersparnisse aller Volksschichten als Treuhänder zu verwalten hat.

Das mittelständische Kreditgeschäft der Sparkassen spielt sich vornehmlich in zwei Formen ab, der Gewährung von Hypotheken sowie von kurzfristigen Personal- und Betriebskrediten. Beide Geschäftszweige machten Ende November 1937 mit einem Umfang von zusammen 9,2 Mrd. RM (7,2 Mrd. RM Hypotheken und 2,0 Mrd. RM Personalkrediten) etwa 45,3 % der Gesamtbilanzsumme aller Sparkassen aus. Die finanzielle Grundlage für ein derart ausgedehntes Kreditgeschäft bilden die seit 1924 in fast ununterbrochener Entwicklung ansteigenden Spareinlagen, Giroeinlagen und Depositen. Die Sparkassen verwalten heute (Ende November 1937) Spargelder im Betrage von über 15,5 Mrd. RM und Giroguthaben und Depositen in einer Höhe von etwa 2,7 Mrd. RM. In den nahezu fünf Jahren, die seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus vergangen sind, sind die den Sparkassen anvertrauten Gelder um rd. 5 Mrd. RM gestiegen, davon die Spareinlagen, die ihrer Natur nach zum größten Teil langfristig angelegt werden können, allein um etwa 4 Mrd. RM.

Diese günstige Entwicklung ist entscheidend auf die wirtschaftliche Initiative des nationalsozialistischen Staates zurückzuführen. Die Verwirklichung des „Rechtes auf Arbeit", die das erste Ziel der staatlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet war, ebenso wie der Durchführung der weiteren großen Gemeinschaftsaufgaben des deutschen Volkes haben zu einer wesentlichen Steigerung des Arbeits- und des Volkseinkommens geführt und auf diese Weise — im Verein mit der unbedingten Stabilhaltung der Währung nach innen und nach außen — die grundlegenden Voraussetzungen für eine Belebung der Spartätigkeit des deutschen Volkes geschaffen. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Sparkassen einen erheblichen Teil des durch die erhöhte Spartätigkeit neu gebildeten Kapitals in den Dienst der staatlichen Finanzierungsaufgaben stellen. Die Sparkassen haben es in den letzten Jahren als vordringliche Aufgabe betrachtet, durch Übernahme von Reichsanleihen an der Konsolidierung der kurzfristigen Reichsschulden, die im Zuge der großen öffentlichen Vorhaben entstanden

[1]) Die Satzung, das Grundgesetz jeder Sparkasse, bringt eine erschöpfende Aufzählung der sparkassenmäßigen Geschäfte. Die Satzungen sind in den einzelnen deutschen Ländern gemäß den für sie erlassenen „Mustersatzungen" einheitlich gestaltet und enthalten regelmäßig Vorschriften über die Organisation und Verwaltung der Sparkasse, ihre Geschäftszweige, die Sicherung ihrer Zahlungsbereitschaft und die Verwendung der Überschüsse.

waren, zu ihrem Teile mitzuwirken. Von den bisher insgesamt untergebrachten Konsolidierungsanleihen des Reiches in Höhe von fast 7 Mrd. RM nahmen die Sparkassen allein fast ein Drittel auf.

Darüber haben sie jedoch in keiner Weise ihr mittelständisches Kreditgeschäft vernachlässigt. Der anhaltende Einlagenzustrom setzte sie in den Stand, allen einzel- und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kreditwünschen, soweit sie den satzungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften und Möglichkeiten entsprachen, in vollem Umfang gerecht zu werden. In klarer Erkenntnis der Bedeutung, die ein gesunder Mittelstand für das Gesamtwohl des deutschen Volkes besitzt, waren sie stets bestrebt, ihre Kreditgewährung nach Möglichkeit auszubauen und zu verfeinern. Ihr Anteil an dem gesamten Kreditvolumen der mittelständischen Wirtschaft ist wegen der Schwierigkeit der Abgrenzung und wegen mancher statistischer Unzulänglichkeiten nicht bis in die letzten Einzelheiten hinein erfaßbar; es kann jedoch schon aus den vorhandenen Unterlagen entnommen werden, daß die Sparkassen mit ihren über 9 Mrd. RM Real- und Personalkrediten die wichtigsten Kreditgeber des Mittelstandes sind.

Der Gesamtbetrag aller von deutschen Kreditinstituten und Anstalten begebenen Hypotheken verteilte sich Ende Juni 1937 auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

	Mrd. RM
Sparkassen	7 022,6
Hypotheken-Aktienbanken	6 002,6
Öffentl.-rechtl. u. sonstige Kreditanstalten	4 266,6
Private u. öffentl. Lebensvers.-Unternehm.	2 669,0
Angestellten- u. Invalidenversicherung	1 476,5
	21 437,3

Von dem Gesamtbetrag aller Anstaltshypotheken entfällt also nahezu ein Drittel allein auf die Sparkassen. Da als sicher anzunehmen ist, daß von den Hypotheken der Sparkassen ein wesentlich größerer Prozentsatz als bei den meisten übrigen Gruppen der Kredit- und Versicherungswirtschaft in die mittelständischen Bevölkerungs- und Wirtschaftskreise geflossen ist [2]), dürfte ihr Anteil an dem gesamten langfristigen Kredit lediglich des Mittelstandes noch beträchtlich höher liegen, als die vorstehenden Ziffern zunächst vermuten lassen.

Die anteilige Bedeutung der Sparkassen an den mittelständischen Personal- und Betriebskrediten ist ziffernmäßig lediglich für die Zeit der letzten Bankenquête zu ermitteln, und auch hier nur für die beiden wichtigsten Kreditgeber des Mittelstandes, die Sparkassen und die Genossenschaften; im übrigen dürfte der Anteil der Kreditbanken so gering sein, daß er das Bild nicht nennenswert verschieben würde. Ende 1933 verteilten sich die kurzfristigen Mittelstandskredite auf Sparkassen und Genossenschaften gemäß Zahlentafel 1 [3]).

Es ergibt sich hiernach ein Anteil der Sparkassen an kurzfristigen Buchkrediten bis zu 20 000 Reichsmark von 39,2 % gegenüber 39,0 % für die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und 21,8 % für gewerbliche Kreditgenossenschaften. Das läßt die „Bedeutung der Sparkassen für die Kreditversorgung der kleineren Gewerbebetriebe, besonders auf dem flachen Land" erkennen; sie wurde 1933 von dem Untersuchungsausschuß für das

2) Auf die durchschnittliche Kreditgröße im Hypothekarkreditgeschäft der Sparkassen wird weiter unten eingegangen.
3) *Ph. Gädeke*, Mittelstandskredite bei Genossenschaften und Sparkassen. Die Sparkasse, 55. Bd. (1935) Heft 10.

Zahlentafel 1
Verteilung der kurzfristigen Mittelstandskredite auf Sparkassen und Genossenschaften (1933)

Kurzfristige Kredite bis 20000 RM	ohne Giroverbindlichkeiten			mit Giroverbindlichkeiten		
	Mill. RM	in % sämtl. Kredite der Gruppe	%	Mill. RM	in % sämtl. Kredite der Gruppe	%
Gewerbl. Genossenschaften	794	68,9	21,8	911	70,0[1])	22,5
Landw. Genossenschaften	1424	89,0[1])	39,0	1634	90,3	40,5
Spar- u. Girokassen	1433	74,3	39,2	1492	74,3	37,0
Insgesamt	3651	78,0	100,0	4037	78,8	100,0

1) Geschätzt zur Ausschaltung des Einflusses der Giroverbindlichkeiten.

Bankwesen mit diesen Worten auch ausdrücklich anerkannt und unterstrichen.

2. Der Realkredit

Im Kreditgeschäft der Sparkassen steht der Realkredit, d. h. die „Gewährung langfristiger Darlehen gegen Bestellung von Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden", seit altersher an erster Stelle. Schon in dem ältesten Sparkassengesetz, dem Preußischen Sparkassenreglement von 1838, war die Pflege des Hypothekarkredits besonders vorgeschrieben. Heute haben die Sparkassen insgesamt etwa 46,4 % ihrer Spareinlagen in Hypotheken angelegt. Der Prozentsatz ist damit wesentlich niedriger als vor dem Kriege (1913), als der Hypothekenbestand aller Sparkassen etwa 66,7 % der Spareinlagen ausmachte. Der Grund für diese Verschiedenartigkeit im Verhältnissatz zwischen Spareinlagen und Hypotheken ist wirtschaftlich vor allem darin zu sehen, daß die Spareinlagen heute nicht jenen Grad der Langfristigkeit haben, der ihnen vor dem Kriege eigen war. Außerdem sind der Betätigung der Sparkassen im Realkreditgeschäft aus liquiditätspolitischen Erwägungen heraus seit 1931 durch den Gesetzgeber bestimmte Grenzen gesteckt: Die Sparkassen dürfen heute nicht mehr als 50 % ihrer Spareinlagen in Hypotheken anlegen. Denjenigen Kassen, die diesen Höchstsatz bereits erreicht oder überschritten haben, ist allerdings im Interesse des Wohnungsbaues gestattet worden, mit Genehmigung ihrer Aufsichtsbehörde die aus Tilgungen und Rückzahlungen von Hypotheken anfallenden Mittel für Hypotheken-Neuausleihungen zu verwenden. Dadurch ist für viele Kassen eine nachhaltige Erleichterung geschaffen worden. Dennoch konnte die in den letzten Jahren anhaltend rege Nachfrage nach Realkredit von den Sparkassen oftmals nicht voll befriedigt werden, weil die satzungsmäßige Begrenzung vielfach weitere Ausleihungen unmöglich machte.

Die etwa 7,2 Mrd. RM Hypotheken aller Sparkassen verteilen sich auf rd. 1,6 Mill. Kreditnehmer, so daß die Durchschnittsgröße einer Sparkassenhypothek bei etwa 4500 RM liegt. Der ausgeprägte mittelständische Charakter des Realkreditgeschäfts, den diese Ziffer erkennen läßt, geht noch deutlicher aus der größenordnungsmäßigen Zusammensetzung des Hypothekenbestandes hervor. Die Sparkassen-Hypotheken setzten sich Ende 1935 — neuere Ziffern liegen noch nicht vor — bei einem Gesamtbestand von damals 6,6 Mrd. RM nach der in Zahlentafel 2 gegebenen Übersicht zusammen.

Nimmt man als Grenze eines hypothekarischen Mittelstandskredits den Betrag von 20 000 Reichsmark an — was eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürfte — so waren Ende 1935 also der Anzahl nach 97,3 % und dem Betrage nach 70,5 % aller Spar-

Zahlentafel 2
Größenklassen der Sparkassenhypotheken Ende 1935

Größenklassen RM	Anzahl absolut	Anzahl %	Betrag Mill. RM	Betrag %
bis 1 000	451 921	30,1	253,6	3,9
1 001 „ 5 000	739 160	49,3	1932,6	29,3
5 001 „ 20 000	268 392	17,9	2456,5	37,3
20 001 „ 50 000	32 286	2,1	957,9	14,5
50 001 „ 100 000	6 153	0,4	428,7	6,5
über 100 000	2 786	0,2	559,8	8,5
Insgesamt	1 500 698	100,0	6589,1	100,0

kassenhypotheken an mittelständische Bevölkerungskreise ausgereicht. Vergleichsweise sei erwähnt, daß von dem Hypothekenbestand der privaten Lebensversicherungsunternehmungen im gleichen Zeitpunkt nur etwa 63,7 % aller Hypotheken mit einem Betrage von 18,4 % der Gesamtsumme unter 20 000 RM lagen.

Der Hypothekenbestand der deutschen Sparkassen hat sich einschließlich der im Jahre 1934 aus der Aufwertungsrechnung übernommenen Hypotheken von Ende 1932 bis Oktober 1937 um rd. 1,8 Mrd. RM auf 7,2 Mrd. RM erhöht; in den Jahren 1935 und 1936 stieg der Bestand jeweils um 123 bzw. 261 Mill. RM, und in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres um rd. 280 Mill. RM (gegenüber rd. 190 Mill. RM im gleichen Vorjahreszeitraum). Diese Zahlen zeigen die wachsende Bedeutung des Realkredits innerhalb des Kreditgeschäfts der Sparkassen. Sie vermitteln aber kein vollständiges Bild von den tatsächlichen Leistungen der Sparkassen, weil sie diejenigen Beträge nicht erkennen lassen, die die Sparkassen aus Tilgungen und Rückflüssen von Hypotheken sofort wieder ausgeliehen haben. Das Gewicht dieser Summen ist recht erheblich; sie gingen in den Jahren 1935 und 1936 mit etwa 204 bzw. 206 Mill. RM zum Teil noch über den bilanzmäßigen Zuwachs an Hypothekendarlehen hinaus; insgesamt bezifferten sich also die Leistungen der Sparkassen für den Realkredit in diesen beiden Jahren auf 327 und 467 Mill. RM.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1937 haben die Sparkassen, wie Zahlentafel 3 zeigt, rd. 100 000 Hypothekendarlehen im Betrage von 394,5 Mill. RM neu ausgezahlt, wovon etwa 150 Mill. RM aus Tilgungen und Rückzahlungen anderer Schuldner stammten. Der Durchschnittsbetrag der ausgezahlten Neu-Hypotheken stellt sich also auf etwa

Zahlentafel 3
Kreditauszahlungen in den ersten drei Vierteljahren 1936 und 1937

	Stückzahl 1936	Stückzahl 1937	Betrag in Mill. RM 1936	Betrag in Mill. RM 1937	Durchschnittsbetrag in RM 1937
Feste Darlehen	109 448	126 495	100,8	115,3	910
Hypotheken . .	87 410	100 152	316,9	394,5	3940
	196 858	226 647	417,7	509,8	—

3940 RM gegenüber rd. 3630 RM im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Obwohl er damit um etwa 300 RM gestiegen ist, bleibt er noch erheblich unter dem Durchschnittsbetrag des gesamten Hypothekenbestandes zurück. Auch hierin zeigt sich, in wie starkem Maße die Sparkassen nach wie vor ihr besonderes Augenmerk gerade der Pflege des mittelständischen Klein- und Kleinstkredits zuwenden.

Unter den Verwendungszwecken der Hypotheken spielen der Wohnungsbau und die Siedlung sowie die Unterstützung der Kleinlandwirtschaft die wichtigste Rolle. Der weitaus überwiegende Teil der Sparkassenhypotheken, rd. fünf Sechstel, ist auf städtische Grundstücke ausgeliehen, der Rest an die Landwirtschaft. Allein für den Wohnungsbau dürften die Sparkassen seit Anfang 1924 weit über 3 Mrd. RM zur Verfügung gestellt haben. Für das Jahr 1936 wird ihr Anteil an der Finanzierung von Wohnungsneubauten auf etwa 350 Mill. Reichsmark beziffert. Damit stehen sie unter den Trägern des organisierten Realkredits weitaus an erster Stelle: Die privaten Hypothekenaktienbanken haben im gleichen Jahre 1936 rd. 175 Mill. RM zur Wohnungsbau- und Siedlungsfinanzierung beigetragen, die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten 145 Mill. RM, die Träger der Sozialversicherung 150 Mill. RM, die Lebensversicherungen 140 Mill. RM und die Bausparkassen 95 Mill. RM.

Im Dezember 1937 sind die Beleihungsgrundsätze für das Realkreditgeschäft der Sparkassen neu gefaßt worden; danach bestehen nunmehr verbesserte Möglichkeiten einer Beleihung gewerblich genutzter Grundstücke. Die neuen Grundsätze unterscheiden zwischen überwiegend und ausschließlich gewerblich genutzten Grundstücken. Im ersteren Fall wird die Mitbeleihung davon abhängig gemacht, daß diese Grundstücke mit Hausgrundstücken oder mit land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken verbunden sind; die Beleihung erfolgt dann auf der Grundlage des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängigen dauernden Wertes, bei dessen Ermittlung die gewerblich genutzten Grundstücke insoweit zu berücksichtigen sind, als die Gebäude gegebenenfalls zum Umbau z. B. in Wohnstätten geeignet sind. Im zweiten Fall, d. h. bei ausschließlich gewerblich genutzten Grundstücken,darf es sich nur um Gewerbebetriebe kleineren Umfanges handeln; außerdem muß sich die Beleihung innerhalb der ersten 30 % des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängigen dauernden Wertes halten und darf in keinem Falle den Betrag von 10 000 RM übersteigen. Von dieser Neuregelung der Beleihungsmöglichkeiten gewerblich genutzter Grundstücke dürfen günstige Wirkungen erwartet werden.

3. Der Betriebs- und Personalkredit

Noch deutlicher als bei den Hypothekendarlehen läßt sich der ausgesprochen mittelständische Charakter des Kreditgeschäfts der Sparkassen für die kurzfristigen Betriebs- und Personalkredite nachweisen, weil hier nicht nur die durchschnittliche Höhe der Kredite zu erkennen ist, sondern darüber hinaus auch ein gewisser Einblick in die Berufsschichtung der Kreditnehmer möglich ist. Auf Grund einer besondern Erhebung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurde für den 31. Dezember 1935 folgende Verteilung der kurz- und mittelfristigen Privatkredite der Sparkassen, Girokassen und Kommunalbanken festgestellt:

Zahlentafel 4. Verteilung der kurz- und mittelfristigen Privatkredite der Sparkassen, Girokassen und Kommunalbanken in % der Gesamtsumme

Gruppe	Wechselkredite Anzahl	Wechselkredite Betrag	Buchkredite Anzahl	Buchkredite Betrag	Insgesamt Anzahl	Insgesamt Betrag
Landwirtschaft	10,5	11,0	22,1	18,2	19,4	17,6
Selbständiges mittelständ. Gewerbe	72,1	65,5	38,8	52,3	45,0	52,9
Arbeiter, Angest., Beamte	3,6	2,1	27,2	8,6	22,5	8,2
Sonstige	13,8	21,4	11,9	20,9	13,1	21,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Die Aufteilung in Wechsel- und Buchkredite entspricht der verschiedenen bilanzmäßigen Behandlung des Wechseldiskontgeschäfts und der Gewährung von kurzfristigen Darlehen aller Art und Kontokorrentkrediten. Soweit die Kreditgewährung durch den Ankauf eines Wechsels erfolgt, muß sie in der Bilanz als Wechselbestand ausgewiesen werden. Soweit jedoch eine buchmäßige Verpflichtung begründet wird, erscheint diese unter dem Bilanzposten „Schuldner", gleichgültig, ob der Kreditgewährung als Sicherheit ein Schuldschein („Blankokredit"), eine Bürgschaft, ein Wechsel oder die Verpfändung oder Übereignung einer beweglichen Sache oder eines Rechtes zugrundeliegt. Die Wechselkredite spielen aber im Rahmen des gesamten kurzfristigen Kreditgeschäfts eine nicht sehr beträchtliche Rolle.

Zahlentafel 4 läßt erkennen, daß anzahl- und betragsmäßig die Kredite an das selbständige mittelständische Gewerbe den größten Anteil an den gesamten kurzfristigen Sparkassenkrediten haben; sie machten 45,0 bzw. 52,9 % des Gesamt-Kreditvolumens aus. Die Hauptkreditnehmer dieser Gruppen dürften Handwerker, Einzelhändler und kleine und mittlere Gewerbetreibende sein; ihre Aussonderung bedeutet aber keineswegs, daß nicht auch die übrigen Sparkassenkredite überwiegend an mittelständische Bevölkerungskreise gegeben sind. So dürfte es sich bei den Darlehen an die Landwirtschaft und an Arbeiter, Angestellte und Beamte, bei denen übrigens die Kreditbeträge besonders niedrig sind, ausschließlich um typische Mittelstandskredite handeln. Die Gruppe der „Sonstigen Kreditnehmer" umfaßt u. a. Kredite an freie Berufe und an gewerbliche Unternehmungen mit mehr als 20 Arbeitern.

Aus der Unterscheidung nach Wechsel- und Buchkrediten ergibt sich, daß der Wechsel als Kreditinstrument nur bei den Krediten an das selbständige mittelständische Gewerbe eine gewisse Rolle spielt; fast drei Viertel der Gesamtzahl und fast zwei Drittel des Gesamtbetrages entfallen allein auf diese Gruppe. Daneben sind nur die „sonstigen Kreditnehmer" noch mit größeren Prozentsätzen an den Gesamtsummen beteiligt.

Der ausgesprochene Mittelstandscharakter des kurzfristigen Kreditgeschäfts kommt daneben auch in der durchschnittlichen Höhe des Einzelkredits zum Ausdruck, die der Zahlentafel 5 zu entnehmen ist.

Zahlentafel 5
Entwicklung des kurzfristigen Kreditgeschäfts der deutschen Sparkassen
(ohne sächsische Girokassen)

Ende Oktober	angekaufte Wechsel			kurzfristige Buchkredite			kurzfristige Kredite insgesamt		
	1000 Stück	Mill. RM	durchschnittl. Betrag in RM	1000 Stück	Mill. RM	durchschnittl. Betrag in RM	1000 Stück	Mill. RM	durchschnittl. Betrag in RM
1932[1]	237,0	108,6	458	852,2	1755,1	2060	1089,2	1863,7	1711
1933[1]	260,9	97,5	374	844,4	1719,2	2036	1105,3	1816,7	1644
1934[1]	263,0	102,2	389	910,5	1722,7	1893	1173,5	1824,9	1555
1935[1]	274,2	113,1	412	921,9	1675,3	1817	1196,1	1788,4	1495
1936[2]	281,6	142,1	505	977,7	1719,3	1759	1259,3	1861,4	1478

1) Ohne sächsische Sparkassen und Kommunalbanken.
2) Einschl. sächsische Sparkassen und Kommunalbanken.

Der Durchschnittsbetrag eines kurzfristigen Sparkassenkredites lag demnach Ende 1936 bei etwa 1478 RM, der eines Buchkredites allein bei 1759 RM. Es ist dabei kennzeichnend, daß die durchschnittliche Höhe des Einzelkredites von Jahr zu Jahr gesunken ist, und zwar — bei etwa gleichbleibendem Gesamtkreditvolumen — durch eine Zunahme der Anzahl der Kredite. Darin wird das Bestreben der Sparkassen deutlich, in erster Linie kleine und kleinste Kredite zu gewähren, um so möglichst vielen Volksgenossen Kredithilfe leisten zu können.

Anders als im Realkreditgeschäft, bei dem der Bedarf, wie gesagt, bis in die neuere Zeit hinein vielfach die Ausleihmöglichkeiten übersteigt, sind im Personalkreditgeschäft seitens der Sparkassen eher Klagen über mangelnde Kreditnachfrage zu hören. Die starke Verflüssigung der gewerblichen Wirtschaft, die in den letzten Jahren vor sich gegangen ist, hat nicht nur den Kreditbedarf verringert, sondern in großen Teilen der Wirtschaft auch zu einem Abbau früher aufgenommener Kredite geführt. Es ist daher als ein besonders erfreulicher Umstand anzusehen, daß das Kreditvolumen im kurzfristigen Geschäft der Sparkassen in den letzten Jahren ziemlich stabil geblieben ist.

Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß die gekennzeichnete Verflüssigung im Bereich der mittelständischen Wirtschaft offenbar nicht das gleiche Ausmaß wie in der Großwirtschaft angenommen hat. Die Stabilität des kurzfristigen Kreditgeschäfts der Sparkassen ist aber darüber hinaus zweifelsohne auch durch die starke kreditpolitische Aktivität der Sparkassen verursacht. Wie die Ziffern über die Bewilligungen neuer kurzfristiger Kredite erkennen lassen, ist nämlich — im Rahmen eines unverändert gebliebenen Gesamtkreditvolumens — der Kreditumschlag von Jahr zu Jahr lebhafter geworden. Die Kreditbewilligungen sind in den letzten Jahren ständig gestiegen, und Zahlentafel 6 zeigt, daß auch im Jahre 1937 diese erfreuliche Belebung angehalten hat.

Zahlentafel 6. Kreditbewilligungen der Sparkassen in den ersten drei Vierteljahren 1936 und 1937

Gruppe	Stückzahl		Betrag in Mill. RM		Durchschnittsbetrag in RM
	1936	1937	1936	1937	1937
Wechsel	582 987	587 675	256,6	315,1	535
Kontokorrent-Kredite	115 164	131 002	255,3	285,2	2175
Feste Darlehen	119 652	135 111	121,1	131,2	970
Hypotheken	102 220	105 699	485,1	522,8	4950
	920 023	959 487	1118,1	1254,3	—

4. Zukunftsaufgaben

Die kreditpolitische Aktivität der Sparkassen richtet sich mehr und mehr darauf, etwa noch bestehende Mängel in der Kreditversorgung des Mittelstandes durch ihren Krediteinsatz nach Möglichkeit auszugleichen und zu beheben. Dieses Bestreben hat sie veranlaßt, im Jahre 1937 verstärkt für eine möglichst weitgehende Ablösung der im Einzelhandel und Handwerk vielfach üblichen, aber recht teuren Lieferantenkredite durch wesentlich billigere Darlehen der für die Betreuung des Mittelstandes berufenen Kreditinstitute einzutreten. Die Tatsache, daß der Umfang aller Lieferantenkredite gegenwärtig vorsichtig auf etwa 2 bis 2,5 Mrd. RM geschätzt werden kann, und daß hier — durch die hohen Skonti — Zinssätze von etwa 12 bis 24 % im Jahr üblich sind, läßt die große Bedeutung der Aufgabe, die sich die Sparkassen in dieser Hinsicht im Interesse einer möglichst rationellen Kreditversorgung des Mittelstandes gesetzt haben, klar erkennen.

Das gleiche Streben hat die Sparkassen darüber hinaus bestimmt, die wirtschaftliche und finanzielle Förderung des Nachwuchses in Handel, Hand-

werk und Landwirtschaft auf breiter und einheitlicher Grundlage in Angriff zu nehmen. Das gesunde Streben der jungen Kaufleute oder Landwirte, sich durch Errichtung oder Ankauf eines eigenen Betriebes eine selbständige Existenz zu schaffen, mußte bisher vielfach daran scheitern, daß die hierfür erforderlichen Geldmittel nicht vorhanden oder mangels geeigneter Sicherheiten nicht zu beschaffen waren. Diesem Mangel wollen die Sparkassen in Zukunft abhelfen. Gemäß ihrem auf dem Essener Sparkassentag im Herbst 1937 verkündeten kreditwirtschaftlichen Aufbauprogramm werden sie künftig jedem strebsamen jungen Menschen, der die erforderliche charakterliche und berufliche Eignung zur Führung eines selbständigen Betriebes nachweist, den zur Verselbständigung erforderlichen Kredit gewähren; als Voraussetzung wird allerdings in der Regel gefordert, daß dieser junge Mensch vorher seinen entschlossenen Willen zum Vorwärtskommen durch beharrliches Sparen eines angemessenen Teiles seines Einkommens bewiesen hat. Auf diese Weise wollen die Sparkassen einen Beitrag zur Lösung der heute besonders wichtigen Nachwuchsfrage leisten. Sie dienen damit gleichzeitig ihrer in Gesetz und Satzung seit jeher verankerten Aufgabe, der örtlichen mittelständischen Wirtschaft den kreditwirtschaftlichen Rückhalt zu gewähren, dessen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Dieses Ziel, dem das Kreditgeschäft der Sparkassen von Anfang an gedient hat, wird auch die Linie ihrer künftigen Kreditpolitik richtungweisend bestimmen. [3383]

Die Elektrizitätswirtschaft Deutschlands

Von Dipl.-Ing. A. G. ARNOLD VDE, Berlin

Im Lichte der Statistik wird die jetzige Lage der deutschen Elektrizitätswirtschaft, sowie ihre Entwicklung im Laufe der letzten Jahre dargestellt.

I. Allgemeines

Die öffentliche und private deutsche Elektrizitätswirtschaft litt an Interessengegensätzen, die sich in den drei Organisationen:

1. Vereinigung der Elektrizitätswerke e. V. (V. d. E. W.),
2. Bund der Elektrizitätsversorgungs-Unternehmungen Deutschlands (Elektrobund, Werke des Privatkapitals),
3. Interessengemeinschaft Staatlicher und Kommunaler Elektrizitätswerke (ISKE)

widerspiegelte. Im Jahre 1933 bereits beschlossen der Elektrobund und die ISKE ihre Auflösung. Damit war Anfang 1934 die Umgestaltung der bisherigen V. d. E. W. in den „Reichsverband der Elektrizitätsversorgung" („REV") gegeben, einer Gruppe der „Energiewirtschaft".

Die Gesellschaftsformen der Hauptwerke (etwa 1600 erfaßt) gibt das Statistische Reichsamt wie folgt an:

Privatgesellschaften	38,6 %
Gemeinden	36,6 %
Gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen	10,3 %
Gemeinschaftsbetriebe	6,4 %
Länder	1,6 %
Kreise	1,4 %
Reich	0,44 %

Außerdem gehören der Reichsbahn 7 Werke.

II. Energie-Erzeugung und Leistungsfähigkeit der Werke

Deutschlands Reichtum liegt im Besitz aller Arten der Energievorräte, die heute zur Erzeugung der Elektrizität verwandt werden. Würden keine thermischen Verbesserungen der Umwandlung der Stein- und Braunkohlenenergie in elektrische mehr erreicht und wäre der Verbrauch in Zukunft ebenso groß wie heute, so wäre Deutschland doch auf Jahrhunderte hinaus reichlich gedeckt. Die Aus- und Einfuhr elektrischer Energie spielt — unter Berücksichtigung der begrenzten Lieferungsentfernungen — daher nur eine geringe Rolle.

Zahlentafel 1. Aus- und Einfuhr elektrischer Energie in Deutschland (Mill. kWh)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1934	789	86
1935	1100	97

Die größten Anteile des Bezuges entfallen auf die Schweiz, nämlich 690 Mill. kWh und auf Österreich mit 370 Mill. kWh. In diesen Zahlen ist die Erzeugung der Grenzwasserkraftwerke nicht enthalten, aus denen 567 Mill. kWh gewonnen werden.

Die zweitwichtigste Energiequelle, die Wasserkraft, ist nach vorsichtigen Berechnungen bisher erst zu rd. 25 % ausgebaut.

Zahlentafel 2. Anteile der einzelnen Energiearten an der Gesamterzeugung elektrischen Stromes (1935)

	Steinkohle %	Braunkohle %	Wasserkraft %	Gas %
	37	39	17	7
Öffentliche Werke allein	31	47	22	—

Bild 1 a und b geben die Stromerzeugung Deutschlands, unterteilt in öffentliche Werke und Eigenanlagen, wieder. Der Anstieg beider Werkarten bis zum Jahre 1929 ist deutlich sichtbar. Die Krise zeigt sich in einem starken Ab-

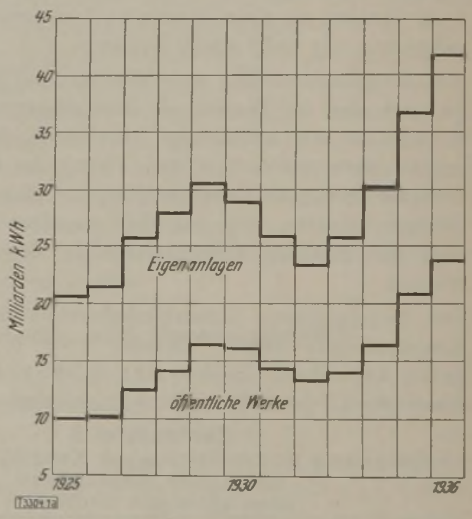


Bild 1 a. Gesamt-Stromerzeugung

sinken der Stromerzeugung, besonders in den Eigenanlagen, also überwiegend in der Industrie. Bei den öffentlichen Werken ist dieser Rückgang durch den Mehranschluß und Neuanschluß von Haushaltungen usw. gemildert. Seit der Machtergreifung durch *Adolf Hitler* ist ein kräftiger Anstieg der Industrieabnahme mit 1933 sichtbar. Die Stromerzeugung ist bereits im Jahre 1934 auf den Höchststand 1929 gekommen und läßt heute das Jahr 1929 weit hinter sich. Wie aus Bild 1 b hervorgeht, bewegt sich der Anteil der öffentlichen Werke an der Gesamtversorgung zwischen etwa 50 und 57 %. Diese Angabe ist von besondrer Wichtigkeit, da in vielen Statistiken der Welt gewöhnlich nur die Hälfte der deutschen Stromerzeugung zu finden ist. Uns liegt

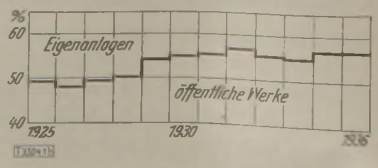


Bild 1 b
Anteil der öffentlichen und privaten Werke an der Stromerzeugung

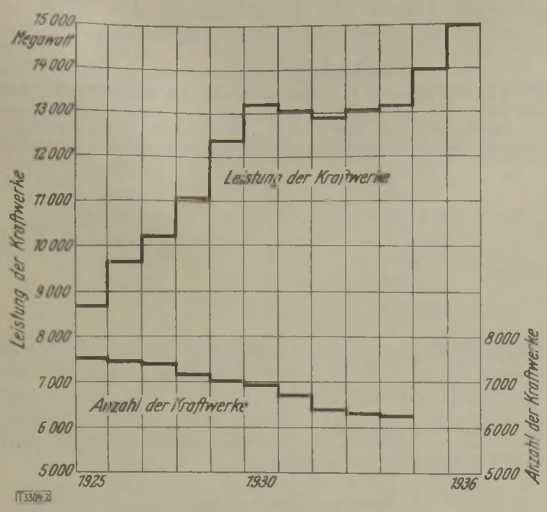


Bild 2. Leistung und Anzahl der Kraftwerke

gerade ein „Hand-book" der NELA (seit dem „Insull-Fall" in „Edison Electric Institute" umgetauft) vor, das für das Jahr 1926 eine Stromerzeugung von 9,7 Mrd. kWh mit 4,9 Mill. kW-Leistung für Deutschland angibt. Dabei beruft sich die NELA noch auf die „Union Internationale des Producteurs et Distributeurs d'Energie Electrique", Paris. Beide Angaben sind unrichtig. Die deutsche Erzeugung lag über 21 Mrd. kWh, und die Leistung betrug 9,7 Mill. kW im Jahre 1926.

Bild 2 zeigt die Leistung der Kraftwerke, die heute den Höchststand des Jahres 1930 weit überholt hat. Dabei ist die Anzahl der Kraftwerke im stetigen Sinken begriffen, woraus auf die kontinuierlich steigende Erhöhung des Wirkungsgrades der Erzeugung zu schließen ist. Allerdings sind seit der Erfassung auch der Unternehmen (überwiegend Stromverteiler und Mühlen) mit einer nutzbaren Jahresabgabe von mehr als 5000 kWh rd. 3500 Betriebe hinzugekommen. Von der Gesamtzahl der jetzt gezählten Unternehmen haben etwas mehr als 60 % eine Abgabe unter 25 000 kWh im Jahre, sind also kleinste Erzeuger oder Verteiler.

III. Die Verbundwirtschaft

Nicht überstaatliche Phantasiegebilde, die ihren Triumph in der „Europäischen Sammelschiene" auf der Weltkraftkonferenz 1930 unwidersprochen feierten, sondern sachliche Wirtschaftsüberlegungen führten zur deutschen Verbundwirtschaft. Ausgehend von der Überzeugung, daß die Durchmischung möglichst vieler verschiedenartiger Versorgungsgebiete die beste Möglichkeit der Erhöhung der Benutzungsdauer der Werke — außer vielen andern Vorteilen — in sich birgt, ist seit Jahren die Verbundwirtschaft durch die öffentlichen Werkverwaltungen gefördert worden. Die Benutzungsdauer der Leistung der öffentlichen Werke war während der Krise von 2200 Stunden auf 1650 (1932) gesunken. Im Jahre 1933 stieg sie auf rd. 1780, 1934 auf etwa 2000 Std. und erreichte 1936: 2700 Std. Diese Stundenzahl zu verdoppeln, womöglich zu verdreifachen, ist eine große Auf-

Bild 3. Hochspannungsleitungen Deutschlands im Jahre 1934

gabe; sie auf 8760 Stunden zu bringen aber, natürlich schon der notwendigen Reserven wegen, ausgeschlossen.

Bild 3 zeigt die Haupt- 110 000 und 220 000 V-Netze in Deutschland. Das Industriegebiet im Rheinland und in Westfalen ist mit dem großen Wasserkraftnetz Süddeutschlands verbunden. Dabei ist zu bemerken, daß dieses Netz für den späteren Betrieb mit 400 000 V isoliert ist. Beiläufig sei erwähnt, daß die scheinbar hohen Übertragungsspannungen der Amerikaner in Wahrheit sich mit den europäischen Zahlen nicht messen können, da die Amerikaner stets den Nullpunkt erden. Ihre scheinbar hohen Übertragungsspannungen sind also, um mit europäischen vergleichbar zu sein, stets durch 1,73 zu dividieren.

Zahlentafel 3. Anteil der Größenklassen der Maschinen an der Leistungsfähigkeit der Werke

Größenklasse in kW	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
1. Leistungsklassen der öffentlichen Werke in %							
bis 100	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
101 „ 1 000	4,0	3,8	3,4	2,9	2,7	2,8	2,8
1 001 „ 5 000	7,0	6,6	6,0	5,5	5,5	5,6	5,5
5 001 „ 10 000	6,1	5,2	5,2	3,9	4,3	3,8	3,4
über 10 000	82,4	83,8	85,0	87,4	87,2	87,5	88,0
2. Leistungsklassen der Eigenanlagen in %							
bis 100	3,0	2,9	2,7	2,5	2,2	2,1	2,0
101 „ 1 000	14,7	14,5	13,3	13,2	12,1	11,9	11,9
1 001 „ 5 000	23,7	25,6	21,9	22,5	20,8	20,8	21,8
5 001 „ 10 000	17,0	17,3	16,6	15,2	16,0	17,0	16,1
über 10 000	41,6	39,7	45,3	46,6	48,9	48,2	48,2

Zahlentafel 3 gibt über den Anteil der Größenklassen der Maschinen an der Leistungsfähigkeit der Werke Aufschluß. Man sieht einen deutlichen Anstieg der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Werke über 10 000 kW mit einer sichtbaren Verlangsamung während der Krise. Der Hauptanteil, nämlich 88 %, fällt auf die Größenklasse über 10 000 kW. Natürlich tritt gleichzeitig eine Abnahme der andern Größenklassen ein.

Zahlentafel 4. Monatserzeugung von 122 großen Elektrizitätswerken in Mill. kWh

Zeitraum	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Januar . . .	1444	1556	1358	1138	1265	1425	1697,8	1838,9
Februar . .	1282	1393	1209	1080	1086	1285	1476,7	1717,4
März	1307	1429	1267	1059	1145	1337	1534,4	1763,6
April	1299	1286	1133	1013	1044	1249	1433,2	1643,9
Mai	1302	1296	1105	977	1098	1212	1481,7	1633,3
Juni	1297	1170	1093	955	1031	1245	1386,0	1659,6
Juli	1370	1269	1144	963	1050	1307	1519,0	1792,2
August . .	1437	1273	1116	1057	1197	1399	1586,8	1877,3
September .	1402	1311	1148	1070	1165	1410	1602,9	1897,8
Oktober . .	1585	1404	1237	1187	1301	1586	1782,0	2085,9
November .	1575	1399	1197	1228	1356	1641	1771,0	2044,6
Dezember .	1576	1423	1245	1300	1472	1665	1846,2	2170,9
Jahr:	16876	16209	14252	13027	14210	16761	19117,7	22125,4

Die überragende Erzeugung der großen Werke geht aus Zahlentafel 4 hervor, die 122 Werke aller Art berücksichtigt. Der große Aufschwung seit der Machtergreifung durch *Adolf Hitler* ist auch hier stark ausgeprägt.

Wie aus Bild 3 hervorgeht, wird elektrische Energie vor allem aus dem Alpengebiet eingeführt, also aus der Schweiz und Österreich. Da nur eine geringe Ausfuhr nach andern Ländern stattfindet, ist also die deutsche Außenhandelsbilanz für elektrische Energie passiv. Sie bewegt sich aber nur in wenigen Prozenten der Gesamtenergieerzeugung (s. o.).

IV. Der Stromverbrauch

1. Haushaltsstromverbrauch

Der Elektrifizierungsgrad beträgt rd. 85 % von den im Versorgungsbereich von Elektrizitätswerken liegenden Haushaltungen. Man rechnet mit einer Abnahme von etwa 2 Mrd. kWh jährlich. Dieser Verbrauch ist — an dem mittleren Schweizer und Norweger Haushaltstromverbrauch gemessen — gering. Ein bedeutendes Arbeitsfeld liegt also hier noch vor. Die Hauptstromverbraucher des Haushalts, die elektrischen Herde und Heißwasserspeicher, sind im raschen Anstieg begriffen, wie Zahlentafel 5 angibt.

Zahlentafel 5.
Zahl der elektrischen Herde und Heißwasserspeicher

Jahr	Haushaltsküchen (elektr.)	Heißwasserspeicher (elektr.)
1928	18 000	12 500
1930	45 000	24 500
1932	108 000	50 500
1933	153 200	60 400
1934	250 000	80 000
1935	370 000	96 000
1936	508 000	—

Auch die große Zahl der Rundfunkgeräte (am 1. 3. 1936: 7 524 010 und am 1. 3. 1937: 8 483 130 Hörer) hat, wie bekannt, einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf den Haushaltstromverbrauch, besonders durch den erhöhten Lichtverbrauch. Man geht kaum fehl, diesen heute auf 180 Mill. kWh jährlich zu schätzen.

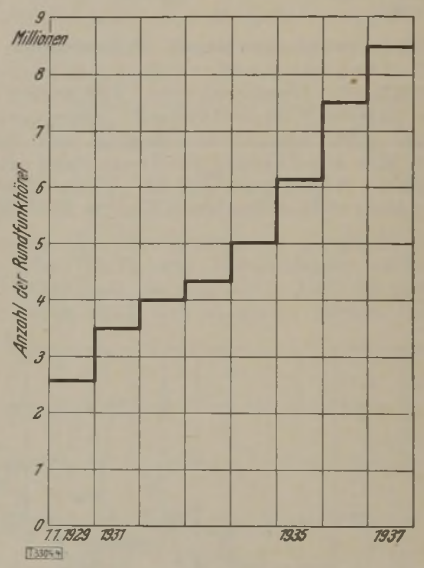


Bild 4
Rundfunkteilnehmer
in Deutschland

2. Die Landwirtschaft

Der erreichte Elektrifizierungsgrad der Landwirtschaft ist rd. 80 %, also am Elektrifizierungsgrad anderer Länder gemessen, sehr hoch. Leider ist in den letzten Krisenjahren die Benutzungsdauer so gering gewesen, daß die Rentabilitätsgrenze in einigen Gebieten selbst bei den gesenkten Strompreisen fast erreicht wurde. Zahlentafel 6 gibt Aufschluß über die Anwendung des Elektromotors in landwirtschaftlichen Betrieben, die nach Größenklassen geordnet sind. In der Erzeugungsschlacht der Landwirtschaft und dem Vierjahresplan wird dem Elektromotor und der Elektrowärme eine bedeutende Rolle zukommen.

Zahlentafel 6.
Der Elektromotor in der Landwirtschaft 1933

Größenklasse	Zahl der mit Elektromotor arbeitenden Betriebe in 1000	Anteil der mit Kraftmaschinen arbeitenden Betriebe an der Gesamtzahl in %		
		Elektromotor	Dampfmaschine	Ölmotor
0,5 bis 2	33	4,0	0,1	0,2
2 „ 5	187	23,7	0,3	1,1
5 „ 20	541	50,5	0,7	3,7
20 „ 100	227	70,7	2,3	8,2
über 100	20	59,6	24,0	10,4

3. Industrie und Handwerk

In der Statistik ist die Gruppe Industrie mit dem Handwerk zusammengefaßt. Wie zu erwarten ist, hat den höchsten Elektrifizierungsgrad die Elektroindustrie selbst, nämlich 97 %. Die Kautschuk- und Asbestindustrie, die Optik und die Feinmetalle erreichen fast 94 %. Der Maschinenbau und die Metallverarbeitung haben 90 %, während das Handwerk den niedrigsten Elektrifizierungsgrad mit 30 % aufweist.

4. Verkehr

Die Bahnen haben einen Gesamtverbrauch von über 1,5 Mrd. kWh. In jüngster Zeit haben sich die elektrischen Fahrzeuge in Deutschland stark vermehrt, um die Einfuhr von Treibstoffen zu vermindern. 1934 waren rd. 18 000 Akkumulatoren-Fahrzeuge in Betrieb, von denen die Reichspost allein rd. 2300 elektrische Fahrzeuge besitzt. Zur Zeit wird der Jahresstromverbrauch für diese Fahrzeuge mit 80 Mill. kWh angegeben.

Zahlentafel 7. Der Elektrizitätsverbrauch 1930

Verbrauchergruppe	Gesamtverbrauch in Mill. kWh	Vom Bedarf wurden gedeckt: durch Elektrizitäts-Kauf in Mill. kWh	durch Eigenerzeugung in Mill. kWh
Industrie	21 056	9 162	11 895
davon			
Bergwerke, Kokereien usw.	4 215	452	3 763
Eisenschaffende Industrie	2 568	614	1 954
Chem. Industrie, Metallh.	5 887	2 988	2 899
Papier- u. Zellstoffindustrie	1 664	450	1 214
Landwirtschaft	661	641	20
Bahnen	1 497	1 146	351
Öffentliche Beleuchtung	189	189	—
Kleinabnehmer (Handwerk, Handel, Haushalt)	2 876	2 876	—

Eine Gesamtübersicht über den Verbrauch im Jahre 1930 gibt Zahlentafel 7, über die Verteilung des Stromverbrauchs von den öffentlichen Elektrizitätswerken in den Jahren 1932 und 1935 Zahlentafel 8.

Zahlentafel 8. Verteilung des Stromverbrauchs von den öffentlichen Werken (in %)

Gruppe	1932	1935
Großverbraucher	62	73
Kleinverbraucher, Stadt	22	18,6
„ Land	4	
Öffentliche Beleuchtung	1	0,9
Bahnen	11	7,5

V. Der Strompreis

Der vorhergehende Überblick wäre ohne den Verbrauchergesichtspunkt unvollständig, denn für ihn ist die Elektrizitätswirtschaft aufgebaut, von ihm ist sie abhängig. Zugleich verpflichtet das bedingte Liefermonopol zu einer gemeinnützigen Preisstellung. Dieser Verpflichtung haben einige Länder sogar in Gesetzesform Ausdruck verliehen.

Zahlentafel 9. Länder-Durchschnittspreise der gesamten nutzbar abgegebenen elektrischen Arbeit
(öffentliche Werke)

Land	Durchschnitts-Strompreis Pf/kWh			Großhandelsindex in %		Lebenshaltungsindex in %	
	1914	1925	1934	1913/14	1925	1913/14	1925
Deutschland	rd. 18	14,9	rd. 12,6	100 (1934/35)	142 101	100	140 123
Holland	22	17,8	14,0	100	155	100	179
England	22	17,4	14,0	100	159	100	175
USA	12,2	12,9	2,6 cts/kWh	100	159	100	176

Ein erster Preisvergleich (Zahlentafel 9) ist von Interesse, da ein Land wie England mit gesetzlich gebundener Elektrizitätswirtschaft über freiere und freie Länder mit Deutschland, das außer dem Enteignungsrecht und dem Ende 1935 erlassenen Energiewirtschaftsgesetz bisher keine gesetzlichen Bindungen hat, verglichen wird. Der beschränkte Wert von Durchschnittspreisen muß vorausgeschickt werden. Die Kaufkraft der Währungen im Gegensatz zum Valutawert sei erwähnt.

In Zahlentafel 9 ist stillschweigend die Benutzungsdauer jedes Landes im Durchschnittsstrompreis enthalten, auch natürlich der Gesamtstromabsatz. Betrug dieser z. B. für die deutschen öffentlichen Elektrizitätswerke im Jahre 1913 rd. 3 Mrd. kWh, so war er im Jahre 1925: 10 Mrd., im Jahre 1934 fast 17 Mrd. und 1936: 24 Mrd. kWh. Solche Veränderungen liegen auch in den verglichenen Elektrowirtschaften der andern Länder vor, also den Strompreis stark bestimmende Einflüsse. Sinkende Strompreise haben ferner die Verbesserungen der Erzeugung — hier vor allem die Wärmewirtschaft und der Übergang zu großen Maschineneinheiten wie großen Werken und die Verteilung und Übertragung durch Höchstspannungsanlagen — im Laufe der Jahre verursacht.

Anderseits sind auch verteuernde Gesichtspunkte vorhanden: höhere Baukosten, stärkere Steuerbelastung, die besonders in USA festzustellen ist, und der kostspielige Ausbau der Verteilungsnetze mit geringer Nutzungsdichte, besonders der Landwirtschaft wegen.

Zahlentafel 10. Länder-Durchschnittspreise für Klein- und Großabnehmer 1925

a) Kleinabnehmer

Deutschland		USA		England		Dänemark (Städte)	
Licht	Kraft	Licht	Kraft	Licht	Kraft	Licht	Kraft
Pf/kWh		Pf/kWh		Pf/kWh		Pf/kWh	
43	22	32	32	52	20	34 bis 51	13 bis 30

b) Großabnehmer

Nur Werke, die auch Kleinabnehmer unmittelbar beliefern	Wholesale, power and light
9,6	6,3
Für Fremdstrom an kommunale Werke	
4,8	

Da im wohlfeilen Strompreis aber die größte Werbekraft liegt, so sind in Zahlentafel 10 noch Einzelgebiete der Stromanwendung preislich behandelt.

Die heutigen Kleinabnehmer-Strompreise liegen etwa 30 % unter den für 1925 angegebenen (außer Valutaabwertung), während 1913/14 Erhöhungen für Licht von etwa 5 %, für Kraft von etwa 30 % zu berücksichtigen sind. Allein 1933 bis 1935 trat eine Preisherabsetzung für Kleinabnehmer um 15 % ein.

VI. Werbung

Einen bedeutenden Auftrieb gibt die Werbung dem deutschen Stromabsatz. Die großen Weltkonzerne der Elektroindustrie und die Gemeinschaftswerbung, in der die Elektrizitätswerke, die Elektroindustrie, Installateure, Beleuchtungshändler und Architekten zusammengeschlossen sind, widmen sich dieser intensiv. Heute heißt die gemeinsame Werbung „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft" (AFE). Zur Zeit sind rd. 370 örtliche Arbeitsgemeinschaften unter dem Vorsitz der jeweiligen Elektrizitätswerke zu verzeichnen. Zahlentafel 11 gibt einen Aufschluß über die Lichtwerbungen der letzten Jahre. Kennzeichnend für die Gesamtwerbung ist die möglichst objektive Aufklärung der Verbraucher über die Vorteile der Elektrizitätsverwertung.

Zahlentafel 11. Lichtwerbungen

Thema	Zahl der Vorträge	Gesamtzahl der Besucher
Haushaltlichtwerbung	264	68 000
Werkstattbeleuchtung	388	30 416
Heimlichtwerbung	227	67 922
Schaufensterlichtwerbung	243	50 445

VII. Beschäftigungsziffern

In der Elektrizitätserzeugung und -verteilung waren 1934/35 rd. 85 000 Personen tätig. Die Elektroindustrie beschäftigte 1933 rd. 250 000, im 1. Vierteljahr 1936: 293 000 Angestellte und Arbeiter, während im 1. Vierteljahr 1937 bereits 339 000 Elektrowerktätige gezählt wurden. Diese Zahl stellt zugleich den höchsten Beschäftigtenstand in der Geschichte der deutschen Elektroindustrie dar. [3304]

Maschinenversorgung der Welt

Von FRIEDRICH OLK, Berlin

Deutschland ist mit einem Anteil von 30 % an der gesamten Maschinenausfuhr der größte Maschinenexporteur der Welt. Die Stärke des deutschen Maschinenbaues beruht nicht nur in der Herstellung langjährig erprobter Standardmaschinen, sondern auch in der Entwicklung von Spezialmaschinen. Der Technischen Messe in Leipzig kommt eine große Bedeutung für den Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken zu.

Der Sprachschatz der Wirtschaftler in aller Welt ist in den letzten 2 bis 3 Jahren durch eine wichtige Vokabel bereichert worden. Man spricht vom „Maschinenhunger" und meint damit den dringlichen Bedarf an Maschinen, der dem gegenwärtigen Konjunkturabschnitt das Gepräge gibt. Der Konjunkturaufschwung in fast allen Ländern ist anlagemäßig betont, und zwar hauptsächlich in Richtung einer Vergrößerung des Maschinenparks, einmal um die während der großen Wirtschaftskrise unterlassenen Maschinenbeschaffungen, die Beschaffung von Ersatzteilen usw. nachzuholen, zum andern um die Maschinenparks dem Stand des technischen Fortschritts anzupassen und drohende Überalterung zu verhindern, und schließlich um neue Industrien und neue Industriebetriebe in Gang zu bringen.

Die Rolle, die der deutsche Maschinenbau in der Versorgung der Welt mit Maschinen spielt, ist genügend bekannt. Mit einem Anteil von rd. 30 % am gesamten Maschinenexport für das Jahr 1936 ist Deutschland der größte Maschinenexporteur der Welt. 1937 hat sich die Maschinenausfuhr Deutschlands weiter erhöht und sein prozentualer Anteil an der gesamten Maschinenausfuhr weiter gesteigert. Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise war die Produktion des gesamten deutschen Maschinenbaues 1932 auf den Tiefstand von 1,4 Mrd. RM gesunken. Bis zum Jahre 1933 konnte sich eine Erholung auf 1,6 Mrd., bis 1934 auf 2,1, bis 1935 auf 2,7 und bis 1936 auf 3,3 Mrd. RM durchsetzen. Für 1937 dürfte die Produktion der deutschen Maschinenindustrie über 4 Mrd. RM betragen. Man kann annehmen, daß davon über 20 %, über 800 Mill. RM in den Export gehen, gegenüber 490 Mill. RM im Jahre 1934, etwas über 500 Mill. RM im Jahre 1935 und rd. 660 Mill. RM im verflossenen Jahr. Für das erste Halbjahr 1937 beläuft sich die Steigerung der deutschen Maschinenausfuhr gegenüber dem ersten Halbjahr 1936 auf 27 %. Unter den 120 Wirtschaften mit eigenem Zollgebiet, nach denen der deutsche Maschinenbau seine Maschinen liefert, gibt es nur 7 Gebiete, die im ersten Halbjahr 1937 weniger deutsche Maschinen eingeführt haben als in derselben Zeit des Jahres 1936, und zwar hält sich die Verringerung in engen Grenzen und ist überall zufällig bedingt. Nach wie vor sind die europäischen Länder mit 69,8 % der gesamten deutschen Maschinenausfuhr die wichtigsten Maschinenkunden Deutschlands. Unter den europäischen Ländern zeigen die stärkste Steigerung Jugoslawien (4,2 Mill. RM), Tschechoslowakei (2,9 Mill. RM), Belgien-Luxemburg (2,7 Mill. RM), Rumänien (2,4 Mill. RM), Niederlande (2,5 Mill. RM), Italien (2,1 Mill. RM) und Polen (2 Mill. RM). Auf Afrika entfallen 3,5 % der deutschen Maschinenausfuhr. Innerhalb der Absatzmärkte in Afrika weist der bedeutendste Abnehmer für deutsche Maschinen, die Union von Südafrika, die außerordentlich starke Zunahme von 5,2 Mill. RM auf. In Asien sind Iran, Britisch-Indien und Japan die Länder, nach denen die Maschinenlieferungen Deutschlands im ersten Halbjahr 1937 stark gestiegen sind. Für Iran waren es besonders Werkzeugmaschinen, Textil- und Nahrungsmittelmaschinen, die mehr eingeführt wurden. Insgesamt nehmen die asiatischen Länder 11,8 % der deutschen Maschinenausfuhr auf, für das erste Halbjahr 1937 gerechnet. Ebenso hoch ist der Anteil der amerikanischen Länder. Unter den Ländern Lateinamerikas haben besonders Brasilien (3,4 Mill. RM) und Mexiko in größerem Umfang deutsche Maschinen gekauft. Zu den Ländern, die gegenüber früher mehr an deutschen Maschinen eingeführt haben, zählen unter den amerikanischen Ländern auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach Australien gehen 1,1 % der gesamten deutschen Maschinenausfuhr.

Zahlentafel 1. Steigerung der Einfuhr deutscher Maschinen im ersten Halbjahr 1937 gegenüber dem ersten Halbjahr 1936

Einfuhrland	Steigerung in %	Einfuhrland	Steigerung in %
Belgien-Luxemburg	25	Belgisch-Kongo	120
Bulgarien	33	Französisch-Westafrika	42
Dänemark	32	Südafrikanische Union	153
Estland	63	Britisch-Indien	38
Finnland	44	Iran	183
Frankreich	7	Japan	31
Griechenland	6	Niederländ.-Indien	46
Großbritannien	7	Palästina	18
Irischer Freistaat	28	Türkei	9
Italien	9	Argentinien	10
Jugoslawien	99	Brasilien	34
Litauen mit Memel	675	Kanada	47
Niederlande	15	Kolumbien	3
Norwegen	25	Guatemala	188
Polen	37	Mexiko	39
Danzig	38	Peru	18
Portugal	15	Uruguay	28
Rumänien	32	Venezuela	107
Schweden	11	Vereinigte Staaten v. Amerika	26
Tschechoslowakei	29	Australischer Bund	22
Ungarn	16		
Ägypten	13		
Algerien	36		

Zahlentafel 2. Gliederung der deutschen Maschinenausfuhr nach Maschinengattungen und Erdteilen (in %) im ersten Halbjahr 1937

Maschinengattung	Europa	Afrika	Asien	Amerika	Australien
Werkzeugmaschinen	82,7	1,0	9,1	6,0	0,9
Textilmaschinen und Maschinen für die Bekleidung	63,8	1,4	14,6	16,4	1,8
Landmaschinen	70,6	6,9	4,5	11,5	4,2
Dampflokomotiven	7,3	45,0	34,0	10,8	—
Kraftmaschinen	56,0	3,1	15,6	18,4	0,2
Pumpen und Druckluftmaschinen	71,2	3,7	14,0	9,4	0,4
Fördermittel	66,6	1,4	15,4	15,5	0,2
Papier- und Druckmaschinen	76,9	2,1	7,7	11,3	0,9
Büromaschinen	75,0	0,9	5,4	16,2	0,7
Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie	62,3	3,1	12,7	16,3	2,0

Gliedert man die deutsche Maschinenausfuhr nach Maschinengattungen, so ergibt sich die in Zahlentafel 2 wiedergegebene Aufstellung. In dieser sind nur die allerwichtigsten Maschinengattungen aufgeführt. In deutschen Ausfuhrstatistiken gibt es z. B. noch eine Spalte, in der unter der anspruchslosen Bezeichnung „Sonstige Maschinen" recht viele verschiedenartige Maschinen zusammengefaßt werden, unter denen vor allem das vertreten ist, was man gemeinhin als

Spezial- und Sondermaschinen bezeichnet, die charakteristisch für den deutschen Maschinenbau sind. Die Stärke des deutschen Maschinenbaues beruht ja bekanntlich einerseits auf der langjährig erprobten Standardmaschine, die fortwährend entsprechend dem technischen Fortschritt verbessert und auf ihrem hohen Stand gehalten wird, und anderseits auf der Entwicklung von Spezialmaschinen sozusagen für jeden Arbeitsvorgang in der praktischen Wirtschaft. Wie sehr es der deutsche Maschinenbau versteht, sich hier den oftmals andern Arbeitsvoraussetzungen im Ausland anzupassen, geht z. B. daraus hervor, daß die deutsche Dieselmaschinenindustrie im Jahre 1936 ihre Dieselmaschinen nach nicht weniger als 105 Ländern geliefert hat. Welche Anforderungen eine derartig verzweigte Ausfuhr an die einzelnen Fabriken stellt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Hier interessiert vor allem die Frage, wie bei einem derartig verzweigten Export Verkäufer und Käufer zusammenkommen.

Dafür hat die Große Technische und Baumesse in Leipzig, die jedesmal Anfang März im Rahmen der altbekannten Welt- und traditionellen Mustermesse abgehalten wird, entscheidende Bedeutung erhalten. Die Technische Messe geht in ihrer Entstehung auf das Bedürfnis bei den deutschen Maschinenfabriken und den ausländischen Verbrauchern deutscher Maschinen zurück, beim Maschinenverkauf und dem Kauf von Maschinen in engsten Kontakt zu kommen und in engster Fühlung zu bleiben. Die Technische Messe in Leipzig ist die repräsentative Ausstellung des deutschen Maschinenbaues und der größte Maschinenmarkt der Welt, und so erklärt sich die besondere Funktion der Technischen Messe in Leipzig im Rahmen der Bedeutung des deutschen Maschinenbaues für die Versorgung der Welt mit Maschinen. Aus dem Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken geht das ohne weiteres hervor.

Zahlentafel 3. Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken (1928 = 100)

Monat	1935		1936		1937	
	Gesamt	Ausland	Gesamt	Ausland	Gesamt	Ausland
Januar	85,8	37,2	119,8	59,7	132,2	78,5
Februar	83,1	38,2	122,0	52,8	132,2	70,1
März	110,2	47,7	142,7	76,1	150,2	97,3
April	109,0	46,7	140,4	71,0	150,3	99,8
Mai	116,0	61,2	148,8	62,4	124,2	87,3
Juni	110,5	53,9	155,7	57,7	134,2	87,1

Die Zahlen zeigen eine typische Entwicklung. Für das Jahresende und den Jahresanfang ergibt sich im Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken eine gewisse Abflachung. Diese Abflachung erreicht ihr Ende im Monat März, mit Beginn der Technischen Messe in Leipzig. Von der Technischen Messe in Leipzig ab geht die Bewegung im Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken spontan und gründlich nach oben. Man kann sagen, daß Auftragseingang und Beschäftigung der deutschen Maschinenfabriken wesentlich auf die Technische Messe in Leipzig ausgerichtet sind.

Für die Versorgung der Welt mit Maschinen ist die deutsche Maschinenindustrie ganz vorzüglich ausgerüstet. Sie konnte die Zahl ihrer Beschäftigten von 250 000 im Jahre 1932 auf 700 000 steigern. Von diesen im deutschen Maschinenbau beschäftigten 700 000 Menschen sind 16 % Angestellte, und zwar je zur Hälfte kaufmännische Angestellte und technische Angestellte. In den technischen Angestellten verfügt die deutsche Maschinenindustrie über einen ganz vorzüglichen Stamm von Betriebsingenieuren, Konstrukteuren und Forschern. Von der Arbeiterschaft, rd. 73 % der Gesamtbeschäftigten, sind 58 % Facharbeiter, durch langjährige Lehre und Besuch von besondern Lehranstalten für einen Spezialberuf vorgebildet, 23 % angelernte Arbeiter, 14 % Hilfsarbeiter und 5 % weibliche Arbeiter. Bei den angelernten Arbeitern liegt es in der deutschen Maschinenindustrie so, daß diese von Jugend auf an die Bedienung komplizierter Maschinen gewöhnt sind, so daß man diese Arbeiter in Deutschland durchweg als Facharbeiter anzusprechen hat. So gesehen dürfte die deutsche Maschinenindustrie mit dem höchsten Prozentsatz an gelernten Arbeitern arbeiten. Im deutschen Maschinenbau sitzt die Elite der deutschen Arbeiterschaft. Deutsche Maschinenbauer zählen zu den besten Feinwerktechnikern der Welt.

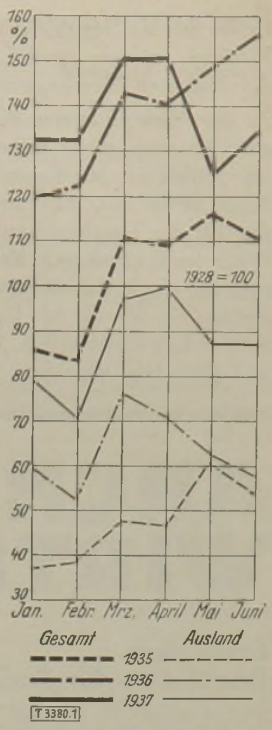


Bild 1. Auftragseingang bei den deutschen Maschinenfabriken (1928 = 100)

Diese 700 000 deutschen Maschinenbauer sind in nicht weniger als 4700 Maschinenfabriken beschäftigt. Von diesen 4700 Maschinenfabriken sind etwa 75 % ausgesprochene Kleinbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl unter 100 und 22 % Mittelbetriebe, deren Beschäftigtenzahl zwischen 100 und 1000 schwankt. Der Rest der Betriebe entfällt auf Fabriken, die mehr als 1000 Mann beschäftigen. Die Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieb im deutschen Maschinenbau kann man als äußerst gesund bezeichnen. Neben den Fabriken, die Spezial- und Kleinmaschinen zur Verfügung stellen, gibt es Riesenbetriebe, die schon kapitalmäßig in der Lage sind, in aller Welt ganze Fabriken und Anlagen zu bauen, so chemische Fabriken, Walzwerkanlagen, Kohle- und Erzaufbereitungsanlagen und andere Millionenobjekte mehr. Das Überwiegen des Klein- und Mittelbetriebes in der deutschen Maschinenindustrie ist auch nicht zufällig, sondern wird durch ganz bestimmte Voraussetzungen bedingt, die bei der Spezialisierung in der deutschen Maschinenindustrie liegen. Deutschland deckt seinen Maschinenbedarf bis auf 2 bis 3 % selbst. Das gibt eine Vorstellung, wie weit die Spezialisierung in der deutschen Maschinenindustrie geht. Jedes produktionstechnische Problem, das in der Wirtschaft auftaucht, erscheint im deutschen Maschinenbau als maschinentechnisches Problem, und es ist für den deutschen Maschinenbau eine Lebensfrage, für jedes Problem eine technische Lösung und für diese technische Lösung eine wirtschaftlich arbeitende Maschine zu finden. Nirgendwo in der Welt liegen die Verhältnisse so wie im deutschen Maschinenbau. So nehmen die deutschen Maschinenfabriken Aufträge auf Maschinen an, die einen überaus begrenzten Absatzmarkt haben, vielfach nur in kleinen Wirtschaftszweigen, mitunter nur in einigen wenigen Betrieben oder nur in einem Betrieb gebraucht werden. Diese Schranken im Absatz bedingen die

Größe der Maschinenfabrik und das Überwiegen des kleineren Betriebes in einer spezialisierten Maschinenindustrie, wie sie der deutschen Maschinenbau darstellt.

In der Spezialisierung des deutschen Maschinenbaues liegt aber mit seine große Bedeutung in der Versorgung der Welt mit tauglichen Maschinen. Welche Funktion die Leipziger Messe hierbei hat, soll kurz hervorgehoben werden: In Leipzig tritt der Maschinenkäufer nicht nur mit einer Maschinenfabrik in Verbindung. Er lernt nicht nur die Maschine kennen, die eine Fabrik baut, sondern er kommt in eine Ausstellung, in der die maßgebenden deutschen Firmen vertreten sind. Die Zusammenfassung von gleichen und ähnlichen Maschinen in geschlossenen Ausstellungen ist für den Maschinenkäufer von ganz besonderm Vorteil. Er erhält so die Möglichkeit, die einzelnen Konstruktionen in ihrer Ausführung zu vergleichen. In Leipzig werden Maschinen im Betrieb vorgeführt, womit der Maschineninteressent die Möglichkeit hat, die Arbeitsweise genau zu studieren und die Maschine daraufhin abzuschätzen, inwiefern sie den Verhältnissen in seinem Betrieb entspricht, und wieweit sie für ihn wirtschaftlich zu arbeiten vermag. In Leipzig sind auch die deutschen Maschinenfabriken durch ihre maßgebenden Ingenieure und Kaufleute vertreten. Der Maschineninteressent kann sich also an Ort und Stelle mit Fachleuten unterhalten und erhält ohne Zeitverlust und ohne in der Welt herumreisen zu müssen, die beste Auskunft. [3380]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Erlaß über Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien

Im Anschluß an den an dieser Stelle wiederholt genannten Wirtschaftlichkeitserlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 12. November 1936 wurde vom Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister sowie vom Ministerpräsidenten Generaloberst *Göring*, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, und dem Reichskommissar für die Preisbildung der Reichsausschuß für Betriebswirtschaft (RfB.) unter dem Vorsitz von Dipl.-Ing. *Seebauer*, dem Leiter des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, ins Leben gerufen. Als dessen vordringlichste Arbeitsgebiete wurden bezeichnet:

Richtlinien zur Organisation der Buchführung (im Rahmen eines einheitlichen Rechnungswesens) und Schaffung eines einheitlichen Kontenrahmens,
Richtlinien für die Kalkulation,
Einheitliche Terminologie im Rechnungswesen.

Auf Grund der Vorarbeiten dieses Ausschusses haben der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister und der Reichskommissar für die Preisbildung am 11. November 1937 einen

Erlaß über Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien

herausgegeben. Der Erlaß, der im Novemberheft 1937 der „RKW-Mitteilungen" in vollem Wortlaut abgedruckt ist, zerfällt in folgende Abschnitte:

1. Grundaufgaben des Rechnungswesens
2. Anforderungen an die Organisation der Buchführung
3. Der Kontenrahmen als Grundlage der Selbstkostenrechnung und Statistik.

Er enthält weiter Vorbemerkungen und Erläuterungen zum Kontenrahmen, wobei als Beispiel der Kontenplan eines Fertigungsbetriebes zugrundegelegt ist.

Wir werden auf diesen Erlaß und seine Auswirkungen in unsrer seit Februar 1937 erscheinenden Aufsatzreihe über die zwischenbetriebliche Gemeinschaftsarbeit der gewerblichen Wirtschaft, die im Februarheft 1938 an dieser Stelle fortgesetzt werden wird, noch des näheren eingehen.

Die Herausgeber

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1937

Die deutsche Wirtschaft ist bekanntlich seit Beginn dieses Jahrzehntes und insbesondere seit 1933 in zunehmendem Ausmaße aus dem freien Spiele der Kräfte der Weltmärkte herausgenommen worden. Das gilt einerseits für die Mengen, die vordem das Ausland an Waren oder Geldern irgendwelcher Art und irgendwelchen Ausmaßes bei uns auf den Markt werfen konnte. Das gilt anderseits aber auch für die Preise, die auf den Weltmärkten jeweils erzielt wurden und — gemeinsam mit den bei uns angebotenen Mengen an eigener und fremder Ware — die Preisbildung des heimischen Marktes und damit den Ertrag der heimischen Produktionswirtschaft nur zu oft irgendwelchen Strömungen und Einflüssen ausländischer Märkte unterwarfen, die mit der Lage und Entwicklung unsrer heimischen Märkte unmittelbar nicht das geringste zu tun hatten.

Es erscheint angebracht, heute, wo wir an einer Jahreswende stehen, einmal wieder an diesen Ausgangspunkt der Entwicklung unsrer Tage zu erinnern, zumal da sich nur, wenn man diesen Ausgangspunkt im Gedächtnis behält, der Schlüssel für die derzeitige Lage und ihre zweckentsprechende Weiterentwicklung finden läßt.

Die Herausnahme der deutschen Wirtschaft aus dem freien Spiele der Kräfte der Weltmärkte hat sich vor allem auf zwei wichtige Gebiete erstreckt:

a) die Versorgung mit ausländischen Zahlungsmitteln, die wir zur Begleichung unsrer Verpflichtungen an das Ausland benötigen,
b) die Versorgung mit ausländischen Waren, die wir zur Erhaltung und Entfaltung unsres Lebensstandes und zur Verfolgung unsrer Lebensziele benötigen.

Auf beiden Gebieten wirkte sich die Herausnahme in Bewirtschaftungsmaßnahmen (Devisen- und Warenbewirtschaftung) aus, die sich ihrerseits wiederum in beiden Bereichen sowohl auf die Kontingentierung der Menge als auch auf die Bindung der Preise erstreckten.

Die Herausnahme einer Volkswirtschaft aus dem freien Spiele der Kräfte des Weltmarktes bedeutet naturgemäß nicht, daß damit diese Kräfte selbst unwirksam gemacht werden können. Sie bedeutet vielmehr nur, daß hier der Versuch gemacht wird, im eigenen Hoheitsbereich durch zweckentsprechende Maßnahmen nach Möglichkeit die Schäden auszuschalten oder wenigstens zu mildern, die durch die nicht zu beherrschenden und nicht zu überwachenden Strömungen und Einflüsse der ausländischen Märkte für die heimische Wirtschaft eintreten können.

Die Herausnahme war und ist somit, von unserm Standpunkte aus gesehen, keine Frage des Grundsatzes, son-

Zahlentafel 1. Handelsbezeichnungen und Großhandelspreise der in Bild 1 dargestellten Rohstoffe und Halbwaren im Ausland und Inland

Lfd. Nr.	Rohstoffe und Halbwaren	Enthalten in Warengruppe Nr. ... der Zahlentafel 2	Ausland				Inland				Handelsbezeichnung, Berichtsort	
			Menge	Bezugsjahr (= 100)	RM im Bezugsjahr	RM Oktober 1937	Menge	Bezugsjahr (= 100)	RM im Bezugsjahr	RM Oktober 1937	Ausland	Inland
1	Roggen[1) 4)]	6	100 kg	1928	20,50	?	1 t	1928	246,10	190,00	No. 2. Canad. New York	I. märkisch, frei Berlin
2	Weizen[4)]	5	100 kg	1928	23,05	14,98	1 t	1928	259,40	205,00	North Man. II, London	I. märkisch, frei Berlin
3	Mais	7	100 kg	1928	17,97	7,94	1 t	1928	219,50	79,50	Plata, gelb, London	A. La Plata cif, Hamburg
4	Zucker	9	100 kg	1928	22,78	12,50	50 kg	1928	20,37	20,94	Cuba 96°, unverzollt, New York	I. gem. Melis, netto prompt, Magdeburg
5	Rindfleisch	2	100 kg	1928	135,68	72,34	50 kg	1928	93,20	78,00	Kühl-Rindfleisch, argentinisch, London	I. v. vollfl. Ochsen, Berlin
6	Schweinefleisch	2	100 kg	1928	159,53	96,15	50 kg	1928	86,00	70,00	Kopenhagen	I. 80 bis 150 kg Lebendgewicht, Berlin
7	Butter	1	100 kg	1928	352,87	146,67	100 kg	1928	359,17	254,00	Molkerei-Butter, Kopenhagen	I. dtsch. feine Molkerei-Butter, Berlin
8	Schmalz[2)]	3	100 kg	1928	112,96	58,70	100 kg	1928	144,71	190,00	pure Western, New York	I. Braten-Schmalz, Hamburg (pure lard)
9	Eier	4	100 Stck.	1928	13,61	6,87	100 Stck.	1928	12,79	10,25	Roermond	I. inl. vollfrisch, 55 bis 60 g, Berlin
10	Kaffee	11	100 kg	1928	214,43	55,77	50 kg	1928	108,06	45,00	Santos sup., London	A. Santos sup., Hamburg
11	Tee	12	100 kg	1928	243,21	159,89	1 kg	1928	3,58	2,50	Indian pekoe, good, London	A. Niederl. Indien, Or. Pecco, Hamburg
12	Kakao	8	100 kg	1928	119,45	34,54	100 kg	1928	121,89	104,00	Acca, New York	A. Acca, good ferm., Hamburg
13	Sojaöl	10	100 kg	1931	49,17	45,58	100 kg	1931	40,80	43,00	raff., London	A. raff., ohne Faß, Harburg
14	Steinkohlen	17	1 t	1928	12,39	12,77	1 t	1928	23,72	18,75	North, unscr., Newcastle	A. Yorkshire Nuß, dp. ges., Hamburg
15	Koks	25	1 t	1928	24,73	15,31	1 t	1928	21,54	19,00	Hochofen-Koks, Frankreich	I. Hochofen-Koks, rh.-westf., Essen
16	Schrott	21	1 t	1928	56,09	41,41	1 t	1928	57,78	42,00	heavy steel, Nordengland	I. Stahl-Schrott, Ia, frei Waggon, Düsseldorf
17	Knüppeleisen	27	1 t	1929	101,38	108,07	1 t	1929	119,00	96,45	Thomasgüte 2 bis 2 1/4 p., Antwerpen	I. Bas. Dortmund, Düsseldorf
18	Stabeisen	27	1 t	1928	156,13	139,18	1 t	1928	139,46	110,00	S. M. 5/8 bis 3 in. Inl., Großbritannien	I. Bas. Oberhausen, Düsseldorf
19	Weißblech	28	1 t	1928	379,91	317,54	101 kg	1928	47,61	36,50	Großbritannien	I. 0,28 mm, ab Werk, Berlin
20	Kupfer	23	100 kg	1928	139,56	62,54	100 kg	1928	140,54	66,53	electrol., London	A. cif. Hamburg
21	Zinn	24	100 kg	1928	456,00	272,38	100 kg	1928	470,08	312,11	per Kasse, London	A. Banka-Zinn, loco prompt, Hamburg
22	Aluminium	22	100 kg	1928	224,45	112,69	100 kg	1928	197,78	133,00	New York	I. Originalhütten-Aluminium, 98 bis 99 %, Berlin
23	Wolle	13	100 kg	1928	517,94	195,73	1 kg	1928	10,56	5,69	N. S. W. gr. sup., London	I. Deutsche A, halbsch., Leipzig
24	Baumwolle	14	100 kg	1928	195,54	54,61	100 kg	1928	201,00	55,82	americ. middle, Liverpool	A. amerik., middl., univ., Bremen
25	Baumwollgarn	20	100 kg	1928	303,25	121,60	1 kg	1928	2,93	1,86	32′ Manchester	A Nr. 20, Ia, americ., engl. Trossel, Augsburg
26	Rohseide	18	1 kg	1928	48,62	15,00	1 kg	1928	52,90	16,75	japan., London	A. Mail. Grège Exquis. 13/15, Krefeld
27	Kunstseide	19	1 kg	1928	6,71	3,88	1 kg	1928	11,75	4,85	I gebl. 150, Mailand	I. Ia Qual. 120 den. Schuß, Krefeld
28	Häute	15	100 kg	1928	180,71	59,11	1/2 kg	1928	1,29	0,42	Ochsen-Häute, beste London	A. Buenos Aires, Hamburg
29	Benzin	26	100 l	1928	10,51	4,78	100 l	1928	23,90	30,80	60/62 Beaumé, New Orleans	A. spez. Gew. 0,470, verzollt, Berlin
30	Kautschuk[3)]	16	100 kg	1929	196,39	39,35	100 kg	1929	193,00	216,25	plant. crepe, New York	A. ribb. smoked sheets, Hamburg

Es bedeuten A: Auslandspreise bzw. Auslandsware, I: Inlandspreise bzw. Inlandsware.

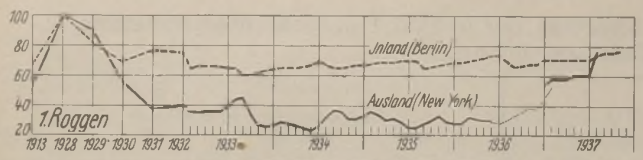
1) A: Bis Mai 1936: Western II, New York; ab Dezember 1936: No. 2 Canadian New York. In der Zwischenzeit keine Notierung. Vergleichsweise sind für den fehlenden Zeitraum die Roggenpreise des Berichtsortes Rotterdam eingefügt.

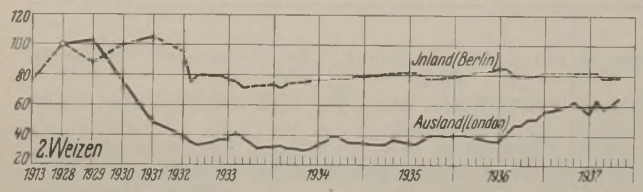
2) I: Zum Teil wird die gleiche Ware auch als pure lard bezeichnet. Bis 1933: Großhandelspreis bei Abgabe an den Einzelhandel, ab Januar 1934: Großhandelspreis bei Abgabe an den Ladenfleischer. Der Unterschied zwischen den beiden Abnehmergruppen ist nicht näher erläutert.

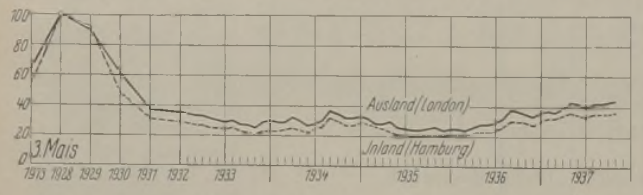
3) I: am 13. Mai 1937 mit Zoll belegt: 125,— RM je 100 kg.

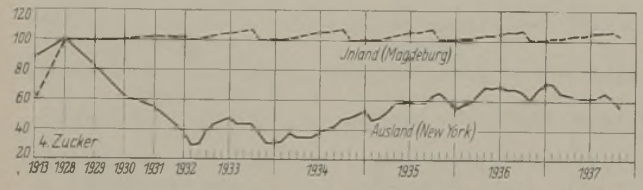
4) I: Bis einschließlich Sept. 1933 wurde nachträglich ein Frachtzuschlag je t von 7,— RM auf Roggen und 9,— RM auf Weizen aufgeschlagen, da bis dahin „ab Station".

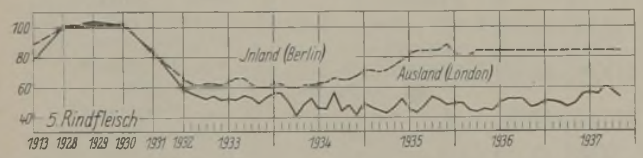
BIBLIOTEKA POLITECHNIKI ŚLĄSKIEJ

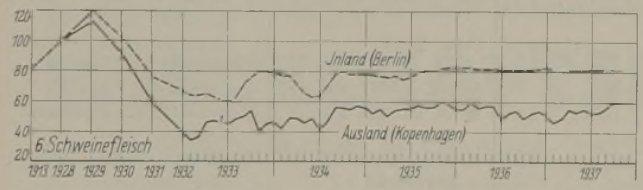


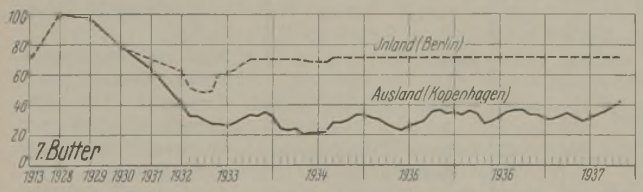


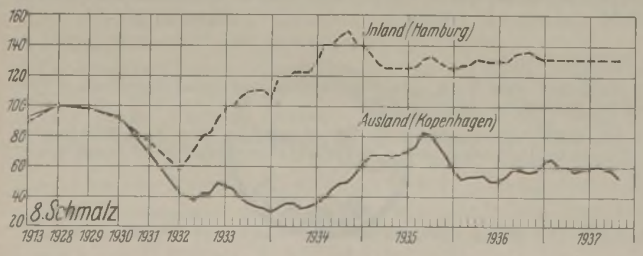


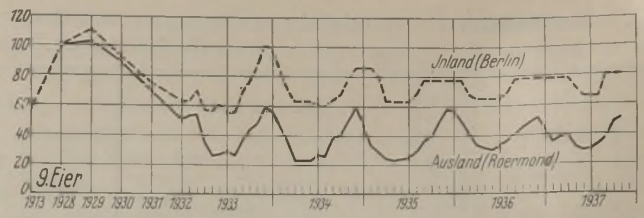


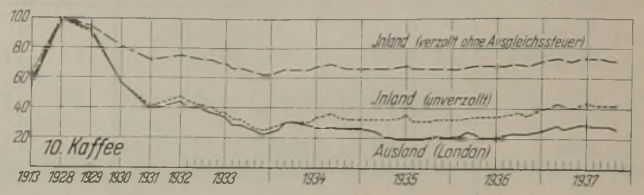


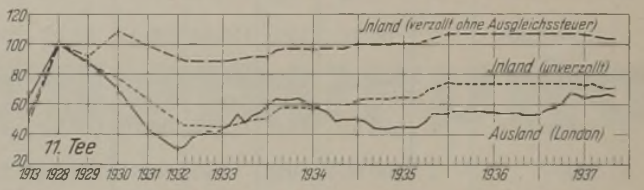


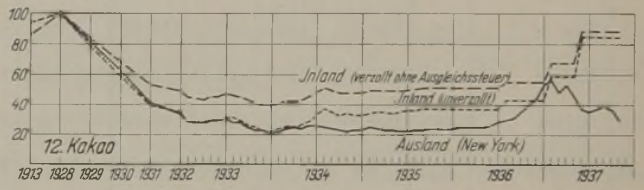


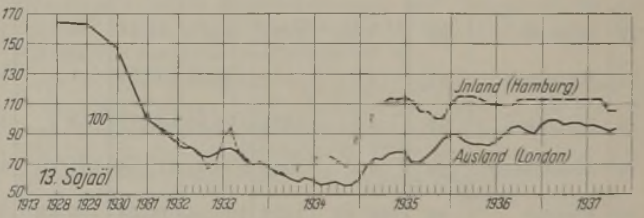


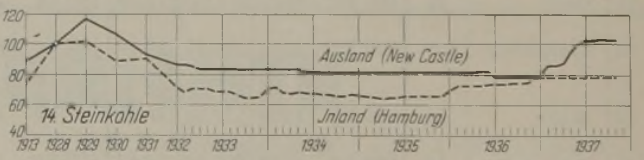












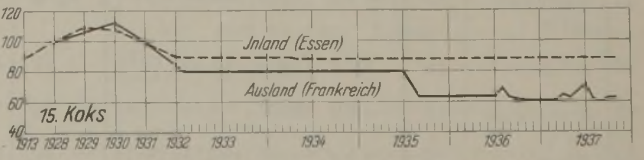
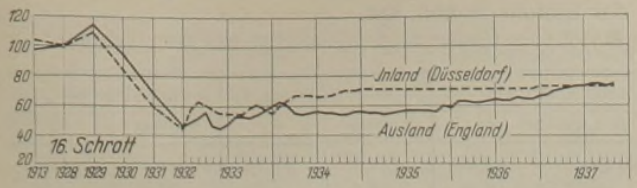


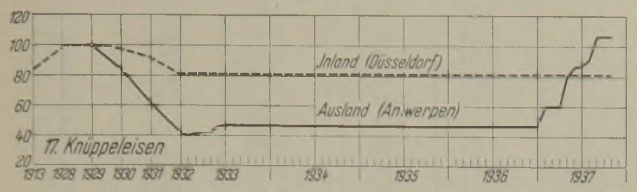
Bild 1. Die Entwicklung der von 30 wichtigen

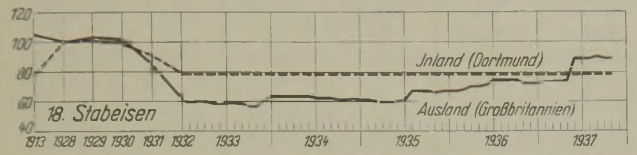
Erläuterung zu Bild 1

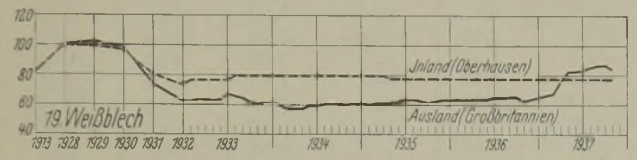
In den Kurven stellen die ausgezogenen Linien die Auslands-, die gestrichelten Linien die Inlandspreisentwicklung dar. Eine Unterbrechung der Kurve bedeutet, daß für die betreffenden Monate keine Notierung veröffentlicht wurde. Ausgangspunkt ist im allgemeinen das Jahr 1928, das gleich 100 gesetzt wurde. Für Sojaöl, Knüppeleisen und Kautschuk sind Angaben entweder im In- oder im Auslande erst seit 1929 bzw. 1931 erhältlich, so daß hier spätere Jahre als Ausgangspunkt gewählt werden mußten.

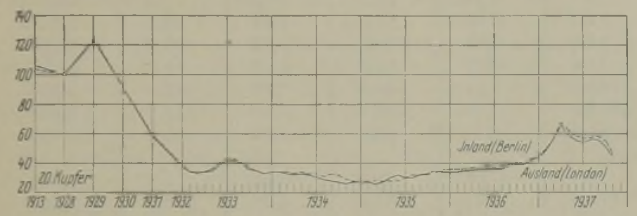
Die Unterlagen sind den in 14 tägiger Folge abwechselnd erscheinenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes über die Großhandelspreise des Inlandes und des Auslandes in „Wirtschaft und Statistik" entnommen. Ergänzungen entstammen verschiedenen Ausgaben des „Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches" und den „Viertel-

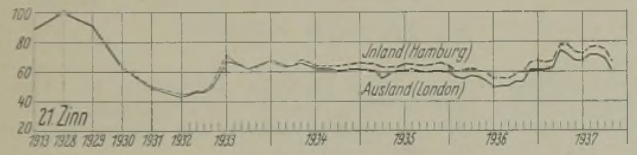


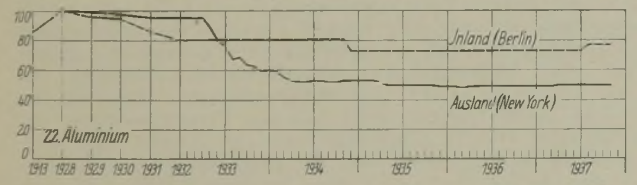


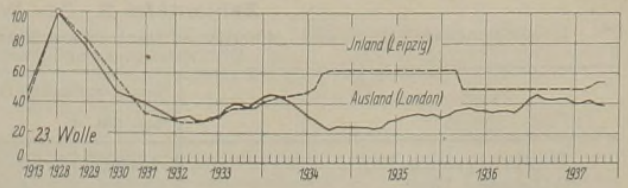


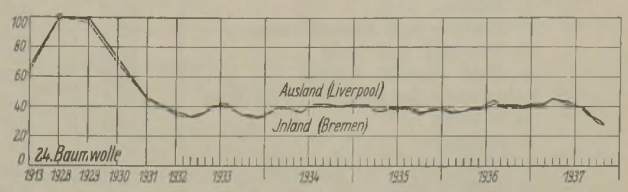


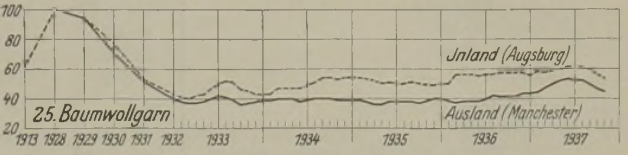


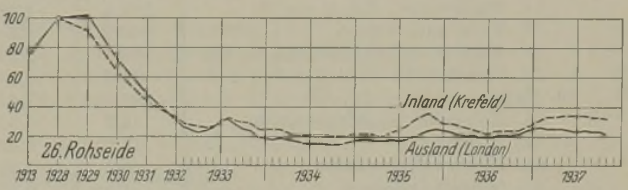


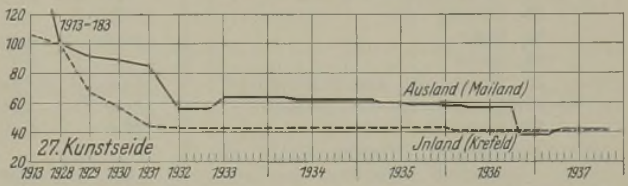


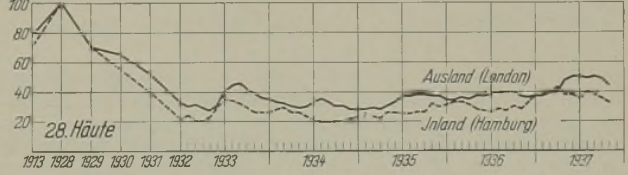


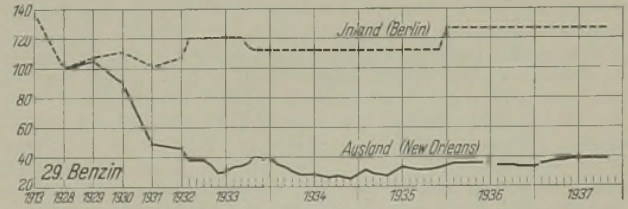


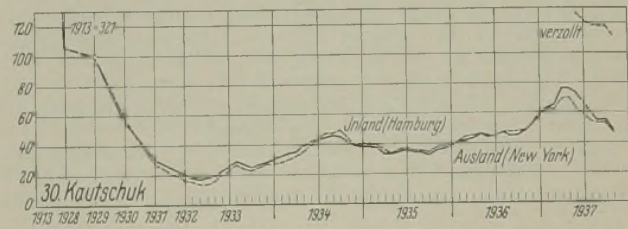












Inlands- und Auslandspreise Rohstoffen und Halbwaren

jahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches". Die Umrechnung der Auslandspreise entstammt gleichfalls dem amtlichen Material.

Die Unterlagen sind gegenüber den Veröffentlichungen in Techn. u. Wirtsch. Bd. 29 (1936) Heft 1 und Bd. 30 (1937) Heft 1 vervollständigt. Unter Fortlassung einer weniger wichtigen Preisreihe (ägypt. Baumwolle) sind Angaben für elf neue, wichtigere Handelswaren hinzugekommen. Zugleich konnten die Preisreihen bis auf drei auf das Bezugsjahr 1928 zurückgeführt werden. Weiterhin wurden nachträgliche Berichtigungen der laufenden Veröffentlichungen in „Wirtschaft und Statistik", die den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich entstammen, in den Preisreihen berücksichtigt. Demzufolge ist eine Vergleichbarkeit mit den obengenannten früheren Veröffentlichungen in verschiedenen Fällen nicht mehr gegeben.

Zahlentafel 2. Der Wert der Einfuhr in Mill. RM

(zusammengestellt nach den „Monatlichen Nachweisen über den Auswärtigen Handel Deutschlands, Oktober 1937" und den „Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich 1937")

	Januar bis Oktober 1937		Januar bis Dezember 1936		Januar bis Dezember 1935		Januar bis Dezember 1934	
	Mill. RM	%	Mill. RM	%	Mill. RM	%	Mill. RM	%
I. *Ernährungswirtschaft*	*1649,5*	*37,02*	*1499,4*	*35,55*	*1435,8*	*34,53*	*1540,6*	*34,61*
a) *Lebende Tiere*	*78,1*	*1,75*	*96,3*	*2,28*	*45,2*	*1,09*	*33,3*	*0,75*
b) *Nahrungsmittel tierisch. Ursprungs*	*376,3*	*8,45*	*443,7*	*10,52*	*406,1*	*9,77*	*385,9*	*8,67*
1. Butter	90,8	2,03	97,7	2,32	86,6	2,08	73,7	1,66
2. Fleisch und Fleischwaren	57,7	1,29	86,1	2,04	56,3	1,35	44,2	0,99
3. Schmalz und Talg	19,2	0,43	24,0	0,57	20,3	0,49	18,5	0,42
4. Eier, Eiweiß, Eigelb	70,3	1,58	75,8	1,80	69,5	1,67	80,5	1,81
c) *Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs*	*932,1*	*20,92*	*670,2*	*15,89*	*984,5*[1]	*23,67*	*1121,4*[1]	*25,19*
5. Weizen	143,5	3,22	7,0	0,17	14,7	0,35	60,9	1,37
6. Roggen	22,2	0,50	2,8	0,07	15,4	0,37	4,0	0,09
7. Mais, Dari	129,4	2,90	10,0	0,24	18,6	0,45	23,8	0,53
8. Kakao, roh	37,7	0,84	30,5	0,72	27,6	0,66	33,0	0,74
9. Zucker	1,6	0,04	1,4	0,03	6,6	0,16	5,4	0,12
10. Ölfrüchte	193,9	4,35	193,9	4,60	123,6	2,97	176,4	3,96
d) *Genußmittel*	*263,0*	*5,90*	*289,3*	*6,86*	[2]	[2]	[2]	[2]
11. Kaffee	123,2	2,77	125,7	2,98	121,1	2,91	119,3	2,68
12. Tee	7,8	0,18	9,1	0,22	7,4	0,18	8,2	0,18
II. *Gewerbliche Wirtschaft*	*2765,5*	*62,07*	*2718,5*	*64,45*	*2722,9*	*65,47*	*2910,5*	*65,39*
a) *Rohstoffe*	*1651,8*	*37,07*	*1571,1*	*37,25*	*1492,4*	*35,89*	*1472,3*	*33,08*
13. Wolle u. a. Tierhaare, roh u. bearbeitet	247,3	5,55	229,4	5,44	194,1	4,67	272,4	6,12
14. Baumwolle, roh u. bearb.	222,3	4,99	257,7	6,11	329,7	7,93	260,2	5,85
15. Felle und Häute	160,6	3,60	140,0	3,32	118,0	2,84	129,4	2,90
16. Kautschuk, Guttapercha, Balata	99,1	2,22	66,2	1,57	45,5	1,09	42,3	0,95
17. Steinkohlen	51,0	1,14	56,9	1,35	56,1	1,35	68,2	1,53
b) *Halbwaren*	*796,3*	*17,87*	*750,0*	*17,78*	*822,5*	*19,78*	*862,6*	*19,38*
18. Rohseide, Seidengespinste	16,7	0,37	21,2	0,50	19,6	0,47	19,3	0,43
19. Kunstseide	14,3	0,32	23,5	0,56	27,6	0,66	37,3	0,84
20. Baumwollgespinste	40,9	0,92	45,2	1,07	51,7	1,24	44,1	0,99
21. Schrott (Alteisen)	24,5	0,55	11,0	0,26	9,1	0,22	17,0	0,38
22. Aluminium	5,0	0,11	6,1	0,14	19,0	0,46	6,0	0,13
23. Kupfer	147,7	3,31	87,7	2,08	80,7	1,94	96,8	2,17
24. Zinn	25,3	0,57	22,0	0,52	30,9	0,74	37,3	0,84
25. Koks	8,6	0,19	11,4	0,27	12,6	0,30	12,6	0,28
26. Kraftstoffe und Schmieröle	154,1	3,46	169,2	4,01	158,4	3,81	147,0	3,30
c) *Fertigwaren Vorerzeugnisse*	*189,6*	*4,26*	*219,9*	*5,21*	*227,7*	*5,48*	*341,7*	*7,68*
27. Knüppel-, Stab-, Formeisen	25,0	0,56	31,4	0,74	40,4	0,97	77,2	1,73
28. Stangen, Bleche, Draht aus unedlen Metallen	2,0	0,04	1,8	0,04	2,2	0,05	2,6	0,06
d) *Fertigwaren Enderzeugnisse*	*127,9*	2,87	177,6	*4,21*	*180,3*	*4,34*	233,9	5,25
29. Rückwaren[3]	40,6	0,01	—	—	—	—	—	—
III. *Reiner Warenverkehr insgesamt*	*4455,6*	*100,00*	*4217,9*	*100,00*	*4158,7*	*100,00*	*4451,1*	*100,00*

1) Einschl. Genußmittel. 2) In der Summe I c enthalten. 3) Die Rückwaren werden erst seit 1937 ausgewiesen.

dern lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit. Sie ist zudem nicht eine Herausnahme aus den für uns so wichtigen Zusammenhängen des internationalen Wirtschaftsverkehrs überhaupt, sondern lediglich eine auf dem Wege der Mengenkontingentierung und Preisbindung versuchte Verkehrsregulierung, die sich — worauf ich in früheren Wirtschaftsberichten bereits wiederholt hingewiesen habe[1]) — ähnlich wie bei der Stromregulierung und Wasserhaltung, bewußt für die Überbrückung der Gefälle im Auf und Ab einer Art von Schleusenverfahren bedient. Dabei dürfte als Richtlinie für die Mengenbehandlung dienen, daß ein zu Viel oder zu Wenig nach Möglichkeit über die Vorratshaltung ausgeglichen werden soll. Demgegenüber dürfte für die Preisbehandlung als Leitsatz zu gelten haben, daß der Preis sowohl der Kosten- und Nutzendeckung des Erstellers als auch der Kauf- und Nutzkraft des Verwenders zu dienen hat, d. h. also denen, die an dem ihm zugrunde liegenden Tauschvorgang unmittelbar beteiligt und interessiert sind.

Um den Lesern unsrer Zeitschrift einen Überblick darüber zu geben, wie sich die nunmehr seit einer Reihe von Jahren verfolgte Politik der Preisbindung auf die Entwicklung der Inlandspreise gegenüber der Entwicklung der Auslandspreise ausgewirkt hat, habe ich in Bild 1 abermals — wie im Januarheft der beiden Vorjahre — die betreffenden Reihen der zumeist einheitlich auf 1928 bezogenen Preiskennzahlen für eine größere Anzahl wichtiger Roh- und Halbstoffe gegenübergestellt (vgl. hierzu die Erläuterung zum Bild 1 sowie die Zahlentafel 1). Die Kennzahlreihen sind in vieler Hinsicht aufschlußreich, zumal dann, wenn man sie mit der Entwicklung der entsprechenden Einfuhrwerte vergleicht (Zahlentafel 2).

Die Warengruppen der Ernährungswirtschaft (Nr. 1 bis 13 des Bildes 1) weisen — wenn auch z. T. bei laufender Preiserhöhung (Nr. 1, 2, 11) bzw. nach einer zunächst mehr oder weniger starken Preisheraufsetzung (Nr. 5, 8, 13) — bei den Inlandspreisen zumeist eine gegenüber den Auslandspreisen bemerkenswerte Stetigkeit aus (Nr. 1, 2, 4 bis 11, 13). Eine fast ständige Parallelität von In- und Auslandspreis zeigt nur die Preisentwicklung des Mais (Nr. 3) und neuerdings noch des Kaffees (Nr. 10). Auffällig ist die Entwicklung der Rohkakaopreise (Nr. 12), wo der Verlauf der Inlandspreise im Jahre 1937 — mit dem 1. 1. 1938 ist der Preis im Inland wieder auf etwa den Stand von Ende 1936 herabgesetzt worden — darauf schließen läßt, daß hier unter dem Drucke der zumeist rein spekulativ bedingten Preissteigerungen im Auslande die eingangs erwähnten eigentlichen Zwecke der Preisbindung noch nicht erreicht werden konnten.

Bei den Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft (Nr. 14 bis 30) lassen sich ähnliche Erscheinungen wie bei denen der Ernährungswirtschaft feststellen. Auch hier weist eine ganze Reihe von Roh- und Halbstoffen in den Inlandspreisen gegenüber den Auslandspreisen eine bemerkenswerte Stetigkeit auf (Nr. 15 bis 19, 22, 27, 29). Die Preise für Steinkohle (Nr. 14) sind seit dem Jahre 1935 im Inlande Zug um Zug heraufgesetzt worden. Leichte Neigung

1) Vgl. u. a. Techn. u. Wirtsch. Bd. 28 (1935) Heft 6 S. 175 ff.

zum Steigen zeigen neuerdings die Preise von Schrott (Nr. 16) und Knüppeleisen (Nr. 17), während Aluminium (Nr. 22) und Wolle (Nr. 23) im Sommer des Jahres 1937 im Preise erhöht worden sind. Die Preisbindungen selbst gehen hier z. T. schon auf die zwanziger Jahre zurück.

Etwa parallel zum Auslandspreis laufen die Inlandspreise von Kupfer (Nr. 20), Zinn (Nr. 21), Baumwolle (Nr. 24), Baumwollgarn (Nr. 25), Rohseide (Nr. 26), Häuten (Nr. 28) und Kautschuk (Nr. 30). Mit Ausnahme von Kupfer, Baumwolle und bis Anfang 1937 auch von Kautschuk weisen jedoch sämtliche Warengruppen zwischen den In- und Auslandspreisreihen mehr oder weniger große Abstände auf, die deutlich die Auswirkungen der Bewirtschaftungsmaßnahmen kennzeichnen. Am bemerkenswertesten sind in dieser Beziehung das Benzin (Nr. 29), bei dem der Inlandspreis weit über dem Auslandspreis gehalten wird, dann neuerdings der Kautschuk (Nr. 30), bei dem dasselbe durch einen erheblichen Schutzzoll erreicht wird. Beides sind Rohstoffe, die in der Neustoffschaffung unsrer Wirtschaft im Rahmen des Vierjahresplanes eine bedeutsame Rolle spielen.

Aufschlußreich sind auch die Preisreihen des Knüppeleisens (Nr. 12), des Stabeisens (Nr. 13) und des Weißblechs (Nr. 14). Hier wird ersichtlich, wie auch einmal die Preisbindungen im Inland Preissteigerungen im Ausland abfangen können, die z. T. erheblich über den Inlandsstand hinausgehen. Allerdings dürfte dies auf längere Sicht wohl nur bei Inlandserzeugnissen möglich sein, die nur z. T. aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden. Immerhin ist ein Vergleich dieser Reihen mit denen des Kakaos (Nr. 12) recht interessant und bemerkenswert.

Ein Beispiel für eine zunächst zweifelsohne überhöhte und dann berichtigte Preissetzung ist die Wolle (Nr. 23). Die Feststellung der Abweichungen von In- und Auslandspreisen im Winter 1935/36 hat schließlich zu einer Herabsetzung des Inlandspreises geführt.

Bis auf wenige Ausnahmen hat also die im Inlande verfolgte Preispolitik den Ansturm des Jahres 1937, der in der z. T. sehr erheblichen Preissteigerung im Auslande zu erkennen ist, mit Erfolg überstanden. Möglich war dies jedoch nur dadurch, daß die Preise im Inland von vornherein z. T. sehr erheblich über dem Preisstand im Ausland festgesetzt worden sind, wofür allerdings nicht die Auslandspreise selbst, sondern die Deckungsbedürfnisse der inländischen Ersteller maßgebend waren.

Inzwischen ist in den letzten Monaten die Preiswelle des Frühjahrs und Sommers 1937 auf den Auslandsmärkten schon wieder verebbt. Die Welt-Hochkonjunktur der letzten Jahre, die zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Weltaufrüstung getragen wurde, hat bereits einem Konjunkturverfall Platz gemacht, der — namentlich in USA — sich bemerkbar macht und in Verbindung mit so manchen inzwischen zusammengebrochenen Markt- und Börsenspekulationen auch auf die Preise drückt.

Für Deutschland wird das auf der Einfuhrseite zweifelsohne eine Entlastung bedeuten, da vermutlich in der nächsten Zukunft für uns wichtige Roh- und Halbstoffe billiger eingedeckt werden können. Demgegenüber dürfte jedoch der Konjunkturverfall in so manchem wichtigen Wirtschaftslande der Welt, verbunden mit den kriegerischen Verwicklungen im fernen Osten, für unsre Ausfuhr gleichzeitig erhebliche Erschwerungen oder sogar Rückschläge mit sich bringen. Fraglich wird daher sein, ob der in unsrer Ausfuhr mit großem Aufwand an Mühe und Kosten im letzten Jahre erzielte erfreuliche Fortschritt im nächsten Jahre gehalten werden kann.

Hinzu kommt, daß unsre Ernährungslage voraussichtlich auch im Jahre 1938 wie 1937 (vgl. Zahlentafel 2, I) eine verstärkte Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Auslandswaren verlangt, so daß wir, rein mengenmäßig gesehen, von dieser Seite kaum eine Entlastung zugunsten der Versorgung unsrer gewerblichen Wirtschaft mit den für sie wichtigen ausländischen Roh- und Halbstoffen zu erwarten haben.

Der Druck, der vom Auslande her seit geraumer Zeit auf der deutschen Wirtschaft liegt, wird — gesehen allein aus der Wirtschaftslage heraus — somit im Jahre 1938 wohl nicht weichen. Um so wichtiger ist es daher für uns nach wie vor, daß es den gesunden Aufbaukräften in allen Ländern der Welt gelingt, auf dem Wege einer politischen Verständigung vernünftig und weitblickend von Volk zu Volk die Voraussetzungen für einen nicht nur vorübergehenden, sondern beständigen Neuaufbau eines internationalen Warenaustausches zu erreichen.

Bredt [3377]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Dezember 1937	November 1937	Oktober 1937
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	124,8	124,9	124,8
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) . . .	—	105,5	105,9
Baukostenkennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	135,4	135,3
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl — Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,6	121,6

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 6. 12. bis 11. 12.: 110,98; 13. 12. bis 18. 12.: 110,86; 20. 12. bis 25. 12.: 111,17; 27. 12. bis 1. 1. 38: 111,92.

Erwerbslosenzahlen[1]) (in 1000) am 30. 11. 37. Grundzahl 573; davon Unterstützte der Reichsanstalt: 300.

[1]) Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. Dezember-Heft 1937.

Geldmarkt am 3. Januar 1938 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32 4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32 5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht . . . . . $2^7/_8$
„ „ „ lange Sicht . . . . . $2^7/_8$
Tagesgeld an der Berliner Börse . . . . . $3^3/_8$ bis $3^5/_8$

Erzeugungsstatistik

Land	Industrie	Oktober 1937	November 1937	November 1936
		1000 t		
Deutschland	Roheisen . .	1 417,9	1 372,5	1 256,7
„	Rohstahl . .	1 713,6	1 791,1	1 511,4
„	Walzwerkerzeugnisse	1 216,1	1 248,0	1 093,0
Belgien	Roheisen . .	—	315,0	280,4
„	Rohstahl . .	344,9	307,6	275,9
Frankreich	Kohle	4 142,0	4 165,0	3 527,0
Großbritannien . . .	Roheisen . .	781,9	774,5	653,4
„ . . .	Rohstahl . .	1 151,7	1 200,2	1 017,3
Luxemburg	Roheisen . .	203,6	180,0	177,8
„	Rohstahl . .	198,2	178,3	176,5
Tschechoslowakei .	Roheisen . .	151,7	144,9	—
„	Rohstahl . .	209,4	212,0	—
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück) . . .		161,9	164,7	154,1

Landwirtschaft

Der Raps-, Flachs- und Hanfanbau in Deutschland seit 1933

Die einheitliche und planmäßige Beeinflussung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung seit 1933 hat gezeigt, welche Ergebnisse erzielbar sind, wenn eine zielbewußte Führung die Arbeit des früher nur sich selbst verantwortlichen Landmannes lenkt. So weist die Statistik über die Anbauflächen der deutschen Landwirtschaft in den volkswirtschaftlich wichtigen landwirtschaftlichen Gütern eine Förderung der öl- und faserhaltigen Pflanzen aus, die man als überraschend erfolgreich bezeichnen muß.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Anbaugebiete von 1933 bis 1936 geht in der Gesamtheit ein wenig zurück. Der Umfang verminderte sich von 11,82 Mill. auf 11,56 Mill. ha um rd. 2 %. Der Rückgang ist hauptsächlich auf den verminderten Weizenanbau zurückzuführen, der früher oftmals auch dort betrieben wurde, wo er nicht unbedingt wirtschaftlich war.

Umso mehr erstaunt der Aufschwung, den der Anbau der Öl und Faserstoff liefernden Erzeugnisse genommen hat. Der

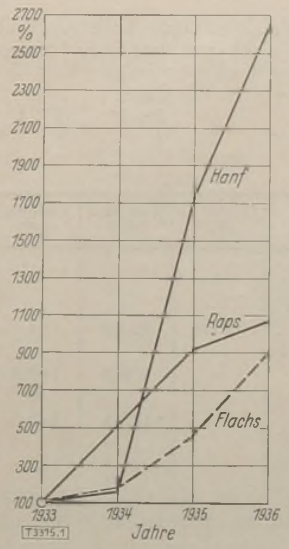


Bild 1
Deutschlands Anbaugebiete von Raps, Flachs und Hanf seit 1933 (1933 = 100)

für die Fettversorgung wichtige Rapsanbau und der außerdem für die Faserstoffversorgung bedeutende Flachsanbau haben sich um das Zehnfache ausgedehnt. Der Hanfanbau hat sich sogar verzwanzigfacht (vgl. Bild 1). Durch diese tatkräftige Lenkung ist es möglich gewesen, daß heute ein großer Teil des Rohstoffverbrauchs der Leinenindustrie, der an sich stetig steigt, aus deutscher Ernte stammt.

Zahlentafel 1. Ölfruchterträge 1933 bis 1936

	1933	1934	1935	1936	Steigerung des Ertrages je ha 1936 gegenüber 1933 %
Raps:					
Anbaugebiet (ha)	5 155	26 741	47 004	54 545	
Samenertrag (t)	6 702	42 096	80 901	100 132	
Samenertrag je ha (t)	1,30	1,57	1,72	1,84	+ 42 %
Flachs:					
Anbaugebiet (ha)	4 889	8 790	22 275	43 998	
Leinsamenernte	3 168	6 334	16 623	32 374	
Rohstengelernte	15 574	26 857	68 788	148 762	
Samenernte je ha (t)	0,65	0,72	0,74	0,74	+ 14 %
Stengelernte je ha (t)	3,17	3,06	3,09	3,37	+ 6 %
Hanf:					
Anbaugebiet (ha)	210	366	3 636	5 627	
Hanfsamenernte	105	168	1 954	3 447	
Rohstengelernte	1 400	2 240	18 684	22 509	
Samenernte je ha (t)	0,50	0,46	0,54	0,61	+ 22 %
Stengelernte je ha (t)	6,68	6,15	5,12	4,00	÷ 40 %

Zahlentafel 2
Die Flachsanbauflächen in den wichtigsten Ländern

Anbauflächen in ha	Durchschnitt 1931/35	1936	1937 [1])
Deutsches Reich	9 000	44 000	56 000
Belgien	13 000	29 000	28 000
Bulgarien	1 000	3 000	4 000
Finnland	4 000	4 000	4 000
Italien	4 000	8 000	10 000
Litauen	59 000	84 000	88 000
Niederlande	6 000	13 000	17 000
Tschechoslowakei	9 000	16 000	17 000
Ungarn	14 000	9 000	10 000
Kanada	153 000	189 000	173 000
USA	716 000	478 000	437 000
Indien	1 307 000	1 399 000	1 454 000
Ägypten	1 000	2 000	3 000

[1]) Geschätzt.

In der Zahlentafel 1 sind aus den Werten der amtlichen Statistik für den deutschen Ölfruchtanbau die Erträge je Hektar ermittelt worden. Aus den Zahlen geht klar hervor, daß für die starke Auswertung des Anbaues nicht ungeeigneter Boden herangezogen worden ist. Im Gegenteil, die wertvollen Samenerträge je Hektar steigen in allen Fällen nicht unbeträchtlich an, während nur beim Hanf die Steigerung der Ölfruchterträge mit einer Minderung der Faserertrage verbunden ist. Besonders stark ist die Steigerung der Hektar-Erträge beim Rapsanbau, dessen Ergiebigkeit je Einheit der Anbaufläche in den einzelnen Jahren stetig bis auf 142 % des im Jahr 1933 erzielten Ertrages wuchs.

Die Wirksamkeit der einschneidenden Förderung des deutschen Ölfrucht- und Faserstoffanbaus mag an der Gegenüberstellung der Entwicklung des Flachsanbaues in andern Ländern erläutert werden. Aus der Zahlentafel 2 erkennt man, daß zwar in manchen anderen, meistens wenig wichtigen Ländern der Flachsanbau eine wesentliche Ausdehnung erfuhr, aber kein Land einen ähnlichen Erfolg wie Deutschland aufzuweisen hat.

Deutschland stand somit früher mit der Tschechoslowakei zusammen an 7. und 8. Stelle und ist heute bis auf die 5. Stelle vorgerückt, so daß es heute schon nach Indien, den Vereinigten Staaten, Kanada und dem kleinen Litauen zu den wichtigsten flachsanbauenden Ländern zählt.

H. Norden [3375]

Ölwirtschaft

Kohleverflüssigung in aller Welt

Nachrichten über die Aufnahme der Gewinnung von Treibstoff aus Kohle laufen in letzter Zeit aus allen Ländern ein, die nicht über ausreichende Erdölvorkommen verfügen. Sie geben Ausdruck von den allseitigen Bestrebungen, sich von der Benzin- und Rohöleinfuhr soweit wie möglich unabhängig zu machen.

Der Erdölverbrauch der Welt ist durch die wachsende Motorisierung und die Deckungskäufe für militärische Zwecke in einem Ausmaß gestiegen, das die erhöhte Produktion der letzten Jahre überschreitet. Es ist daher verständlich, wenn in fast allen Ländern eine verschärfte Jagd nach Erdöl eingesetzt hat, zumal da von einer Vorratsbildung größeren Umfanges auf dem Welterdölmarkt nirgends die Rede sein kann.

In den letzten Jahren ist nun in die Welterdölwirtschaft ein neuer Faktor hineingetragen worden, der für die weitere Entwicklung sicher von erheblichem Einfluß werden dürfte. Der nationale Gesichtspunkt hat in den europäischen Staaten, aber auch in Übersee, gewaltige Fortschritte gemacht, und sein Einfluß macht sich u. a. in der Sicherstellung der Treibstoffversorgung geltend. Zahlreiche Verbraucherländer haben Maßnahmen, zum Teil mit staatlicher Unterstützung, ergriffen, die darauf gerichtet sind, das natürliche ausländische Benzin durch nationale Kraftstoffe zu ersetzen.

England

Es ist von besonderm Interesse, daß England, das unter den Erdölerzeugern bzw. Erdölbeherrschern der Welt eine hervorragende Stellung einnimmt, und das bis zum Weltkrieg nicht daran gedacht hat, im Mutterland Erdöl zu bohren, es für notwendig hält, die nicht großen Ölvorräte im eigenen Lande zu erschließen und die Erzeugung für den Staat zu sichern. Ölpolitisch mußte es aber als eine Umwälzung von unübersehbarer Tragweite gelten, als England Anfang 1935 die Kohlehydrierung aufnahm, und zwar in den neuen großen Hydrierwerken der Imperial Chemical Industries in Billingham. Auf dieser Anlage, die nach dem Bergius-Verfahren arbeitet, sind im Jahre 1936: 112 000 t raffinierter Motortreibstoff hergestellt worden. Die jährliche Erzeugungskapazität ist auf etwa 150 000 t Benzin berechnet. Daß die Arbeiten in Billingham sehr zufriedenstellend ausgefallen sind und nicht nur eine günstige Produktionsentwicklung, sondern auch eine rentable Erzeugungsgestaltung verbürgen, geht daraus hervor, daß man die Errichtung einer zweiten großen Kohleverflüssigungsanlage in Südwales, bekanntlich eines der englischen Notstandsgebiete, Anfang dieses Jahres beschlossen hat. Die Kosten der Anlage (sie soll nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren arbeiten), die in die Millionen Pfund gehen, werden von der Regierung getragen, die mit dem Unternehmen einen doppelten Zweck verfolgt. Sie will einmal dem südwalischen Kohlengebiet mit seiner hohen Arbeitslosigkeit eine neue und lohnende Produktionsmöglichkeit schaffen, zweitens durch Erhöhung der englischen Treibstofferzeugung zugleich die Einfuhren vermindern und eine sichere Versorgung des

Inlandbedarfs im Zusammenhang mit dem Aufrüstungsprogramm ermöglichen. Die Erzeugung soll Treibstoffe und Schmieröle umfassen.

Daneben besteht als Kohleverflüssigungsgesellschaft die „National Coke and Oil Co. Ltd., die außer ihren bereits bestehenden Anlagen weitere Werke zu errichten gedenkt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist eine Unterhausanfrage des englischen Verteidigungsministers von Mitte vorigen Jahres, wie hoch sich die Kosten für die Errichtung von zehn neuen Kohlehydrieranlagen der gleichen Art und desselben Umfanges wie die Anlage in Billingham stellen würden, und welche Zeit der Bau dieser Anlagen in Anspruch nehmen werde. *Sir Thomas Inskip* erklärte, daß die Gesamtkosten der Werke, die in Kriegszeiten den gesamten Bedarf der englischen See- und Luftflotte sowie den Inlandsverbrauch decken können, etwa 50 Mill. £ betragen werden.

Neben der Hydrierung ist auch die in Ausdehnung begriffene Kohle-Öl-Gewinnung auf dem Wege der Tieftemperaturvergasung in ihrer Bedeutung keineswegs zu unterschätzen. Die führende englische Gesellschaft auf diesem Gebiet ist die Low Temperature Carbonisation Ltd. Ursprünglich hat dieses Unternehmen ihr Kohlebenzin nur an die britische Luftwaffe verkauft. Ende November 1935 nahm sie aber ihre erste öffentliche Benzinstation in Betrieb, und da das Experiment sich als voller Erfolg erwiesen hat, ist die Ziffer dieser Stationen bereits auf über 300 gestiegen. Bei dieser Geschäftsausdehnung war es nicht überraschend, daß diese Gesellschaft im vorigen Jahre unter dem Namen Derbyshire Coalite Co. Ltd. ein neues Unternehmen eingetragen hat, das sofort an die Errichtung eines weiteren Kohleverschwelungswerks in Derbyshire ging. Ein weiterer maßgebender Fortschritt ist von der Low Temperature Carbonisation Ltd. auf dem Gebiet der Dieselölerzeugung erzielt worden. Gegen Ende 1935 wurden die letzten technischen Schwierigkeiten der Dieselölerzeugung aus britischen Steinkohlen überwunden. Im April 1936 wurde von der Gesellschaft in Barough ein Kohlendieselölwerk in Betrieb genommen, das in beachtenswertem Umfange bereits den englischen Markt beliefert.

Frankreich

Frankreich ist seit mehr als 15 Jahren bestrebt gewesen, sich bezüglich der Ölversorgung von den großen ausländischen Öltrusts freizumachen. Zwar verfügt Frankreich im Irak über eine gewaltige Erdölreserve, aber die politischen Spannungen im Mittelmeer haben das Risiko der Zufuhren im Ernstfalle doch sehr deutlich gemacht, so daß der synthetischen Kraftstoffgewinnung mehr und mehr Beachtung geschenkt wird. In französischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß die Hydrierung der Kohle im Zuge des ökonomischen Wiederaufbaues und der Arbeitsbeschaffung liege, und daß sie dazu beitragen werde, das Absatzgebiet des Kohlenbergbaues zu erweitern. Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten spielen nicht zuletzt maßgebliche politische Überlegungen mit. Der Gedanke sei äußerst beunruhigend, daß im Falle von Verwicklungen Frankreich von der auswärtigen Brennstoffzufuhr abgeschnitten werden könnte. Daher müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um unter den bestmöglichen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen, jedoch innerhalb der kürzesten Frist die Gewinnung einer bestimmten Treibstoffmenge aus einheimischen Rohstoffen herzustellen.

Es ist beabsichtigt, auf dem Wege der Kohlehydrierung jährlich mindestens 300 000 t Treibstoff zu gewinnen, was etwa einem Zehntel des augenblicklichen französischen Bedarfes entsprechen würde. Zur Zeit bestehen in Frankreich zwei unter erheblicher Mithilfe des staatlichen Office des combustibles liquides finanzierter Anlagen, abgesehen von der im Jahre 1932 von der Soc. Nationale de Recherches in Vendin errichteten ersten Versuchsanstalt. Der Steinkohlengrube Béthune ist ein Hydrierwerk seit Juni 1934, der Grube Liévin ein solches seit Juli 1936 angegliedert. Beide Anlagen, die etwa 50 000 t synthetisches Benzin erzeugen, arbeiten nach französischen Patenten. Ein weiterer Betrieb in Harnes im Pas de Calais geht seiner Vollendung entgegen. Es ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Grubengesellschaft Courrières mit dem Chemie-Konzern Kuhlmann, das nach dem deutschen Fischer-Verfahren arbeiten soll und für eine Erzeugung von 25 000 t jährlich berechnet ist. Da dieses Benzin von den französischen Treibstoffsteuern befreit sein wird, während das Naturbenzin des Auslandes bei der Einfuhr nach Frankreich einen erheblichen Zoll zu bezahlen hat, wird damit gerechnet, daß sich der Absatz dieses synthetischen Benzins in Frankreich für die Gesellschaft rentieren wird. Die Errichtung der Anlagen wurde Anfang des Jahres auf 40 Mill. Fr geschätzt, welche die Gesellschaft aus eigenen Mitteln ohne finanzielle Unterstützung des Staates und ohne Aufnahme einer Anleihe aufbringt. In Regierungskreisen ist man an dem beschleunigten Ausbau von synthetischen Treibstoffanlagen sehr interessiert, wobei nachzutragen bleibt, daß Pläne bestehen, auch auf den Braunkohlenvorkommen des Rhone-Mündungsgebietes Verflüssigungsanlagen mit einer Kapazität von 100 000 t jährlich zu errichten. Zur Erreichung der vorgesehenen Erzeugung von jährlich 300 000 t synthetischen Treibstoffes sollen weitere Anlagen auf der Grundlage der Schwelung errichtet werden.

Italien

Italien gehört zu den Ländern, die alle verfügbarenMittel ansetzen, um den unerträglichen Zustand der Abhängigkeit von ausländischen Mineralöleinfuhren zu mildern, wenn nicht ganz zu beseitigen. Dafür bietet die von *Mussolini* befolgte Politik der nationalen Selbsterhaltung die beste Gewähr. Neben der Sicherung von natürlichem Öl (z. B. Albanien) sind die zuständigen amtlichen italienischen Kreise bemüht, durch den Aufbau einer Ersatzstoffproduktion den Erdölbedarf, der im Augenblick auf etwas über 2 Mill. t jährlich geschätzt wird, soweit zu decken, daß selbst im Ernstfall ein Unterbinden der Einfuhr nicht mehr gefährlich werden kann. Im März 1936 wurde in Rom die „S. A. Azienda Nazionale Idrogenazione Combustibile (ANIC)“ mit einem Kapital von 400 Mill. L gegründet, wovon die Hälfte von der Montecatini-Gesellschaft und der Rest zu je gleichen Teilen von der Petroleum-Gesellschaft AGIP und der den italienischen Staatsbahnen angegliederten Petroleumgesellschaft AIPA übernommen wurde. Nun ist allerdings in Italien die Lage so, daß der Errichtung großer Hydrieranlagen zur Treibstoffgewinnung auf künstlichem Wege die geringen Stein- und Braunkohlenvorkommen gegenüberstehen. Auf Grund von italienischen Meldungen weiß man nur, daß vor allem die an sich nicht sehr ergiebigen Braunkohlenlagerstätten im nördlichen Italien als Rohstoffgrundlage für die Kohlehydrierung dienen sollen. Unter dem Druck der Sanktionen und der wirtschaftlichen Abschnürung Italiens hat man wohl alle Maßnahmen ergriffen, um den Abbau der Kohlenvorkommen im letzten Jahre so weitgehend wie möglich zu steigern, aber trotzdem wird man mit der Annahme nicht fehlgehen, daß eine Jahresförderung von 500 000 bis 600 000 t vorerst das Maximum darstellt. Bei einem Kohlenverbrauch Italiens von jährlich 12 bis 15 Mill. t ist dies allerdings nur eine verhältnismäßig kleine Menge. Da die italienische Braunkohle einen verhältnismäßig geringen Heizwert besitzt, wird Veranlassung bestehen, sie nicht unmittelbar zu verfeuern, sondern in anderer Weise — eben durch Verflüssigung — dem Verbrauch zuzuführen. Wie vor einiger Zeit in der Petroleum-Fachpresse berichtet wurde, seien die Vorarbeiten zur Aufnahme der Kohleverflüssigung bereits soweit vorangeschritten, daß mit dem Betriebsbeginn in zwei Großanlagen, und zwar in Livorno und Florenz, in nächster Zeit zu rechnen wäre. Die Errichtung der Hydrieranlagen dürfte der Anfang eines umfangreichen Programms der Treibstoff-Selbstversorgung in Italien sein, zumal da als Rohstoff das albanische Erdöl dienen soll. Durch die Hydrierung besteht die Möglichkeit, das Rohöl restlos in leichte Treibstoffe, insbesondere Benzin, umzuwandeln.

Italiens Treibstoffpolitik geht auf eine Zusammenarbeit zwischen inländischer Rohölförderung und Kunstölherstellung hinaus. Nach einem Gesetz vom 11. Mai 1936 erhalten Unternehmungen, die italienische Kohle sowie asphalt- und bitumenhaltige Gesteine nach dem Verflüssigungsprozeß bearbeiten, Vergünstigungen in der Art, daß sie bei der Einfuhr der von ihnen benötigten Maschinen von der Zoll- und Umsatzsteuer, sowie von der Einkommensteuer für einen gewissen Zeitabschnitt befreit werden. Außerdem ist vorgesehen, daß Vorkommen von Steinkohle sowie von asphalt- und bitumenhaltigen Gesteinen enteignet werden können. Für die finanzielle Unterstützung halbstaatlicher Gesellschaften, die sich mit dem Verflüssigungsprozeß befassen, wird für das Finanzjahr 1937/38 ein Betrag von 35 Mill. L bereitgestellt. Für spätere Finanzjahre werden weitere Beträge in Aussicht gestellt.

Tschechoslowakei

Auch in der Tschechoslowakei beschäftigt man sich seit dem vorigen Jahre stärker mit der Erzeugung von synthetischem Benzin aus Kohle. Nachdem seinerzeit von zwei großen Interessentengruppen zwei Projekte für die Kohleverflüssigung, und zwar aus der Steinkohle des Ostrauer Reviers und der

Braunkohle des Handlovaer Gebietes, ausgearbeitet und vorgelegt worden sind, prüft man jetzt seitens der zuständigen staatlichen Stellen die finanziellen Grundlagen für die Herstellung von künstlichem Benzin. Berichten der Industrie kann man entnehmen, daß die Regierung zu einem weitgehenden Entgegenkommen zwecks Sicherstellung der Rentabilität bereit ist. Das im Ostrauer Revier liegende Werk soll eine Kapazität von rd. 30 000 t Benzin erhalten. Am weitesten fortgeschritten scheint das Projekt der Herstellung von synthetischem Benzin aus der Handlovaer Kohle zu sein. Wenn auch gewisse Voraussetzungen finanzieller Natur noch nicht ausreichend geklärt sein dürften, so wird doch bereits jetzt in einem der chemischen Betriebe in der Nähe der Handlovaer Kohlenwerke die fabrikmäßige Erzeugung auf breiterer Grundlage aufgenommen, um für einen späteren Vollbetrieb des Werkes hinreichende Erfahrungen zu sammeln. Die neue Anlage wird für eine Kapazität von etwa 30 000 t Kunstbenzin vorgesehen.

Japan

Von den außereuropäischen Staaten, für die der Treibstoff eine Lebensfrage bedeutet, ist in erster Linie Japan zu nennen. Auch Japans Erdölpolitik der letzten Jahre war gekennzeichnet durch das Bestreben, in der Versorgung mit den lebensnotwendigen Treibstoffen unabhängig zu werden. Da Japan in hohem Maße ein ausgesprochen ölarmes Land ist, anderseits der Verbrauch von Jahr zu Jahr erheblich steigt, und zwar von 2 Mill. t im Jahre 1932 auf 3 Mill. t 1936, nahm die Einfuhr zwangsläufig beträchtlich zu. So wurden z. B. im Jahre 1936 insgesamt 4,81 Mill. l Mineralöle nach Japan eingeführt, gegenüber dem Vorjahre 10,9 % mehr. Die Steigerung des Mineralölverbrauchs ist nun nicht wie in vielen andern Ländern eine unmittelbare Auswirkung der stark fortschreitenden Motorisierung, sondern in erster Linie auf den steigenden Ölverbrauch der japanischen Flotte und Schiffahrt zurückzuführen. Daher auch die anteilmäßige starke Steigerung des Heizölverbrauches um 30 %.

Japan ist ein Land, das genau wie Deutschland um seine Rohstoffbasis kämpft. Da aus rein geologischen Gründen der Aufschließung einer eigenen Rohölförderung natürliche Grenzen gesetzt sind, hat sich Japan seit einigen Jahren — unter Anlehnung an die in Deutschland und England auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen — der chemischen Verarbeitung der im eigenen Lande in genügender Menge vorkommenden Kohle zugewandt. Die japanische Regierung unterstützt diese Bestrebungen nicht nur in Japan selbst, sondern auch in Mandschukuo. Für den vorgesehenen Ausbau der Hydrieranlagen in beiden Ländern rechnet man mit einer Zeit von etwa 5 bis 7 Jahren, hofft aber, bis dahin mit den Neuanlagen so weit zu sein, daß insgesamt mit einer synthetischen Kraftstofferzeugung von jährlich ungefähr 2 Mill. t gerechnet werden kann.

Unter den Hydrierplänen, deren Durchführung zunächst für Japan bzw. die Mandschurei in Aussicht genommen worden ist, sind — wie die „Täglichen Petroleumberichte" melden — die nachfolgenden die bedeutendsten: Die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft plant unter Ausnutzung der Steinkohlenvorkommen in den nordchinesischen Provinzen Hupeh und Schansi die Errichtung einer Hydrieranlage in Fushun mit einem Kostenaufwand von etwa 1 Mill. £; diese Anlage soll nach dem Verfahren arbeiten, das von der englischen Imperial Chemical Industries Ltd. auf ihrer Anlage in Billingham benutzt wird. Der Stickstoffkonzern Ube Chisso Kobyo K. K. hat bereits vor einiger Zeit die Diani Ube Chisso Kobyo KK. mit einem Anfangskapital von 12,5 Mill. Yen, das auf 30 Mill. Yen erhöht werden soll, gegründet, die sich mit der Kohlehydrierung befassen wird; es ist noch nicht bekannt, nach welchem System dieses Unternehmen arbeiten wird. Weiterhin ist auf Korea die Chosen Sekitan Kobyo K. K. ins Leben gerufen worden, die mit einem Kostenaufwand von 10 Mill. Yen eine Hydrieranlage baut; sie soll bereits im laufenden Jahr in Betrieb genommen werden und wird nach einem eigenen Verfahren arbeiten. Das Leistungsvermögen dieser Anlage soll zunächst jährlich 50 000 t betragen, späterhin aber verdreifacht werden. Ein weiterer sehr bedeutsamer, bereits in Angriff genommener Plan ist die vom Mitsui-Konzern bereits beschlossene Anlage der Mitsui-Konzan K. K., die auf Grund der von der Ruhr-Chemie A.-G. erworbenen Lizenz arbeiten wird. Die Anlage soll zunächst auf eine Jahresleistung von 30 000 t bis 40 000 t eingestellt werden. Das Anfangskapital der Gesellschaft beträgt 20 Mill. Yen, es soll aber auf 50 Mill. Yen erhöht werden. Unmittelbar interessiert ist der Staat an der kürzlich erfolgten Gründung der Kaiserlichen Brennstoffindustrie, einem halbstaatlichen Unternehmen, das mit einem Kapital von 100 Mill. Yen ausgestattet ist, von dem der Staat die Hälfte übernimmt.

Australien

Eine kürzlich aus Deutschland und England zurückgekehrte Studienkommission will auch in Australien der Kohleverflüssigung zum Durchbruch verhelfen. Zwar waren in letzter Zeit die Nachrichten über den Ausbau einer Kohleverflüssigungsindustrie in Australien etwas widersprechend. Ein Sachverständiger namens *Sir David Rivett* soll sich ungünstig über die Möglichkeiten der Gewinnung von Treibstoff aus Kohle ausgesprochen haben. Die Gestehungskosten seien zu hoch, so daß der durch Kohleverflüssigung gewonnene Treibstoff eine Regierungssubvention von 5 d je Gallone erhalten müßte, um sich gegenüber dem importierten Benzin durchsetzen zu können. Ob nicht strategische Gründe doch die Regierung veranlassen, auf dem Wege der Subvention eine eigene Kohleverflüssigungsindustrie aufzurichten, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. Scheinbar interessiert man sich im Augenblick mehr für die Ausbeutung von Erdölschieferlagern, wofür auch die australische Bundesregierung finanzielle Mittel bereitstellen will.

Südafrika

Selbst in Südafrika erwägt man die Errichtung einer Benzinfabrik auf der Grundlage der Steinkohle. Sie soll mit Regierungssubventionen arbeiten, weil nach Ansicht der Geologen wenig Aussicht besteht, natürliches Öl in Südafrika zu erschließen. Der südafrikanische Verteidigungsminister *Pirow* erklärte vor kurzem, er sei davon überzeugt, daß die in Aussicht genommene Erzeugung von synthetischem Benzin ausreichen würde, um die Hälfte des südafrikanischen Bedarfs zu decken. Dr. *Walter Flemmig*, Düsseldorf [3449]

Kolonialwirtschaft

Bodenschätze und Bergbau der ehemaligen deutschen Schutzgebiete

Stärker als je in den 20 Jahren, seitdem Deutschland seine Kolonien verloren hat, richten sich jetzt wieder die Augen dorthin. Das mächtig erweckte Kraftgefühl des deutschen Volkes und zugleich das nicht minder belebte Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Rohstoffversorgung haben neue Voraussetzungen für die Empfindungen gegenüber dem ehemaligen Besitz geschaffen. Es liegt nahe genug zu fragen, inwiefern die uns entrissenen überseeischen Länder zur Deckung der Fehlbeträge beitragen könnten, die der von der Natur so reich gesegnete, aber doch räumlich so enge deutsche Boden bei der Befriedigung des Rohstoffbedarfs des 65-Millionen-Volkes mit seiner gewaltigen Arbeitskraft wohl immer entstehen lassen wird. Der Wunsch nach Ergänzung aus eigenen Gebieten über See gilt besonders den mineralischen Rohstoffen, bei denen die vom Zufall der Natur gesetzten Grenzen in vielen Fällen auch bei größtem Einsatz nur in bescheidenem Ausmaße verrückt werden können. Welche Leistung auf diesem Gebiet von den ehemaligen deutschen Kolonien erwartet werden kann, ist auffällig umstritten. Phantastischen Vorstellungen, die in jedem noch nicht von der neuzeitlichen Kultur ergriffenen fernen Lande großartige Reichtümer an noch nicht erschlossenen Bodenschätzen vermuten, stehen nüchterne Zweifel gegenüber, die namentlich in Afrika, von einigen gesegneten Ausnahmegebieten abgesehen, das Vorhandensein wichtigerer Lagerstätten überhaupt verneinen und dem deutschen Volke seinen früheren Besitz als mehr oder weniger wertlos hinstellen wollen. Nun läßt sich zweifellos der entscheidende Kern der deutschen Kolonialansprüche durch rein wirtschaftliche Erwägungen ebensowenig begründen wie widerlegen. Trotzdem ist es wichtig genug, sich einmal sachlich zu vergegenwärtigen, welche bergwirtschaftlichen Möglichkeiten in diesen Ländern nach dem heutigen Stand unserer Kenntnisse zu erwarten sind. Im vorliegenden Beitrag werden Togo, Kamerun und Südwestafrika behandelt. Ein weiterer Aufsatz wird auf Ostafrika, Neu-Guinea, die Südsee-Inseln und Kiautschou eingehen.

1. Togo

Das 86 000 km² (reichlich die Fläche Bayerns) große Schutzgebiet, das in seinem östlichen Hauptteil als französisches, in seinem kleinen Rest als britisches Mandat verwaltet wird, hat

gegenwärtig keinerlei Bergbau aufzuweisen, doch sind im Innern einige offenbar wertvollere Lagerstätten bekannt. Innerhalb des französischen Mandatsgebiets findet sich bei Banjeli, 70 km nordwestlich von Sokode, ein größeres Eisenerzlager, das aber wegen der 375 km weiten Entfernung zum Meer, von der bisher nur ein Drittel durch Eisenbahn überbrückt ist, für einen Abbau einstweilen nicht in Frage kommt. Allerdings ist der auf 20 Mill. t geschätzte Vorrat an Roteisenerz mit reichlich 50 % Eisen im Vergleich etwa zu den Vorkommen Schwedens, Spaniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, aber auch im Vergleich zum jährlichen deutschen Einfuhrbedarf nicht wirklich wesentlich.

Größere Beachtung wird neuerdings den Vorkommen von Chromerz geschenkt, die teilweise schon unter der deutschen Verwaltung verschiedentlich nicht allzuweit von der Küste nachgewiesen worden sind. Die Ausbeutung einer Lagerstätte von mittelreichem Erz soll in diesem Jahre bei Glei, zwischen Atakpame und der Küste in der Nähe der Bahn gelegen, von einem französischen Unternehmen in Angriff genommen werden.

Allenfalls ist auch noch einem Vorkommen von Bauxit am Agu-Gebirge unweit Misahöhe Bedeutung beizumessen. Die in verschiedenen Flußläufen gemachten Goldfunde haben sich aber bisher ausnahmslos als geringfügig herausgestellt. Im ganzen sind also auch die bergbaulichen Zukunftsaussichten des verhältnismäßig kleinen Gebiets nach den bisherigen Forschungen wenig erheblich, wenn natürlich auch neue Funde, namentlich in den von Urwald bedeckten Landesteilen, durchaus noch möglich sind.

2. Kamerun

Das 790 000 km² (1½ mal Deutschland) große Gebiet wird zu etwa $^{9}/_{10}$ von Frankreich als Mandat verwaltet; nur ein schmaler Streifen im Nordwesten an der nigerischen Grenze untersteht britischer Verwaltung. Das großenteils dicht von tropischer Vegetation bedeckte Gebiet ist geologisch erst in Umrissen durchforscht, und auch der Bergbau hat erst in den letzten Jahren mit kleinen wirtschaftlichen Ergebnissen eingesetzt. Bisher scheinen am wichtigsten die Vorkommen von Zinnerz zu sein, die in den Granitmassiven der Obau-Berge im äußersten Westen des französischen Mandatsgebiets und bei Garua festgestellt sind und bei dem letztgenannten Fundort auch Wolframerz führen. Die Zinnerzförderung erreichte 1936: 315 t, also erst eine recht bescheidene Menge, und die weitere Entwicklung läßt sich noch nicht absehen. Nennenswert ist daneben die Förderung von Gold; 1936 wurden bereits 343 kg Rohgold, in der Hauptsache im Norden in der Landschaft Adamaua als Seifengold aus den Flußsanden des Wuri und des Gaschaka gewaschen. Endlich nennt die französische Statistik noch Titanerz, wovon 1936: 55 t gefördert worden sind.

Der gesamte Bergbauwert läßt sich für 1936 auf reichlich 1 Mill. RM schätzen. Die Zukunftsaussichten sind naturgemäß noch nicht abschließend zu beurteilen, wären aber nach den bisherigen Ergebnissen der Schürftätigkeit nur bescheiden. Zeitweilig glaubte man auf Grund eines seit Jahrzehnten bekannten Austritts von Erdöl in den Küstensanden bei Logobaba (unweit Duala) ein größeres Erdölvorkommen vermuten zu können; eine schon unter deutscher Herrschaft angesetzte Bohrung mußte jedoch bei 800 m Tiefe als erfolglos eingestellt werden. Neuere geophysikalische Untersuchungen französischer Sachverständiger hatten keinen besseren Erfolg, sollen aber noch nicht endgültig abgeschlossen sein.

3. Südwestafrika

Das 835 000 km² (fast das Doppelte der Fläche Deutschlands) große Schutzgebiet, das von der Südafrikanischen Union als Mandatsmacht verwaltet wird, erleichtert infolge seines trockenen Klimas und der dadurch bedingten Vegetationsarmut die Beobachtung der geologischen Verhältnisse in besonderm Maße, so daß hier die bergbauliche Erschließung, gefördert zugleich durch das gesunde Klima, besonders weit fortgeschritten ist. In dem größtenteils wenig fruchtbaren und dünn bevölkerten Lande ist der Bergbau überdies von vornherein zur Haupterwerbsquelle berufen. Die schon recht vielseitige Förderung rechtfertigt eine genaue statistische Wiedergabe.

Der Gesamtwert der Bergbauförderung erreichte 1929 etwa 3 Mill. £ und 1936 etwa ein Drittel dieser Summe.

Zahlentafel 1
Die Bergbauförderung Südwestafrikas

Mineral		Förderung 1929	Förderung 1936
Gold[1])	kg	13,5	138
Silber[1])	„	27 757	—
Zinn[1])	t	174	164
Kupfer[1])	„	12 600	—
Zink[1])	„	etwa 20 000	—
Blei[1])	„	25 900	—
Kadmium[1])	„		99
Eisenerz	„	28 697	—
Wolframerz	„		41
Vanadiumerz	„	3 085	4 940
Tantalit	„	—	3
Lepidolith	„	31	*1935* : 497
Flußspat	„	565	—
Steinsalz	„	334	3 820
Diamant	Karat	597 200	184 917
		mehrere	mehrere
Halbedelsteine	kg	1 000	1 000

[1]) Metallinhalt der Erzförderung.

Der Bergbau auf Gold hat unter der Konjunktur der letzten Jahre auch hier eine gewisse Belebung erfahren. Kleine Vorkommen sind schon bei den ersten Bereisungen des Landes im vorigen Jahrhundert festgestellt worden, haben aber bisher nirgends größere Betriebe ermöglicht, obwohl sie ständig den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit bildeten. Die nachgewiesene Förderziffer entstammt in der Hauptsache Goldquarzgängen im Bezirk Rehoboth; Flußseifen kommen schon aus klimatischen Gründen weniger in Betracht. Anscheinend hat der Goldbergbau keine Zukunft.

Bild 1. Die wichtigeren Bodenschätze (Deutsch-) Südwestafrikas
Au = Gold, Di = Diamant, Cu = Kupfer, Pb = Blei
V = Vanadium, Sn = Zinn, Fe = Eisen

Dagegen hat der Bergbau auf Kupfer bei Tsumeb im Otavi-Bergland jahrzehntelang einen für die Entwicklung des Schutzgebiets entscheidend wichtigen Großbetrieb unterhalten. Es handelt sich in der Hauptsache um ein unregelmäßig stockförmiges Lager von schwefligen Blei-, Zink- und Kupfererzen mit einem gewissen Silber- und Kadmiumgehalt, das seit 1907 von einem deutschen Unternehmen anfänglich im Tagebau, dann im Tiefbau bereits bis zu einer Tiefe von mehreren 100 m ohne Abnahme des Metallgehalts (12 % Kupfer, 25 % Blei und 10 % Zink) verfolgt worden ist. 1931 mußte der Betrieb infolge der niedrigen Weltmarktpreise für Metalle vorübergehend stillgelegt werden, gelangt aber jetzt mit der gebesserten Konjunktur wieder zur Aufnahme.

Der größere Teil der Förderung wurde als Reicherz an europäische und amerikanische Hütten verkauft, der Rest an Ort

und Stelle mit Natal-Kohle auf Kupferstein verschmolzen und dann erst zur Raffination versandt. Die große reiche Lagerstätte ermöglichte den Bau einer eigenen Eisenbahn bis zu der 570 km entfernten Reede von Swakopmund. Die höchste Förderung wurde 1929 mit einem Kupferinhalt von 15 000 t (fast 1 % der Welterzeugung) und mit einem Gesamterzeugungswert von 28 Mill. RM erreicht. Weitere Kupfervorkommen finden sich teils in der näheren Umgebung von Tsumeb, teils in andern Landesteilen und haben auch zeitweilig zu Bergbaubetrieben geführt, doch treten sie an Bedeutung weit hinter dem geschilderten Großbetrieb zurück. In räumlicher Verbindung mit den Kupfererzen des Otavi-Berglandes finden sich sehr reiche Vanadiumerze, deren Abbau auch noch während der Weltwirtschaftskrisis fortgesetzt werden konnte; im letzten Jahrzehnt hat Südwestafrika einen wesentlichen Teil der Welt-Vanadium-Gewinnung geliefert, die für die Stahlveredlung wachsende Bedeutung besitzt.

Der ebenfalls schon unter deutscher Herrschaft begonnene Abbau von Zinnerz im Erongo-Gebirge unweit Karibib ist bisher auf Kleinbetriebe beschränkt geblieben. Hauptsächlich dem gleichen Revier entstammen auch die in der Statistik aufgeführten kleinen Mengen von Wolframerz, Lepidolith (Lithium-Glimmer) und Tantalit. Geringe Mengen Eisenerz hat die Otavi-Gesellschaft in der Gegend von Kalkfeld als Zuschlag für ihre Kupferverhüttung gefördert. Außerdem sind im Kaoko-Felde von deutschen Unternehmen recht mächtige und reiche Lager von Rot- und Magneteisenerz festgestellt worden; wegen ihres abgelegenen Standortes kommen sie aber auf absehbare Zeit für einen Bergbaubetrieb schwerlich in Frage.

Weitaus das wichtigste Mineral Südwestafrikas dem bisherigen Förderwert nach ist der Diamant. 1908 durch einen Zufall in der Nähe der Bahn bei Lüderitzbucht entdeckt, wurden Diamanten bald an sehr vielen Orten des fast 400 km langen Küstenstreifens von der Oranje-Mündung bis zur Empfängnis-Bucht südlich Walfischbai nachgewiesen. Sie sind in langen schmalen und flachen Sand- und Kiesbänken abgelagert, die der Küste parallel laufen und wahrscheinlich alten Strandminen des in säkularer Hebung begriffenen Landsockels entsprechen, und teilweise von jüngeren Sandbildungen überweht. Im allgemeinen herrschen kleine und kleinste Steine vor, jedoch ist die Qualität meist hervorragend. In dem jungen Oranje-Felde sind auch größere Steine gefunden worden; der größte wog 246 Karat. Während die Gewinnung zunächst an besonders reichen Stellen durch einfaches Auflesen erfolgen konnte, wurde schon vor 1914 der Maschinenbetrieb mit Baggern, Sieben und Sortieren eingeführt. In den Zeiten schlechter Konjunktur vermögen die Unternehmen aber mit dem unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Wettbewerb in Südafrika, neuerdings namentlich aber auch in Angola, Belgisch-Kongo und der Goldküste, nicht Schritt zu halten und mußten daher 1932/35 fast vollständig stillgelegt werden. Das Oranje-Gebiet ist von der Regierung ganz gesperrt worden. Der Höhepunkt der Förderung war schon 1913 mit rd. 1,5 Mill. Karat erreicht worden; bisher hat die Diamantenförderung Südwestafrikas den stattlichen Gesamtwert von rd. 600 Mill. RM ergeben. Die daneben an vielen Stellen gefundenen und zeitweilig abgebauten sonstigen Schmucksteine namentlich Aquamarin haben bisher noch nirgends zu Betrieben von größerer Bedeutung geführt. Das gleiche gilt von den Marmorvorkommen, die in der Gegend von Karibib in ganzen Bergzügen anstehen. Erhebliche Mühen und Unkosten hat schon die deutsche Verwaltung auf die Aufsuchung von Kohle verwendet, jedoch blieben alle Arbeiten, auch eine im Süden angesetzte Tiefbohrung, ohne Erfolg.

Die Zukunftsaussichten des südwestafrikanischen Bergbaues hängen im wesentlichen von der weltwirtschaftlichen Konjunktur für die Haupterzeugnisse Kupfer und Diamant ab; sollte die gegenwärtige Besserung anhalten, so ist noch auf längere Zeit hinaus mit einer Förderung zu rechnen, die für das sonst wenig reiche Land erhebliche wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Neue Funde oder Erschließungen sind in dem vegetationsarmen und sowohl unter der deutschen wie unter der südafrikanischen Verwaltung recht eifrig durchforschten Lande weniger wahrscheinlich.

Dr. *F. Friedensburg* [3348]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Volkswirtschaftlicher Grundriß. Von *Ernst Storm.* Berlin 1937, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt. 497 S. Preis 15 RM.

Je mehr die Technik in das Leben der Völker eingriff, je stärker ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft wurde, um so notwendiger wäre es gewesen, daß sich die Träger der Technik, die Ingenieure, neben ihrer eigentlichen Berufstätigkeit mit den für sie wesentlichen Problemen der Volkswirtschaftslehre und mit den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik befaßt hätten. Das geschah jedoch sehr selten, und auch heute noch vertritt der Ingenieur vielfach den Standpunkt, er habe lediglich die ihm von der Wirtschaft gestellten technischen Aufgaben zu lösen und sich nicht darum zu kümmern, ob und inwieweit das von ihm Geschaffene volkswirtschaftlich richtig und tragbar sei. Anderseits sah der Wirtschaftsunternehmer von früher meist nur die rein kaufmännische Seite der Volkswirtschaft und stand der Welt der Technik vielfach verständnislos gegenüber. Infolge dieses Mißverhältnisses traten in der Struktur unserer Wirtschaft eine Reihe schwerwiegender Fehler auf, an denen letzten Endes das ganze Volk zu leiden hatte. Z. B. liegt die für unsere Volkswirtschaft so verhängnisvolle Überrationalisierung in der Nachkriegszeit zum Teil darin begründet, daß der Ingenieur seiner mangelnden volkswirtschaftlichen Kenntnisse und seines fehlenden Einflusses auf die Wirtschaftsführung wegen in keiner Weise die volkswirtschaftlichen Folgen seines Tuns in Berechnung ziehen konnte und zum andern der den Betrieb leitende Wirtschaftler fast oder völlig technikfremd war.

Es wäre nun falsch, den Ingenieur bzw. den Wirtschaftler mit der Alleinschuld an dieser Sachlage zu belasten. Bei der auf allen Gebieten der Wissenschaft immer stärker zutage tretenden Spezialisierung war es kaum möglich, sich einen, wenn auch nicht detaillierten, so doch allgemeinen Überblick über die Volkswirtschaft und ihre Sondergebiete zu verschaffen. Denn schon dem eigentlichen Volkswirt bereitete es erhebliche Schwierigkeiten, sich in der Vielzahl von Meinungen und volkswirtschaftlichen Theorien zurecht zu finden. Solche volkswirtschaftlichen Lehrbücher wiederum, die den besondern Bedürfnissen der Ingenieure und Techniker Rechnung getragen und ihm so ein Studium dieses Grenzgebietes seines Berufes erleichtert hätten, waren nicht sehr zahlreich und keineswegs mehr zeitgemäß. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, wenn Professor Dr. *Ernst Storm* sein soeben erschienenes Werk „Volkswirtschaftlicher Grundriß" mit der Absicht veröffentlicht hat, vor allem dem Ingenieur das notwendige Wissen von der Volkswirtschaft zu vermitteln.

Der „Volkswirtschaftliche Grundriß" umschließt drei Teile, von denen jeder jeweils ein großes Gebiet der Volkswirtschaft behandelt. Der erste gibt eine gedrängte Darstellung der Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur heutigen Zeit und schildert in leicht faßlicher Form die volkswirtschaftlichen Theorien und Ansichten, mit denen sich die Menschen zu den verschiedensten Zeiten beschäftigt haben. Der Leser erhält so einen guten wirtschaftsgeschichtlichen Überblick, ohne daß er mit extrem-theoretischen Wirtschaftsutopien belastet wird.

Mit dem Kapitel „Vom Wesen der Wirtschaft" führt uns der Verfasser im zweiten Teil in die allgemeine Wirtschaftslehre ein, wobei er — das muß immer wieder betont werden — bei aller wissenschaftlichen Gründlichkeit sich jeglicher Übergelehrsamkeit der Ausdrucksweise enthält. Das, was hier in den verschiedenen Kapiteln über Wirtschaftsgesinnung, über Wirtschaftsstufentheorien, über Produktion, Arbeitsteilung, Mensch und Maschine, Gerechter Preis, Kartelle u. a. m. gesagt wird, ist in einer Art geschrieben, die das Dargestellte auch dem Nichtfachmann leicht verständlich macht.

Die größte Aufmerksamkeit sollte der Ingenieur, der das Buch in die Hände bekommt, dem dritten Teil „Spezielle Volkswirtschaftslehre" zuwenden. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen vor allem die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und hierunter naturgemäß in Sonderheit die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches. Aus der Fülle der bearbeiteten Themen nennen wir die Titel einiger Kapitel: Staat und Wirtschaft, Agrarpolitik, Forstwirtschaftspolitik, Bergwirtschaftspolitik, Energiewirtschaftspolitik. Diese Aufzählung zeigt, wie ausführlich der Verfasser sich mit unserer Rohstoffpolitik auseinandersetzt. Außerdem bringt er in diesem Teil wichtige Einzelheiten über den Aufbau und die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Wir erhalten eine klare Orientierungsmöglichkeit über den Stand unserer Gewerbepolitik, sowie unserer Handels- und Verkehrspolitik. Abschließend folgt eine Darstellung der Grundzüge unserer Sozialpolitik und im Zusammenhang damit ein Überblick über das Versicherungswesen. Einen besondern Hinweis verdient die im Anhang veröffentlichte Anleitung zur Anfertigung wirtschaftswissenschaftlicher Schriften, in der *Storm* die Erfahrungen seiner langjährigen Praxis auf diesem Gebiet dem Leser bereitwilligst und in dankenswerter Weise mitteilt.

Der „Volkswirtschaftliche Grundriß" bietet dem Ingenieur, der trotz starker Inanspruchnahme durch seinen Beruf den Gefahren einer zu starken Spezialisierung entgehen will, eine wertvolle Hilfe. Dr.-Ing. *O. Stäbel VDI* [3338]

Die Vorschriften über Preisbildung und Warenregelung. II. Teil: Eisen- und Metallwirtschaft. Unedle Metalle — Eisen und Stahl — Edelmetalle — Kohle und Salz — Technische Erzeugnisse. Von *C. Mölders*. Berlin 1937, Verlag Hermann Luchterhand. Preis 9,60 RM.

Die Sammlung enthält die gültigen Vorschriften der Überwachungsstellen, des Reichskommissars für die Preisbildung, des Reichswirtschaftsministers und des Beauftragten für den Vierjahresplan und gibt fachmännische Erläuterungen dazu. Berücksichtigt sind auf etwa 700 Seiten die rechtlichen Unterlagen für die Preisbildung und die Regelung des Warenverkehrs.

Ein allgemeiner Teil (Gruppe 1 bis 9) umfaßt die allgemeinen Vorschriften, während ein besonderer Teil (Gruppe 10 bis 14) die Sondervorschriften für die unedlen Metalle, für Eisen und Stahl, für die Edelmetalle, für Kohle und Salz und für technische Erzeugnisse behandelt. Es fehlt auch nicht eine zeitliche Übersicht der angeführten Vorschriften und ein umfangreiches Sachverzeichnis sowie Merkblätter für Termine. Der Band bildet in sich ein abgeschlossenes Ganzes, das jederzeit durch Nachheften der neuerscheinenden Einzelblätter auf den zeitgemäßen Stand gehalten werden kann (fünf Ergänzungslieferungen sind bereits erschienen). Er ist für den Betriebswirt und den Kaufmann ein wertvolles Nachschlagewerk in rechtlichen und Wirtschaftsfragen und unterrichtet auch den Techniker über die Bewirtschaftung der Werkstoffe (Verwendungsverbote). Alle Anforderungen, die an ein solches Nachschlagewerk gestellt werden, sind erfüllt, so daß der Band bestens empfohlen werden kann. *M. Philipp* VDI [3347]

Energiewirtschaft

Energiewirtschaft. Betriebsführung und Verwaltung von Gas- und Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmungen. Von *Friedrich Simon*. Halle a. S. 1937, Presse und Wirtschaft Verlagsgesellschaft m. b. H. 157 S. Preis 8,60 RM.

Das Buch, das hauptsächlich die betriebswirtschaftlichen Probleme der Energiewirtschaftsbetriebe der Elektrizitäts- und Gas-Versorgungs-Unternehmungen behandelt, bietet nicht nur dem Personenkreis, der sich beruflich mit diesen Fragen zu befassen und auseinanderzusetzen hat, sondern auch dem großen Interessentenkreis, der mehr oder minder auf die Belieferung mit Strom oder Gas angewiesen ist, einen guten Einblick in dieses die Allgemeinheit immer mehr berührende Arbeitsgebiet. Sein Erscheinen ist um so mehr zu begrüßen, als es heute immer noch Bevölkerungskreise gibt, die in jeder Strom- oder Gasrechnung eine Übervorteilung zugunsten des liefernden Werkes oder der Gemeinde wittern. Erst ein weiteres Eindringen in die betriebswirtschaftlichen Fragen der Belieferung kann die Abnehmer belehren.

In leicht faßlicher Form bringt der Verfasser eine kurze Charakteristik der Strom- und Gas-Versorgungsbetriebe, eine Schilderung ihrer verschiedenen Betriebsformen sowohl als Eigenbetriebe wie in Gesellschaftsform und ihre steuerliche Behandlung. Die kurze Behandlung der Grundzüge der Buchhaltung erleichtert das Verständnis für die Berechnung der Selbstkosten, des Tarifwesens und der Wettbewerbsgrenzen zwischen Strom und Gas.

Im einzelnen ist zu den Ausführungen noch folgendes zu bemerken: Die statistische Behandlung (S. 10, 11, 12) wäre zweckmäßig einheitlich auf das Berichtsjahr 1935 abzustellen. Instruktiv für das Verständnis wäre neben der Errechnung der Leistungsverluste auch die der Arbeitsverluste (S. 100/101) der Stromkosten gewesen.

Daß das Gas zur Befriedigung des Kraftbedarfs, rein wirtschaftlich betrachtet, immer noch konkurrenzfähig sein soll (S. 131), widerspricht den tatsächlichen Verhältnissen, wäre auch zu beweisen. Die Äquivalenzzahlen (S. 134) allein sind als Grundlagen für den Wettbewerbsvergleich zwischen Strom und Gas nicht ausschlaggebend, im Endergebnis sind auch die Imponderabilien entsprechend zu bewerten.

Der thermische Wirkungsgrad der Stromerzeugung von nur etwa 15 % des Wärmeaufwandes (S. 140) ist sehr niedrig, er liegt heute über 20 %. Bei der Ermittlung des Einheitspreises von nur 8 Pfg./kWh (S. 141) für den gesamten Beleuchtungs- und Wärmebedarf der Haushalte ist die entsprechende Grundgebühr nicht berücksichtigt worden. Nach dem vorstehenden Zahlenbeispiel würde sich ergeben:

$$\begin{array}{lllll} \text{für Kochstrom:} & 1000\,\text{kWh} & \times\ 8\ \text{Rpf.} & = & 80\ \text{RM} \\ \text{für Lichtstrom:} & 250\ \text{„} & \times\ 32\ \text{„} & = & 80\ \text{„} \\ \hline \text{insgesamt:} & 1250\,\text{kWh} & & = & 160\ \text{RM,} \end{array} \quad \text{also}$$

$$1\ \text{kWh} = \frac{16000\ \text{Rpf.}}{1250\ \text{kWh}} = 12{,}8 \text{ statt } 8\ \text{Rpf.}$$

Diese Bemerkungen können jedoch den Wert des instruktiven Buches nicht herabsetzen, sie sollen nur Irrtümern vorbeugen. Zu begrüßen ist es, daß dem Buch als Anhang das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft" vom 13. Dezember 1935 sowie die „Hinweise für den Abschluß von Verträgen auf dem Gebiete der Energiewirtschaft durch Gemeinden (GV)" beigefügt sind.

Das Buch kann jedem Volksgenossen, der sich mit den betriebswirtschaftlichen Fragen der Elektrizitäts- und Gasversorgung beschäftigen will, nur empfohlen werden.

W. Windel [3330]

Industrielles Rechnungswesen

RKW-Veröffentlichung Nr. 115: **Das einheitliche Rechnungswesen in der Versicherungswirtschaft.** Bearbeitet von Prof. Dr. *Riebesell*. Mit einem Anhang von *Gg. Seebauer*, Wesen und Bedeutung des Betriebsvergleichs. Hamburg 1937, Hanseatische Verlagsanstalt. 98 Seiten. Preis 4,80 RM.

In dem Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 12. November 1936, der die Aufgaben der Organisation der gewerblichen Wirtschaft regelt, wird es als eine besonders vordringliche Aufgabe bezeichnet, das gesamte Rechnungswesen auf eine einheitliche und sichere Grundlage zu stellen. Zusammen mit dem Reichskommissar für die Preisbildung hat er weiterhin dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit einen Auftrag zur Bildung eines Reichsausschusses für Betriebswirtschaft erteilt, dessen Aufgabe die Festlegung der diesem Zweck entsprechenden Richtlinien ist. Die vorliegende Schrift bringt in der bezeichneten Richtung erste Vorschläge für das Versicherungswesen, in der Erwartung, dadurch eine allgemeine Erörterung über den hier besonders schwierig gelagerten Aufgabenkreis auszulösen. Sie sind, um es vorweg zu nehmen, von hervorragender Sachkunde getragen und erhalten ihr Gewicht schon durch die Tatsache, daß der Verfasser durch seine führende Rolle in der deutschen Versicherungspraxis und als Autor zahlreicher versicherungswissenschaftlicher Aufsätze sie sowohl nach der verwaltungswirtschaftlichen als wissenschaftlichen Seite zu legitimieren berufen ist.

Auch im Versicherungswesen kann, wie *Riebesell* eingangs betont, das Ziel der allgemeinen Wirtschaftlichkeitsförderung nur auf der Grundlage einer dem Wesen des Betriebes voll gerecht werdenden Kalkulation und des exakten Betriebsvergleichs erreicht werden, wofür aber die einheitliche Gestaltung des Rechnungswesens Voraussetzung ist. In Anlehnung an das allgemeine Schema der Gliederung der Funktionen der gesamten Wirtschaft in Erzeugung, Betrieb, Vertrieb, Verwaltung, Leitung teilt der Verfasser das Rechnungswesen in Buchhaltung, Betriebsabrechnung, Kalkulation, Planrechnung und Abschlußrechnung auf, während der Statistik eine teils verbindende, teils außenseitige, jedenfalls im Versicherungswesen besonders wichtige Rolle zugewiesen wird. Nach demselben Grundschema gliedert der Verfasser die Arbeitsvorgänge im Versicherungsbetrieb auf. Diese Aufgabe ist besonders schwierig, da die Funktionen Erzeugung, Betrieb, Vertrieb ihre Kennzeichnung eigentlich vom Produktionsbetrieb entlehnt haben. Der von *Riebesell* gegebenen Lösung, die die Ware „Versicherungsschutz" als Ausgangspunkt nimmt, ist im allgemeinen zuzustimmen. Nur erscheint es, besonders mit Rücksicht auf die im Betriebsabrechnungsbogen und im Kapitel „Kalkulation" nach dem gleichen Schema durchgeführte Aufgliederung der Kosten anfechtbar, wenn die Funktion „Erzeugung" im Lauf der Untersuchung kurzweg mit Schadenverhütung gleichgesetzt wird. Richtiger dürfte es sein, den im Anfang (S. 17) vertretenen Gesichtspunkt weiter zu verfolgen, wonach die durch die „Erzeugung" an den Versicherungsbetrieb herangetragenen Grundstoffe nichts anderes sind als die Versicherungsobjekte, die zur Verfügung stehenden Wagnisse. (Jede Vergrößerung der Gefahrengemeinschaft vermehrt den Versicherungsschutz.) Diese werden aus dem Rohzustand „ungeklärtes Risiko" durch die (großenteils vorsorgend „auf Vorrat" arbeitende) Abteilung „Betrieb" in den Fertigzustand „vertragsfähiges Risiko" überführt. Diese Auffassung würde im wesentlichen dem bereits im Versicherungswesen eingebürgerten Sprachgebrauch entsprechen, der hier „Produktion" mit „Neuzugang" gleichsetzt. Die Folgerung wäre, daß die „Erwerbskosten" (Kosten für Außendienst und Generalvertretungen) auf die Abteilungen Erzeugung und Vertrieb nach einem zu vereinbarenden Schlüssel zu verteilen wären, ähnlich wie beim Maklergewerbe.

Für Kalkulation und Betriebsvergleich sind wesentlich die vom Verfasser erhobenen Forderungen: Bilanzierung der Wertpapiere nach mathematischen Kursen (nicht fakultativ, sondern obligatorisch); einheitliche Abschreibevorschrift nach der auch für die Anleihetilgung geltenden Formel; Vereinheitlichung der Vorschriften der Finanz- und Aufsichtsbehörden betr. technische Rückstellungen (es darf grundsätzlich nur eine Bilanz geben); betriebsgerechte Verteilung der einzelnen Kostenarten, insbesondere der üblichen Zuschläge, entsprechend ihrem Anfall im Betriebe; weitgehende Aufteilung der Wagnisse und Gefahrenklassen. Die ins einzelne gehenden Vorschläge leitet der Verfasser aus der genau durchgeführten Parallele von Produktionsbetrieb und Versicherungsbetrieb her, anknüpfend an die zahlreichen, die ersteren betreffenden Standard-Veröffentlichungen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit.

Ein großes Verdienst der Schrift ist die Herausarbeitung der primären Bedeutung der Statistik für den Versicherungsbetrieb. Außerordentlich schwere Verluste waren, wie *Riebesell* betont, bei den Versicherungsunternehmungen dadurch zu verzeichnen, daß der Schadenverlauf nicht ausreichend nach den verschiedenen Gefahrenklassen beobachtet wurde, ein Umstand, der besonders für die Sachversicherung von Bedeutung ist. Grobe Unsicherheiten in der Vorausschätzung des schwankenden Jahresbedarfs steigern auf alle Fälle den Preis der Ware „Versicherung" über die volkswirtschaftlich vertretbare Höhe. *Riebesell* zeigt an den Beispielen der Feuer-, Kraftfahrzeug- und Krankenversicherung, wie durch statistische Gemeinschaftsarbeit Besserung zu erzielen ist, fordert aber auch dementsprechend, daß die Rechnungsvorschriften zugleich dem Zweck angepaßt sein müssen, Unterlagen für die Versicherungsstatistik zu liefern.

Der Anhang bringt den Abdruck des Vortrags, den der Leiter des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit in der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsgruppe „Öffentlich-rechtliche Versicherung" am 8. Juni 1937 gehalten hat. In diesen Ausführungen werden die zahlreichen Verlustquellen der deutschen Wirtschaft aufgezeigt, die durch ein geordnetes Rechnungswesen und Betriebsvergleich zu ermitteln sind. Besonders lehrreich sind die auf tabellarische und kurvenmäßige Darstellungen gestützten Musterbeispiele für die Durchführung des Betriebsvergleichs (Gesamtkostenvergleich; Vergleich von Leistungen, Kosten, Umsätzen und Preisen; Kennzahlenvergleich).

Durch eine glückliche Synthese von zwei aus ganz verschiedenen Wurzeln hervorgegangenen Gedankengängen ist in der Schrift eine Vorschlagsgrundlage für wirtschaftlichkeitsfördernde einheitliche Maßnahmen im Verwaltungswesen der deutschen Versicherungsbetriebe erarbeitet worden.

Timpe [3389]

Stabilized Accounting. Von *Henry Whitcomb Sweeney.* New York und London 1936, Harper & Co. 203 S. Preis 3 $.

Der Verfasser, ein in den Vereinigten Staaten bekannter „public accountant" (vergleichbar mit dem deutschen „Wirtschaftsprüfer", allerdings mit weiterem Aufgabenkreis), hat die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, die durch die Inflation ausgelöst werden, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich genau beobachtet und hat bereits vor der Entwertung des Dollars in der amerikanischen Literatur darauf aufmerksam gemacht, daß bei den starken Schwankungen der Kaufkraft des Dollars, die sich im Wandel der Konjunkturen bemerkbar gemacht haben, die Ziffern von Geschäftsabschlüssen, Monats- und Jahresbilanzen, wirtschaftlicher Unternehmungen leicht zu irrtümlicher Auslegung Anlaß geben können, wenn diesem Umstande nicht genügend Rechnung getragen ist. Während die Jahresbilanzen so geeignet erscheinen — ob absichtlich oder unabsichtlich, bleibe dahingestellt — das Urteil der breiteren Öffentlichkeit unsicher zu machen, sind innergeschäftliche Abschlüsse, insbesondere Monatsbilanzen, geeignet, die Leitung der Unternehmungen irre zu machen, wenn dem Umstande der veränderten Kaufkraft des Geldes in der Bewertung der Sachgüter nicht genügend Rechnung getragen wird. Wir haben in Deutschland diese Verhältnisse zur Genüge kennengelernt und wissen noch, wie bei Entwertung der Mark auf die Hälfte oder auf ein Drittel ihres Goldwertes und im weiteren Verlaufe auch ihrer Kaufkraft die große Mehrheit der Wirtschaft diesen Umstand nicht genügend beachtete und ihm auch in den Geschäftsabschlüssen nur unzureichend Rechnung getragen hat. Erst die starke Entwertung der Mark hat die große Öffentlichkeit aufgerüttelt.

Es ist daher sehr dankenswert, daß der Verfasser seinen Landsleuten durch die vorliegende Schrift die Augen zu öffnen sucht und ihnen Verfahren an die Hand gibt, die sie vor Schaden zu bewahren geeignet sind. Am Snyder Index der allgemeinen Preishöhe, verglichen mit 1933, werden die Schwankungen der Kaufkraft dargelegt, die bis 25 % bereits in der Zeit vor dem Weltkrieg betragen haben; allerdings erstreckte sich die Auf- und Abbewegung damals stets über eine Reihe von Jahren, so daß die Wirtschaft und die Bevölkerung sich allmählich und unmerklich darauf eingestellt haben. Nach dem Weltkrieg haben sich die Schwankungen schneller vollzogen; dabei ist bemerkenswert, daß die Entwertung des Dollars auf dem Weltmarkte das heimische Preisniveau nicht in vollem Umfange beeinflußt hat.

Die Frage des Wiederbeschaffungspreises, der Erneuerungskonten, der Rückstellungen und der stillen Reserven werden in sehr gründlicher und wissenschaftlicher Weise erörtert und an Hand von Beispielen von Verwaltungen, industriellen und Handelsunternehmungen belegt. Seine Ausführungen sind vielfach aufgebaut in Übereinstimmung mit den Anschauungen der deutschen Betriebswirtschaft (*Schmalenbach, Lehmann, Mahlberg*), von denen er sich allerdings in Einzelheiten mitunter unterscheidet und den stärker mathematischen Ausführungen französischer Betriebswirtschaftler folgt. Im Ziel seiner Ausführungen, die Substanz wirtschaftlicher Unternehmungen durch entsprechende Vorsorge in der Finanzwirtschaft zu erhalten, ist er mit den deutschen Anschauungen und den führenden amerikanischen Betriebswirtschaftlern einig. Prof. *Roy B. Kester*, der Betriebswirtschaftler der Columbia University, hat dem Buch ein Vorwort geschrieben. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis erleichtert die Benutzung.

Dem deutschen Wirtschaftler wird das Buch, wenn — was hoffentlich verhütet werden möge — die Kaufkraft der Mark nicht gehalten werden sollte, einige wertvolle methodische Fingerzeige geben, wie selbst kleineren Schwankungen Rechnung getragen werden sollte. Die Inflation hat diejenigen, die sie mitgemacht haben, zur Genüge gelehrt, sich an einem festen Maßstab auszurichten. *Fr. Frölich* [3342]

Die Inventur der Vermögensgegenstände und Schulden im Heizungsfach. Von *Fritz Joeres.* Halle a. S. 1937, Carl Marhold Verlagsbuchhandlung. 56 S. Preis 1,50 RM.

Die Kalkulation im Heizungsfach. Von *Fritz Joeres.* Halle a. S. 1937, Carl Marhold Verlagsbuchhandlung. 56 S. Preis 1,50 RM.

Der Büchermarkt unseres Berufes ist um die beiden vorstehenden Schriften bereichert worden. Sie sind gerade zur rechten Zeit in den Handel gekommen, denn alle Heizungsfachleute, einerlei ob industriell oder handwerklich eingestellt, müssen sich an den Gedanken gewöhnen, daß nach der Zeit der Hochkonjunktur die Zeit der Abrechnungen, der Bewertung der halbfertigen Anlagen, der Aufnahme der Materialien und Werkzeuge, der Inventur, überhaupt die Jahresabrechnung und die Aufstellung des Vermögens kommt.

Für jedes Unternehmen ist die einwandfreie Feststellung des Betriebsvermögens und der vorhandenen Sachwerte die Grundlage, ohne die ein Geschäft nicht betrieben werden kann. Das erste Heftchen liefert hierfür die erforderlichen Unterlagen und bringt in leicht verständlicher Weise eine Erläuterung der einzelnen kaufmännischen Bezeichnungen, die dem Techniker wie dem Praktiker fremd sind; ebenfalls eine Erläuterung über die für die Aufstellung der Bilanz in Frage kommenden Paragraphen des Handelsgesetzbuches und deren Auslegung.

Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß sich ein bekannter Fachmann, der auch auf anderm Gebiete unseres Faches bereits erfolgreich hervorgetreten ist, die Arbeit gemacht hat, Grundlagen für eine nach bestimmten Richtlinien aufgezogene Inventur und damit richtige Bilanz zu schaffen. Und dieses ist dem Verfasser im wesentlichen gelungen, wenn auch in einzelnen Fällen über das Ziel hinausgeschossen ist.

Dies ist bei den einzelnen Tabellen für Aufstellung der Bilanz, die doch als Muster dienen sollen, unbedingt der Fall. Es sind hier Aufstellungen gemacht, die mit einem Jahresumsatz von 3- bis 500 000 RM rechnen. Ich bin der Ansicht, daß das Buch für Firmen dieses Umfanges nicht nötig ist und auch nicht gebraucht wird. Diese Betriebe müssen zur Aufstellung der Bilanz und für die gesamte Buchhaltung einen bilanzsicheren Buchhalter als dauernden Angestellten haben und lassen meistens noch ihre Buchhaltung und Abschlüsse durch einen beeidigten Bücherrevisor nachprüfen.

Notwendig aber ist, daß die Inhaber der vielen kleinen Betriebe, die einen Umsatz zwischen 20- und etwa 100 000 RM erzielen und die Buchführung außer der täglichen Arbeit abends oder Sonntags ausführen müssen, brauchbare Unterlagen für die Jahresabrechnung und die Vermögensaufstellung zur Hand haben. Es ist daher empfehlenswert, u. U. durch einen Nachtrag Beispiele, die in diesen Rahmen fallen, zu schaffen.

Die wirtschaftliche Lage im Heizungsfach ist seit Jahren so katastrophal, daß man oft nur noch den völligen Zusammenbruch erwartet. Gerade in unserm Beruf, in dem nunmehr seit fast 25 Jahren eine Krise nach der andern eingesetzt hat, wo täglich neue Firmen auftauchten, deren Inhaber versuchen wollten, sich ohne Arbeitslosenunterstützung durchzuschlagen, wo aus 1000 Betrieben im ganzen Reich bei Beginn des Krieges heute 10 000 und mehr geworden sind, ist es notwendig, Unterlagen zu haben, die dem strebsamen und fleißigen Techniker oder Handwerker Gelegenheit geben, auch in kaufmännischer Richtung den Betrieb einwandfrei zu gestalten.

Sind geordnete finanzielle und vermögensrechtliche Grundlagen geschaffen, kommt das zweite Schriftchen als Richtlinien in Frage.

Die gesunde Kalkulation ist der Anfang einer Besserung in der wirtschaftlichen Lage unseres Berufes. Auch hier hat der Verfasser Material zusammengetragen, wonach — falls richtig angewandt — eine Gesundung der Einzelbetriebe erfolgen muß.

Auch in diesem Werkchen kann man, wie bei jeder menschlichen Arbeit, nicht alles restlos anerkennen, der Kern aber ist gut und wird hoffentlich reiche Früchte tragen. Jeder Heizungsfachmann, der mit Buchhaltung, Inventur und Abrechnung, aber auch jeder, der mit Kalkulation zu tun hat, sollte im Besitze dieser beiden Schriftchen sein.

Heinr. Klemmer [3332]

Die Schätzung bebauter Grundstücke. Von *G. Reusche.* Hamburg 1936, Boysen & Maasch. 93 S. Preis 2,80 RM.

Das Buch befaßt sich mit der Theorie des Schätzungswesens bebauter und unbebauter Grundstücke. Für den, der die einschlägige Literatur, nachdem heute eine Reihe guter und bedeutungsvoller Werke herausgebracht wurde, kennt, bringt es aber nichts Neues. Es werden die üblichen Schätzungsmethoden besprochen; dem, was neu ist, kann durchaus nicht immer zugestimmt werden.

Klares Zahlenmaterial bringt das Buch überhaupt nicht. Eine Bereicherung der Fachliteratur ist nicht erkennbar.

Dr. *Runge* [3340]

Technik und Recht

Fortschritte der Technik in ihrem Einfluß auf Gesetz und Recht. Von *F. A. Müllereisert.* Leipzig 1937, Joh. Ambr. Barth. 76 S. Preis 4,50 RM.

In dem gleichen Maße, in dem sich die Technik in ihren einzelnen Fachgebieten wie in ihren allgemeinen Grundlagen weiterentwickelt, greift sie auch in andere Lebensgebiete, in die Kultur, in die Wirtschaft und nicht zuletzt in das Recht ein und macht in mehr oder weniger starkem Umfang ihren Einfluß geltend. Es tauchen damit vielfach Fragen auf, die über ein einzelnes Fachgebiet hinaus sich auf die verschiedenen Lebensgebiete erstrecken. Während aber eine vergangene Zeit von der Selbständigkeit und Geschlossenheit der einzelnen Fachgebiete ausging und vornehmlich darauf bedacht war, scharfe Grenzlinien aufzuweisen, bricht sich in zunehmendem Maße der Gedanke Bahn, daß in zahlreichen Fällen eine Trennung kultureller, wirtschaftlicher, technischer oder rechtlicher Gesichtspunkte nicht durchführbar ist, und daß deswegen derartige Probleme in gemeinschaftlicher Untersuchung jeweils erforscht und bearbeitet werden müssen. Wenn dies auf die Beziehungen zwischen der Technik und dem Recht gerade in letzter Zeit besonders zutrifft, so ist die Ursache hierfür nicht zum wenigsten darin zu suchen, daß unsere heutige Rechtsauffassung derartigen Auseinandersetzungen anders als die der früheren Zeit entgegenkommt. Die Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse wird es allerdings mit sich bringen, daß grundlegende und umfassende Erörterungen dieses Grenzgebietes erst zu erwarten sind, wenn vorbereitend Teilgebiete und einzelne Fragen unter den verschiedenen Gesichtspunkten eine Behandlung erfahren haben.

In dieser Richtung ist auch das vorliegende Buch zu werten, in dem der Verfasser — und zwar vom Standpunkt des Juristen aus — einzelne Fragen über den Einfluß der Technik auf das Recht behandelt. Im ersten Abschnitt seiner Schrift setzt sich der Verfasser grundsätzlich mit dem Verhältnis zwischen dem technischen und rechtlichen Denken auseinander und weist hier eine Grundlage für die in den weiteren Abschnitten behandelten Fragen, die im wesentlichen mit dem Begriff des technischen Fortschrittes in Zusammenhang stehen, auf. Im einzelnen wird in diesen Abschnitten zu dem Begriff des Fortschrittes der Technik und seiner rechtlichen Behandlung im Patentrecht, im Wiederaufnahmeverfahren sowie bei der Beurteilung von Gesetzesbestimmungen und Rechtsgeschäften Stellung genommen. Die Ausführungen des Verfassers, die allerdings nicht immer leicht verständlich sind, geben mancherlei Anregung, die für eine künftige Erörterung geeignet sind. Hervorzuheben ist, daß der Verfasser die gemeinsame Grundlage beider Gebiete in der kulturellen Funktion der Technik und des Rechts sieht. Wenn aber der Verfasser es bei seinen Darlegungen als Kennzeichen des Rechtes feststellt, daß für das Recht die Technik ebenso wie die Wirtschaft, die Währung u. dgl. unveränderliche Größen seien, so erscheint dieser Ausgangspunkt bedenklich, da die Rechtsordnung nicht nur hinsichtlich der Auslegung und Erfüllung von Verträgen, sondern darüber hinaus allgemein Wertungsmaßstäbe enthält, die von vornherein eine Anpassung des Rechtes an die jeweilige Änderung der Lebensverhältnisse und insbesondere auch die Weiterentwicklung der Technik ermöglichen; es braucht nur auf Begriffe wie „Treu und Glauben" (§ 242 BGB), „Verkehrssitte" (§ 137 RGB, § 346 HGB), „Ortsüblichkeit" (§ 906 BGB), „Allgemeine Regeln der Baukunst" (§ 330 Str.G.B.), „Entwicklung der Verhältnisse" (§ 1 St.Anp.G.) hingewiesen zu werden.

Wenn man daher auch den Folgerungen des Verfassers nicht uneingeschränkt folgen kann, so ist doch zu wünschen, daß die Schrift nicht nur bei den Juristen Beachtung findet, son-

dern gerade auch die Technik anregt, von ihrem Standpunkt aus zu den Fragen, die sich aus der gegenseitigen Beeinflussung von Technik und Recht ergeben, mehr als bisher Stellung zu nehmen. Dr. *Zemlin* [3313]

Neues Aktienrecht. Von *O. L. von Hinüber.* Neugestaltung von Recht und Wirtschaft 7. Heft 3. Teil. Leipzig 1937, Verlag W. Kohlhammer, Abteilung Schaeffer. 70 S. Preis 1,50 RM.

Das vorliegende Büchlein ist mit einem Kommentar zu vergleichen. Es bringt aber weniger Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen des neuen Aktiengesetzes als vielmehr eine systematische Darstellung des Aktienrechts. Der Verfasser geht auch über eine Beschreibung der heutigen Rechtsverhältnisse hinaus, indem er z. B. einen kurzen Abriß über die geschichtliche Entwicklung der Aktiengesellschaft seit dem Mittelalter bringt, wobei die Entwicklung in Deutschland in einem besondern Kapitel behandelt wird. Dr. *Fr.* [3282]

Neues Patentrecht und neues Gebrauchsmusterrecht Von *J. Wiefels.* 1. Aufl. Neugestaltung von Recht und Wirtschaft 12. Heft, 2. Teil. Leipzig 1938, W. Kohlhammer, Abt. Schaeffer. 63 S. Preis 1,80 RM.

Die vorliegende Darstellung zeichnet sich durch große Kürze und Gemeinverständlichkeit aus. Auch über den Kreis der Studierenden, für die sie vornehmlich geschrieben ist, wird sie deswegen sowie wegen ihrer übersichtlichen Druckanordnung starke Beachtung finden. *F.* [3366]

Eingegangene Bücher

Technik voran! 1938. Herausgegeben vom Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen E. V. Berlin und Leipzig 1937, B. G. Teubner. 232 S. mit Bildern im Text und auf den Tafeln. Preis 0,95 RM.

„Technik voran! 1938" wird bei der Jugend gute Aufnahme finden. Es enthält außer dem Kalenderteil wieder wertvolle Beiträge: aus unsern Kolonien, aus Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenhüttenwesen und Chemie. Nützliche Tabellen sind beigegeben. Dr. *Fr.* [3367]

Deutscher Reichsbahn-Kalender 1938. Herausgegeben vom Pressedienst des Reichsverkehrsministeriums. Leipzig 1937, Konkordia-Verlag. Preis 2,80 RM.

Deutscher Reichspost-Kalender 1938. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. Leipzig 1937, Konkordia-Verlag. Preis 2,80 RM.

Der neue wirkungsvolle Reichsbahn-Kalender ist unter den Leitgedanken „Reichsbahn und Handwerk" gestellt. Nicht nur dem Genie des Erfinders, auch der unermüdlichen Arbeit des Handwerks verdankt die Eisenbahn ihre Entstehung vor über 100 Jahren.

Der Kalender der Reichspost für 1938 vermittelt wieder einmal viel Lehrreiches aus den Zusammenhängen von Reichspost, Technik und Wirtschaft. Dr. *Fr.* [3387]

Aphorismen zur Wirtschaftsweisheit. Von *Paul Bang.* Göttingen 1937, Vandenhoeck & Ruprecht. 240 S. Preis 8,50 RM.

Deutsche Politische Statistik. Beitrag zu einer theoretischen Grundlegung und Übersicht über Stand und Entwicklung. Von *Julius Wünsche.* Neue Deutsche Forschungen, 135. Bd.; Abteilung Nationalökonomie, 11. Bd. Berlin 1937, Junker und Dünnhaupt Verlag. 115 S. Preis 5 RM.

Deutschland in der Wirtschaft der Welt. Herausgeg. von *Heinz Marschner.* Berlin 1937, Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H. 135 S. m. Bildern und Tab. Preis 5,80 RM.

Das Wirtschaftsganze im Blickfeld des Ingenieurs. Eine Einführung in die Volkswirtschaft. Von *Otto Goebel.* Schriftenreihe Ingenieurfortbildung, 3. H. Berlin 1937, Julius Springer. 111 S. Preis 4,80 RM.

Organisation und Aktenführung der Gemeinden. Von *Fritz Nordsieck.* Einzelschriften des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, 5. H. Stuttgart und Berlin 1937, W. Kohlhammer Verlag. 160 S. Preis 5,40 RM.

Lebensfragen des Mittelbetriebes. Von *Carl-Adolf Schleussner* und *Erwin Barth von Wehrenalp.* Berlin 1937, Junker und Dünnhaupt Verlag. 60 S. Preis 2,50 RM.

Die Stellung der Reichsbank auf Grund des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934. Von *Ludwig Schröder.* Berlin 1937, Deutscher Betriebswirte-Verlag Kom.-Ges. Böhme & Co. 89 S. Preis 4 RM.

Aufgaben des Geldes. Von *Eduard Lukas.* Stuttgart 1937, Verlag W. Kohlhammer. 657 S. Preis 21 RM.

Finanzierungen. Von *E. Schmalenbach.* Neubearb. unter Mitwirkung von Rudolf Bethmann. 6. Aufl. Leipzig 1937, G. A. Gloeckner. 373 S. Preis 18 RM.

Neuzeitliche Buchhaltung der Fabrik, gleichzeitig eine Einführung in das gesamte Rechnungswesen der Fabrikunternehmungen. Von *Max Schau* und *Karl Zeiger.* 3. Aufl. Hamburg 1937, Hanseatische Verlagsanstalt. 157 S. Preis 3,80 RM.

Leitsätze zur Buchführung und Bilanzierung mit Schaubildern und praktischen Fällen. Von *Erhardt Wieland.* Hamburg 1937, Hanseatische Verlagsanstalt. 82 S. Preis 2,80 RM.

Wechsel- und Scheckkunde. Von *Georg Obst.* 12. Aufl. Stuttgart 1937, C. E. Poeschel Verlag. 166 S. Preis 3,20 RM.

Preisdifferenzierung. Von *Hans Krügel.* Berlin 1936, Otto Elsner. 254 S. m. 19 Bildern. Preis 6 RM.

ABC of Agrobiology. The quantitative science of plant life and plant nutrition for gardeners, farmers and general readers. Von *O. W. Willcox.* New York 1937, W. W. Norton & Company, Inc. 323 S. m. 22 Bildern. Preis $ 2,75.

Städtebau. Von *Otto Blum.* 2. Aufl. Handbibliothek für Bauingenieure, 2. T.: Eisenbahnwesen und Städtebau, 1. Bd. Berlin 1937, Julius Springer. 244 S. m. 143 Bildern. Preis 22,50 RM.

Der Kaufmann im Baugewerbe. Ein Handbuch der Organisation und Rechnungslegung für jeden Baubetrieb. Von *Rudolf Peters* und *Konrad Mitschke.* Breslau 1937, Verlag Paul Steinke. 145 S. m. 36 Bildern und einem Kontenplan. Preis 5 RM.

Handbuch der Internationalen Petroleum-Industrie 1937/38. 1. Bd.: Die deutsche Kraftstoffwirtschaft. Berlin 1937, Finanz-Verlag. 558 S. Preis 20 RM.

Kunststoff-Wegweiser durch die Kunststoff-Ausstellung 1937, Achema VIII — Frankfurt a. M. Von *Gg. Kränzlein* und *R. Lepsius.* Verlag Chemie G. m. b. H. 137 S. m. 1 Taf. Preis 1,50 RM.

Technisches Wörterbuch Deutsch-Türkisch für Maschinenbau und Elektrotechnik. Von *Adnan Halet Taspinar.* Istanbul 1937; Berlin: VDI-Verlag in Komm. 138 S. Preis 6 RM.

Technisches Englisch. Lehr- und Nachschlagebuch der englischen Sprache auf technischem Gebiet. Von *Henry G. Freeman.* 1. T. Essen 1937, Verlag W. Girardet. 88 S. m. 8 Bildern. Preis 2,85 RM.

Aus andern Zeitschriften

Menschenauslese, vor allem in der Eisenhüttenindustrie. *W. Schulz.* Stahl und Eisen Bd. 57 (1937) H. 40 S. 1133/42. 4 Abb., 4 Taf.

Auf neuesten rassenbiologischen und strukturpsychologischen Voraussetzungen aufbauende Versuchsverfahren und -beispiele für die rassische und stammesmäßige Bedingtheit der menschlichen Anlageformen, Begabung und Arbeitseignung. Die Auswertung der Untersuchungsergebnisse geschieht nach Strukturtypen mit kennzeichnenden Veranlagungsunterschieden unter sehr kühner Abgrenzung von fünf Grundstrukturen (Anlageformen) mit jeweilig verschiedener Begabungsrichtung und -güte, Anlage des Denkens, des Willens, der Erlebnisform, der sozialen Veranlagung usw. — Anwendung dieser Systematik auf die Menschenauslese zum artgemäßen Beruf, besonders in der Eisenhüttenindustrie. Hinweis, daß gerade zu diesem Industriezweig mit seiner schweren Arbeit sich die dafür arteigen und stammesmäßig Begabten hingewendet haben in ihrem Suchen nach begabungsgemäßer Arbeit, die sie ausfüllt und befriedigt.

Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitswissenschaft auf Eisenhüttenwerken. *E. Pechhold.* Archiv für das Eisenhüttenwesen Bd. 11 (1937/38) H. 4 S. 203/13, 21 Abb.

Das „Element Mensch" auf dem „leeren" Arbeitsschlachtfeld der modernen Hüttenindustrie; Betriebssoziologie, Psycho-

technik, Menschenwirtschaft im Rahmen industrieller Betriebswirtschaft. Aus der praktischen Erfahrung wird Allgemeingültiges abgeleitet, um zu einer systematischen und praktisch brauchbaren Ausgestaltung der Eignungsprüfung, der Arbeiterauslese und der Arbeitsanalyse mit dem Ziel einer gerechten, betriebswirtschaftlich und menschlich befriedigenden Zuordnung von Mensch und Arbeit zu kommen.

Trennung von Hauptbuchhaltung und Betriebsbuchhaltung. *R. Hoh.* Zeitschrift für Organisation Jg. 11 (1937) H. 9 S. 326/28, 1 Bild.

Vorschlag zur Trennung von Haupt- und Betriebsbuchhaltung (unter Vermeidung der üblichen Anschluß- und Überleitungskonten) durch Aufspaltung der Konten des Betriebsaufwandes (Lager-, Lohnkonten usw.) in Zugangs- und Abgangskonten unter Bildung selbständiger Umsatzbilanzen der Betriebsbuchhaltung und unter Vermeidung aller Doppelverbuchungen.

Das Problem der Wirtschaftlichkeit bei der industriellen Sortenproduktion. *A. M. Wolter.* Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung Jg. 31 (1937) H. 7 S. 331/56, H. 8 S. 374/402, H. 9 S. 426/42.

Gründliche, ins einzelne gehende Untersuchung über die Kostengestaltung und die Wirtschaftlichkeitsgrenze bei wechselnder Massenfertigung; theoretisch gut fundiert, mit sorgfältiger Aufspaltung der Fragestellung und mit klaren Beispielen versehen.

Kennzeichnung der Begriffe „Sorte" und „Sortenproduktion". Auflagendegression als Merkmal des Kostenaufbaues, Stärke und Grenzen dieses kennzeichnenden Merkmals der Sortenproduktion. Wirtschaftlichkeit der Sortenproduktion, Auswirkung von Auftragsgrößen und Sortenwechsel auf die Kostengestaltung. Kalkulatorische Bestimmung der Wirtschaftlichkeitsgrenze; Abstimmung von Produktion und Absatz, Einfluß des Beschäftigungsgrades auf die Kosten. Vermeidung der ungünstigen Wirkung der Auflagendegression durch Beschränkung der Sortenwechsel, durch Spezialisierung und Normung.

Consumer expositions. Printers' Ink Monthly Vol. 35 Nr. 4 (September 1937) S. 17 bis 20, 79 bis 80, 82, 84, 85, 87, 88, 90, 92, 94 bis 96, 98 bis 101, 17 Bilder.

Untersuchungen der Schriftleitung über erfolgreiche Ausstellungsformen auf Messen und Ausstellungen der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart. Äußerungen der Werbefachleute verschiedener amerikanischer Industrien über Wert und Erfolg von Ausstellungen und die Erfahrungen, Grundsätze und Leitgedanken für die Beteiligung an solchen. Die Untersuchung faßt das Für und Wider zusammen und stellt die Regeln heraus, die bei der Beteiligung von den einzelnen Ausstellern zu beachten sind, um zu Erfolgen zu kommen. Die Einzelfragen werden an vielen Beispielen erläutert.

In dem Ausstellungstyp, der sich auf bestimmte Erzeugnisgruppen beschränkt und sich an das sachliche Verbraucherinteresse wendet (Consumer Exposition als Gegensatz zu beispielsweise repräsentativen Welt-Ausstellungen), wird eine wesentliche Zukunftsform des Werbemittels Ausstellung gesehen; zweifellos mit Recht. — Die deutschen Leistungen und Vorbilder auf diesem Gebiet sind bezeichnenderweise nicht einmal genannt! *B. H.*

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Australien

ein günstiges Absatzgebiet für deutsche Erzeugnisse nach dem Zollabkommen von 1935

An Oberfläche 15 mal so groß wie Deutschland, zählt Australien heute 6,6 Mill. Einwohner. Viehzucht, Landwirtschaft, Bergbau und eine seit dem Weltkriege durch Schutzzölle stark emporgetriebene Industrie ermöglichen eine Erzeugungskraft, die den Durchschnitt anderer Länder weit überragt. Die Wirtschaftslage hat sich 1935/36 bedeutend gebessert durch die Steigerung der Preise für Wolle, Weizen, Butter, Gold, wodurch die heimische Kraft beträchtlich gehoben wurde.

Der Weltkrieg hatte Deutschlands früher lebhafte Handelsbeziehungen zu Australien vernichtet. Eine nennenswerte Zunahme des Umsatzes war infolge der dem Mutterland und andern Staaten eingeräumten Vorzugszölle bisher nicht zu erzielen. Die Bundesregierung hat aber Ende November 1935 Deutschland Zollermäßigungen zugestanden, die es heute mit andern Wettbewerbern auf die gleiche Stufe stellt; ausgenommen davon sind die britischen Waren, die Sonderzölle genießen. Die Absatzmöglichkeiten für deutsche Erzeugnisse wie: landwirtschaftliche Maschinen, Schlepper, Dynamomaschinen, Werkzeugmaschinen, Metallwaren, Eisenwaren usw. sind günstig, denn Australien liefert gerade die Rohstoffe, die Deutschland gebrauchen kann und befindet sich zudem in einer industriellen Entwicklung, zu der die deutsche Industrie wesentlich beitragen könnte.

Die deutschen Fabrikanten sollten dem australischen Markt eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken; eine Gemeinschaftsausstellung in Sydney z. B. würde sicherlich ausgezeichnet wirken. Zwar hatte sich für die Leipziger Frühjahrsmesse eine erstaunlich hohe Zahl Einkäufer angemeldet, aber gerade das sollte für die deutsche Industrie ein Ansporn sein, nicht nur in der Heimat zu warten, bis die Aufträge von drüben kommen, sondern auch die Kundenbearbeitung nach Australien zu verlegen, weil heute auch an Ort und Stelle gearbeitet werden muß, wenn man sich nicht vom Auslandswettbewerb verdrängen lassen will.

Die australische Landwirtschaft hat Interesse für landwirtschaftliche Maschinen aller Art. Gefragt sind Schlepper für Weizenfarmen, Zugmaschinen für den Obstgartenbau, für allgemeine wirtschaftliche Zwecke, für Straßenbau, für Pumpzwecke in den Rohrzuckerpflanzungen von Queenstown und in Reisbewässerungsgebieten von Neusüdwales, für die Holzbeförderung in den Wäldern, Raupenschlepper in Süd- und Westaustralien, Schwerölschlepper und Radschlepper. Die Landwirte bevorzugen 20 bis 25 PS-Typen, Holzfäller und Behörden solche von etwa 35 PS; für letztere würde sich der Schwerölmotor besonders eignen. Es ist üblich, die Leistung der Schlepper nach der an der Zugstange ausgeübten Kraft zu bezeichnen. Man rechnet, daß ein 17 bis 28 PS-Schlepper 6 bis 8 Pferdekräften entspricht.

Für die Anbahnung von Geschäftsverbindungen gibt es folgende Wege:

1. der deutsche Ausfuhrfabrikant arbeitet unmittelbar mit den dortigen Einfuhrhäusern durch Vertreter;
2. viele Firmen haben Einkaufhäuser in London; er wendet sich an diese mit seinen Angeboten.

Als Haupthandelsplätze kommen in Betracht:

Sydney (1,25 Mill. E.) Hauptstadt von Neusüdwales (2,6 Mill. E.)
Melbourne (1 Mill. E.) Hauptstadt von Victoria
Brisbane (300 000 E.) Hauptstadt von Queensland
Adelaide (325 000 E.) Hauptstadt von Südaustralien
Perth (210 000 E.) Hauptstadt von Westaustralien
Newcastle (104 000 E.) Hauptstadt von Neusüdwales
Hobart (60 000 E.) Hauptstadt von Tasmanien
Britisch-Neuguinea, jetzt Gebiet Papua (280 000 E.).

Da Westaustralien ein eigenes Wirtschaftsgebiet ist und räumlich weit entfernt von den Oststaaten liegt, empfiehlt es sich, eine eigene Vertretung in Perth einzurichten.

Manche Fabrikanten werden gleichzeitig in London und in Australien Vertreter anstellen. Da ein großer Teil des Geschäftes über London geht, führt dieser Zustand zu ständigen Provisionsstreitigkeiten. Um derartige, für das Geschäft höchst nachteilige Vorkommnisse zu unterbinden, wird den deutschen Ausfuhrfabrikanten dringend geraten, bei Beginn für eine endgültige Regelung des Verhältnisses zwischen beiden Vertretern Sorge zu tragen. Dem australischen Vertreter, der die Ware vorzuführen hat und häufig das Geschäft nur durch seinen persönlichen Einfluß auf den Käufer zustande bringt, gebührt selbstredend ein größerer Teil der Provision als dem Londoner, dessen Arbeit oft nur Formsache ist. Ferner sollte es sich jeder deutsche Ausfuhrfabrikant zur unerläßlichen Pflicht machen, den Einkaufhäusern in London durch seinen dortigen Vertreter keine größeren Zugeständ-

nisse zu machen, als er dem wirklichen Abnehmer in Australien bewilligt hat. Gibt man dem Drängen nach, so schädigt man nicht nur den Vertreter in Australien, sondern bringt sich selbst in den Ruf der Unzuverlässigkeit.

In den Verträgen mit den Vertretern ist auch die Frage der Werbung zu klären. Geworben wird in Australien in den dortigen Fach- und Tageszeitungen. Man gibt dem Vertreter dafür entweder Sonderrabatte oder sonstige Vergütungen. Das Werbematerial muß mindestens dem amerikanischen ebenbürtig sein. In vorzüglich ausgestatteten Katalogen mit vollendeten Abbildungen, in tadellosem Englisch geschrieben, die in knapper, klarer Fassung alle Lieferbedingungen, Preise und sonstigen notwendigen Angaben enthalten, in wirksamen Anzeigen, in einem sorgsam gepflegten, auf die Empfindlichkeit der australischen Kundschaft abgestimmten Briefwechsel, in der peinlichen Innehaltung der vereinbarten Lieferzeit und im Entgegenkommen von Sonderwünschen liegt das Geheimnis des stetigen Vordringens der Amerikaner in Australien.

Für Gewichte und Maße kommt lediglich das englische System in Frage. Die Preise sind in Pfund Sterling f o b Hamburg zu stellen; Zahlung Kasse gegen Verschiffungspapiere durch Vermittlung einer Bank. Nach australischem Handelsbrauch berechtigen verspätete Lieferungen ohne weiteres zum Rücktritt vom Vertrage. Bei öffentlichen Ausschreibungen, die beim Overseas Trade Department in London SW, 35, Old Queen Street, zu erfahren sind, können die Angebote deutscher Firmen nur durch englische Vertreter eingereicht werden. Die deutschen Außenhandelsstellen vermitteln geeignete Vertreter; ebenso steht die Deutsch-Australische Handelskammer in Sydney (N.S.W.), 4, Bridge Street, mit Rat und Tat zur Verfügung. *Harzmann* [3324]

Venezuelas Bedeutung für den deutschen Handel

Der Handelsverkehr mit Venezuela ist seit dem Weltkrieg nicht immer mit der Aufmerksamkeit verfolgt worden, die der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Landes und den Möglichkeiten, die es dem deutschen Außenhandel bietet, entspricht.

Venezuela, das 3 Mill. Einwohner zählt, gehört heute zu den wichtigsten Erdölländern der Welt. Es nimmt den dritten Platz unter ihnen ein; dabei wird gegenwärtig nur der kleinste Teil der Ölfelder ausgebeutet. Auf die überaus günstige Entwicklung dieser Industrie ist auch die anhaltend steigende Einfuhr zurückzuführen, die sowohl die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung wie auch die Einwanderung von Ausländern wesentlich gehoben hat. Auslandschulden hat Venezuela heute überhaupt nicht, und die Inlandschulden betragen nur 22 Mill. Bolivars. Die reichen Staatseinkünfte aus dem Erdöl verwendet der Staat zur Durchführung eines weitblickenden Bauplanes von Wegen, Brücken, Hafenanlagen usw.

Die Industrie im Lande befindet sich erst in den Anfängen der Entwicklung, so daß die Zahl der einzuführenden Waren groß ist. Fabriken bestehen für die Herstellung von Kokosöl, Seifen, Kerzen, Möbeln aus Holz, Stroh- und Filzhüten, Schokolade, Schuhwaren, Seilen und Sattlerwaren, außerdem gibt es Brennereien, Brauereien, Mineralwasser-, Limonaden-, Eis- und Flaschenfabriken, Baumwollspinnereien und Webereien, Sägewerke, Gerbereien, zwei Papierfabriken für Packpapier, eine Zementfabrik. Amerikanische und englische Elektrizitätswerke liefern Licht und Strom, auch für Straßenbahnen. Von den Industrien decken den Landesbedarf nur die Kerzen-, Möbel-, Strohhut-, Zucker-, Schuhwaren-, Wasser- und Eisfabrikation sowie die Brauereien und Brennereien.

Eingeführt werden alle industriellen und landwirtschaftlichen Maschinen, da keine Maschinenindustrie besteht: Werkzeuge, Geräte, Eisen- und Stahlwaren, Haushaltgeräte, elektrische Artikel, ärztliche, optische Instrumente, Nähmaschinen, Fahrräder, Kraftfahrzeuge, Metallwaren, Röhren, Drahtseile, Stacheldraht, Maschinen und Werkstoffe für den Straßenbau, für die Textilindustrie, Eisenbahnmaterial, ferner chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Musikinstrumente, Uhren, Photoartikel, gewisse Textilwaren, Kurzwaren, Strümpfe, Porzellan, Glas- und Steingutwaren.

Japan liefert billiger als Deutschland: Spielzeug, Papierwaren, Zelluloidwaren, Steingut, Porzellan, Glas und Baumwollstoffe, und die Vereinigten Staaten: Kraftwagen, Schlepper, Rundfunkgeräte und Nahrungsmittel. Deutsche Ausfuhrhändler sollten versuchen, unter Zuhilfenahme des Disagios der Askimark auch für diese Waren sich Absatzmöglichkeiten zu schaffen.

Die schnelle Bevölkerungszunahme, insbesondere der beiden wichtigsten Städte Caracas (135 000 Einwohner) und Maracaibo (100 000 Einwohner), hat erhöhte Einfuhrmöglichkeiten für Wasseranlagen, sanitäre Einrichtungen aller Art zur Folge, während die Vermehrung der Zahl der Ausländer den Bau von erstklassigen Hotels, Restaurants, Waschanstalten usw., die fehlten, nötig macht.

Deutschland steht sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr an dritter Stelle hinter Amerika und England. Es betrug die deutsche Ausfuhr 1934: 7 Mill. RM, 1935: 14 Mill. RM, 1936: 24 Mill. RM und im ersten Halbjahr 1937: 18,5 Mill. RM.

Der deutsche Kaufmann muß in Venezuela mit dem scharfen Wettbewerb der Amerikaner rechnen. Peinlichste Einhaltung vereinbarter Lieferbedingungen, sorgfältige Ausführung der erhaltenen Aufträge, ein Zahlungsziel von 90 Tagen ab Rechnungsdatum (mit Angabe bestimmten Fälligkeitstages im Wechsel gegen 7 bis 8 % übliche Zinsen) sind Vorbedingung. Eine Ausnahme hiervon machen die Maschinenaufträge, bei denen bei Bestellung ein Drittel, bei Verschiffung ein zweites Drittel und der Rest nach Empfang oder Inbetriebnahme gezahlt zu werden pflegt. Preislisten, Kataloge sind nur in spanischer Sprache abzufassen. Die Verrechnung des wechselseitigen Warenverkehrs mit Deutschland erfolgt im wesentlichen über die auch bei der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg geführten Aski. Askimark-Angebot ist stets ausreichend vorhanden, um schnelle Auszahlung aller deutschen Forderungen zu ermöglichen.

Da Rohgewichtsverzollung besteht, liegt es im Interesse des Käufers, die Verpackung möglichst leicht, aber widerstandsfähig zu machen. Für die Seereise empfiehlt sich, eine starke Verpackung in Form von Überkisten oder Lattenverschlägen um die vorgeschriebene leichte Verpackung herumzulegen. Die Dampferlinien lassen solche Überkisten im Bestimmungshafen vor der Entlöschung abschlagen, so daß die Verzollung in der leichten Verpackung vorgenommen werden kann. Die Reedereien geben hierfür besondere Bestimmungen heraus.

Für die Anbahnung unmittelbarer Geschäftsverbindungen sind in den Haupthandelsplätzen gut eingeführte Vertreter zur unausgesetzten Überwachung der Kundschaft unentbehrlich. Sonst aber werden unsere Fabrikanten gut tun, sich der Vermittlung der bekannten mit Venezuela arbeitenden Ausfuhrhäuser in Hamburg zu bedienen, um Verluste zu vermeiden.

Die Gesandtschaft, die Konsulate drüben, ebenso die Außenhandelsstellen in Deutschland sind bereit, geeignete Vertreter namhaft zu machen.

Kredit- und sonstige Auskünfte erteilt die Deutsch-Südamerikanische Bank in Hamburg und Berlin, die auch die bankmäßige Abwicklung der Überseegeschäfte übernimmt.

Harzmann [3318]

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
- Wirtschaftsrechnung. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 1
- Neuordnung der Wasserwirtschaft 5
- Die Sparkassen als Kreditgeber des Mittelstandes. Von Präsident Dr. J. Heintze 6
- Die Elektrizitätswirtschaft Deutschlands. Von Dipl.-Ing. A. G. Arnold 10
- Maschinenversorgung der Welt. Von Friedrich Olk . . 14

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
- Erlaß über Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien 16

Wirtschaftsberichte:
- Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1937. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 16
- Wirtschaftskennzahlen 21
- Landwirtschaft 21
- Ölwirtschaft 22
- Kolonialwirtschaft 24

Schrifttum:
- Wirtschaftswissenschaft und -politik 26
- Energiewirtschaft 27
- Industrielles Rechnungswesen 27
- Technik und Recht 29
- Eingegangene Bücher 30
- Aus andern Zeitschriften 30

Industrieller Vertrieb:
- Australien, ein günstiges Absatzgebiet für deutsche Erzeugnisse nach dem neuen Zollabkommen von 1935. Von M. Harzmann 31
- Venezuelas Bedeutung für den deutschen Handel. Von M. Harzmann 32

Verantwortlich für den Textteil: Hauptschriftleiter Dr. Georg Freitag VDI, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Peter Valerius VDI, Berlin NW 21
III. Vj. D. A. 1100 Pl. 3. — Druck: Triasdruck GmbH, Berlin SW 19, Dresdener Str. 97 — VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 40

Copyright by VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7